

(Beginn: 14.05 Uhr – Ende: 18.46 Uhr)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Meine Damen und Herren! Nachdem wir heute Morgen in der ersten Sitzung den Haushalt für die Jahre 2008/2009 mit großer Mehrheit beschlossen haben, eröffne ich nun die 42. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2004/2009. Das ist unsere letzte Sitzung vor der Sommerpause.

Ich begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeister und Bezirksbürgermeisterinnen, sofern sie gleich noch zu uns stoßen, und alle Mitglieder des Rates.

Nach der mir vorliegenden Meldung sind heute Nachmittag Herr Möring, Herr Simons und Frau Wolter entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Hoffmann, Herrn Neubert und Frau Dr. Müller.

Bevor wir zur Festlegung der Tagesordnung kommen, möchte ich Sie alle, also die Ratsmitglieder, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister, die Zuschauer und vor allen Dingen die Vertreter der Presse, zu einem kleinen Empfang nach Ende der Sitzung einladen. Es ist guter Brauch bei uns, das erste Halbjahr der Ratsarbeit nach der letzten Sitzung vor den Sommerferien bei einem Getränk ausklingen zu lassen. Daran sollten wir auch in diesem Jahr festhalten, zumal wir dann auch auf unser Geburtstagskind anstoßen können. Der Empfang wird hier im Foyer vor dem Ratssaal stattfinden. Sie alle sind uns herzlich willkommen.

Wann die Sitzung zu Ende gehen wird, bestimmen im Wesentlichen Sie, meine Damen und Herren, nämlich durch die Länge Ihrer Wortbeiträge,

(Martin Börschel [SPD]: Das war jetzt
gemein!)

aber auch ich, je nachdem wie straff ich die Sitzung durchführe. Ich rufe daher alle Mitglieder des Rates zu konstruktiver und konzentrierter Mitarbeit auf.

Zurück zur Tagesordnung. Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen; auch das ist üblich. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen

Tagesordnungspunkten aufgeführt. Geben Sie Acht; denn es sind noch drei im Umdruck. Das kündige ich Ihnen schon einmal an. Sie werden sie in den nächsten Minuten erhalten.

Die Fraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben am 23. Juni 2008 fristgemäß den Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Zukunft des Flughafens Köln/Bonn“ eingereicht, den wir als Tagesordnungspunkt 01 dann auch behandeln sollten.

Wir kommen nun zu den abgesetzten beziehungsweise zugesetzten Tagesordnungspunkten.

Abgesetzt wurden folgende Tagesordnungspunkte: 5.1.1 und 5.2.1 sowie 5.4.1, der noch einmal in die BV 6 zurückgeht. Folgende Verwaltungsvorlagen sind für heute gestrichen: 9.1, 9.11 und 9.12. Außerdem wurden die Punkte 11.4 und 16.8 abgesetzt. Gibt es Wortmeldungen zu den Absetzungen? - Es gibt keine Wortmeldungen zu den Absetzungen.

Wir schlagen Ihnen folgende Zusetzungen vor: 3.1, 3.2 und 3.3, bei den Verwaltungsvorlagen 9.17, 9.18 und 9.19, dann 16.10. und 16.11 sowie 24.5 und 24.6. Gibt es Wortmeldungen zu den Zusetzungen? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen nun zu den Dringlichkeitsanträgen. Es gibt einen Antrag der CDU-Fraktion, eingegangen am 19. Juni, mit dem Titel „Anteilssituation am Flughafen Köln/Bonn“. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Bürgermeister Müller.

Josef Müller (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben diesen Antrag eingebracht, weil wir die Zukunft des Flughafens als gefährdet ansehen; wir wollten damit mehr Sicherheit für den Flughafen erreichen. Da wir dieses Thema nun gemeinsam in einer Aktuellen Stunde behandeln werden und in dem dazu vorliegenden Antrag alle unsere Ansätze aufgenommen sind, ziehe ich hiermit den Dringlichkeitsantrag zurück.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dann brauchen wir darüber nicht abzustimmen.

Ich frage abschließend, ob Sie mit der nun vorliegenden Tagesordnung einverstanden sind. - Ich sehe, das ist der Fall. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt Aktuelle Stunde auf:

**01 Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Zukunft des Flughafens Köln/Bonn“
AN/1392/2008**

Zunächst spricht Bürgermeister Müller.

Josef Müller (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Konrad-Adenauer-Flughafen ist für die Stadt Köln und diese Region aus wirtschaftlicher und arbeitsrechtlicher Sicht von außerordentlicher Bedeutung. In dieser Bewertung sind wir uns alle sicherlich einig. Er gehört schlichtweg zur Infrastruktur dieser Stadt und des Umlands. Bund und Land haben nun die Absicht geäußert, ihre Anteile zu veräußern. Allerdings - das muss man auch sagen - gibt es deutliche Unterschiede zwischen diesen Veräußerungswünschen. Lassen Sie mich zunächst einmal den Sachverhalt, so wie er sich nach meiner Kenntnis darstellt, hier darlegen.

Der Bund ist Eigentümer des Grundstücks und hält genau 30,94 Prozent der Anteile. Das Grundstück ist per Erbpacht an den Flughafen verpachtet. Der Pachtvertrag läuft bis zum Jahre 2020, also noch zwölf Jahre. Aktuell ist ein Rechtsstreit über den Erbpachtzins anhängig; dabei geht es um eine hohe Millionensumme; man spricht von 140 Millionen Euro. Der Bund beabsichtigt nun, das Grundstück und auch seine Anteile zu veräußern. Hinsichtlich der Veräußerung des Grundstücks definiert er aber dabei ein Junktim. Er beabsichtigt, das Grundstück nur dann zu veräußern, wenn vonseiten der Stadt Köln kein Veto gegen die Abgabe ihrer Anteile an Dritte erfolgt. Damit könnte man eigentlich einverstanden sein.

Beim Land sieht es anders aus. Auch das Land hält 30,94 Prozent der Anteile in seinem Eigentum. Wenn das Land nun seine Anteile auch veräußern würde, würde die öffentliche Hand ihre Mehrheit der Anteile verlieren. Wenn das Land dann auch noch dagegen ist, dass Köln, eventuell gemeinsam mit der Region, seine Anteile auf knapp über 50 Prozent, zum Beispiel 50,1 Prozent, aufstocken will, kann man dem nicht zustimmen; das ist nicht akzeptabel.

Meine Damen und Herren, genau das ist der springende Punkt. Exakt aus diesem Grund haben wir die Durchführung dieser Aktuellen Stunde initiiert und in Übereinstimmung mit den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Antrag gestellt. Wir streben eine Mehrheitsbeteiligung der Stadt Köln von 50,1 Prozent an. Der Flughafen muss mehrheitlich in öffentlicher Hand bleiben, wohl wissend, dass wir keinen Goldesel erwerben. Der Flughafen wäre natürlich auch nach dem Kauf des Grundstücks hoch verschuldet; man spricht von einem dreistelligen Millionenbetrag. Das muss man bei dieser Aktion mitberücksichtigen und darüber nachdenken, wie man das finanzieren kann; denn die Finanzierung muss natürlich sichergestellt sein. Die Schätzungen bezüglich der Aufstockung der Anteile gehen ebenfalls von einem dreistelligen Millionenbetrag aus.

Für die CDU wäre eine kommunale Gesellschaft mit den Trägern Land, Stadt Köln, Stadtwerke Bonn, Rhein-Sieg-Kreis und Rheinisch-Bergischer Kreis durchaus denkbar. Aber das hat im Moment zweite Priorität; man muss über diese Themen noch sprechen.

Wir unterstützen deshalb den Beschlussentwurf der Aktuellen Stunde, der vorsieht, das Land zu bitten, seine Anteile nicht zu verkaufen, sondern in öffentlicher Hand zu halten. Wenn allein der Bund verkaufen würde, wäre das kein Problem; denn dann hielte die öffentliche Hand immer noch fast 70 Prozent der Anteile. Aus diesem Grund wollen wir das Land bitten, seine Anteile nicht zu veräußern. Wenn das Land darauf nicht eingeht, müssen wir darauf bestehen, dass wir unsere Anteile auf 50,1 Prozent aufstocken können. Das ist unsere Absicht. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Bürgermeister Müller. Für die SPD-Fraktion spricht Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass der Flughafen Köln/Bonn enorme, kaum zu überschätzende Bedeutung für Köln und die Region hat, ist eben schon angekommen. Das kann hier im Rat nur nachdrücklich bekräftigt werden.

Zum einen bietet er etwa 12 500 Menschen in etwa 140 Betrieben und Behörden Beschäftigung. Er ist damit - das kann man, ohne Abstri-

che zu machen, sagen - ein Jobmotor für Köln und die Region insgesamt. Ich glaube, bei allen Konflikten, die es immer mal wieder gibt, ist er auch gegenüber seinen Beschäftigten ein fairer Arbeitgeber. Zum Zweiten ist er ein wichtiger Faktor als Logistikdrehkreis für die Stadt Köln und die Region. Drittens ist er mit seinen insgesamt 10 Millionen Passagieren pro Jahr - mittlerweile sind es sogar schon einige mehr - auch eine bedeutende Säule für die Tourismuswirtschaft und den Wirtschaftsstandort Köln. Ich bin sicher, manche Ansiedlung in Köln wäre ohne die unmittelbare Nähe zum Flughafen Köln/Bonn nicht gelungen.

Mit dem Flughafen gehen aber auch - das muss man einräumen - einige Belastungen einher, weswegen die Flughafengesellschaft in umfangreiche Lärmschutz- und Umweltschutzprogramme investiert hat. Das alles - das macht den Sinn der Aktuellen Stunde heute deutlich - wäre nach meiner festen Überzeugung ohne die öffentliche Hand nicht möglich gewesen, weil nur über eine solche Prioritätensetzung das öffentliche Interesse über die reine Gewinnmaximierung gestellt werden kann. Das ist das Entscheidende und muss auch so bleiben.

Wir alle wissen, dass Bund und Land - Herr Bürgermeister Müller hat das gerade noch einmal hergeleitet - lange Zeit die Absicht hatten, ihre Anteile am Flughafen zu verkaufen.

(Josef Müller [CDU]: Immer noch!)

Sie hatten die Absicht; denn es war ja 2004 gelungen, das Land von dieser Position abzubringen. Darüber haben wir, wenn ich mich recht erinnere, damals auch hier im Rat gesprochen. Eine mit dem damaligen Ministerpräsidenten Steinbrück persönlich getroffene Vereinbarung sah vor - sozusagen im Tausch gegen den Aufsichtsratsvorsitz am Flughafen -, die Landesprivatisierungsabsichten nicht weiter zu verfolgen. Das galt bis vor kurzem noch.

Der Bund ist leider bei seinen Plänen geblieben. Ich sage deswegen „leider“ - man muss ja alle staatlichen Ebenen kritisieren, wenn es etwas zu kritisieren gibt -, weil uns am Allerliebsten wäre, wenn sich an der Anteilseignerstruktur überhaupt nichts ändern würde. Aber man kann keinen der Beteiligten zu seinem Glück zwingen. Besonders ärgerlich ist jedoch, dass der Bund zu allem Überfluss alle Beteiligten nun in einen besonderen Zugzwang gebracht hat, indem er sachwidrig den Anteilsverkauf mit der Grundstücksfrage verknüpft hat. Auch das ist eben schon angeklungen.

Allerdings ist es in vielen Gesprächen mittlerweile gelungen, beim Bund eine ganz erfreuliche Bewegung hin auf die Stadt Köln und ihre Interessen zu erreichen. Das bezieht sich auf die Fragen der Grundstücksbewertung, bei der es zu klären gilt, wie hoch eine Pacht oder ein Kaufpreis aus Sicht der Flughafengesellschaft sein kann. Es gilt des Weiteren zu klären, wie ein Verkaufsverfahren angelegt sein muss und wie die Wertermittlung gemacht wird. Ich kann, ohne die Vertraulichkeit zu verletzen, sagen, dass sich die Beteiligten, die zuletzt immer wieder am Tisch saßen, schon fast handelseinig waren. Das ist außerordentlich erfreulich für den Flughafen Köln/Bonn und seine Beschäftigten.

Dann aber kommt plötzlich das Land - das ist das Neue - wie Kai aus der Kiste und formuliert nach einer Sitzung des Landeskoalitionsausschusses und nachdem - das will ich hier auch ganz ausdrücklich erwähnen - die Vertreter des Landes in den letzten Wochen mehrere Gespräche ohne Angabe von Gründen haben platzen lassen eine völlig neue Position. Sie zaubern wieder die Verkaufabsicht der Landesanteile aus dem Hut. Damit besteht also wieder der Status quo, den es schon einmal gab und den wir überwunden zu haben glaubten. Das Land hat außerdem formuliert - und das ist besonders ärgerlich -, dass es dem Bund vorschreiben möchte, an wen der Bund seine Anteile *nicht* verkaufen darf, nämlich an die kommunale Familie. Obwohl über diesen Teil schon fast Handlungseinigkeit bestand, vertritt das Land nun die Position, dass es auf keinen Fall eine kommunale Mehrheit geben darf. Das ist unverschämt, sachwidrig und aus Sicht der Stadt Köln in keiner Weise hinnehmbar.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist es gut und richtig, wenn sich alle Beteiligten hier heute bekennen. SPD, Grüne und CDU tun das durch die heute vorliegende Ratsresolution. Unabhängig vom Stimmverhalten der FDP - diese hatte sich ja, als wir letztes Jahr im Finanzausschuss über dieses Thema sprachen, bei der Frage, ob die Stadt Köln weitere Anteile erwerben soll, der Stimme enthalten; wir wissen noch nicht, wie sie sich heute zu dieser Resolution verhalten wird - will ich mich bei allen Vertretern der demokratischen Fraktionen inklusive der FDP bedanken, dass sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten bemüht haben, beim Land eine kommunal- und vor allem Kölnfreundliche Position zu erreichen. Ich habe gerade schon darauf hingewiesen, dass das bislang noch nicht ausreichend geschehen ist. Ich schließe in meinen Dank aber ausdrücklich auch

die FDP ein. Mehr kann und will ich dazu nicht sagen. Das muss sie entweder selbst machen oder es lassen. Aber die Bemühungen waren auf jeden Fall außerordentlich hilfreich und haben vielleicht schon die eine oder andere Tür geöffnet, um am Ende doch noch Bewegung in die Sache zu bringen.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie werden es nicht glauben, aber wir werden dazu etwas sagen!)

- Gut. Aber da das ja vertraulich ist, Herr Kollege Sterck, kann und will ich das hier nicht tun. So war es verabredet.

Nichtsdestotrotz müssen wir mit allem Nachdruck daran arbeiten, dass die Landesregierung ihre absolut kommunalfeindliche Haltung wieder aufgibt. Noch einmal: Es ist eine Unverschämtheit, anderen Miteigentümern - in diesem Fall dem Bund - vorschreiben zu wollen, an wen sie nicht verkaufen dürfen, obwohl man an dieser Stelle schon fast einig war.

Ich möchte noch ein Weiteres dazu sagen, was ich für extrem problematisch halte. Die Stadt Köln hat in erfreulicher Einigkeit dokumentiert, dass sie eine einheitliche Position vertritt, und zwar über die Parteigrenzen hinweg. Nachdem das Land seine neue Position formuliert hatte, gab es Pressemitteilungen, in zeitlicher Reihenfolge zunächst von der CDU, dann vom Oberbürgermeister und danach von der SPD.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Zuerst gab es die des Oberbürgermeisters.

- Meinetwegen auch umgekehrt; der Oberbürgermeister weist mich gerade darauf hin, dass er als Erster eine Pressemitteilung herausgegeben hat, dann die CDU und danach die SPD. Wir waren auf jeden Fall zeitlich gesehen die Letzten, was aber nicht so schlimm war; das kann man ruhig sagen.

(Beifall von Stephan Pohl [CDU])

- Wenn das das einzige ist, worüber Sie, Herr Kollege Pohl, sich freuen können, dann tun Sie mir leid.

(Beifall bei der SPD)

- Passen Sie auf, das Schönste kommt ja noch.

In allen Pressemitteilungen stand, was die wesentlichen Fragen angeht, dasselbe. Wenn sich

CDU, SPD - die Grünen habe sich zwar nicht per Pressemitteilung geäußert, vertreten aber ohnehin dieselbe Position; das war von vornherein klar - und der Oberbürgermeister identisch äußern, dann lässt das nur Gutes vermuten.

Das Problem ist - ich will ganz ehrlich sagen, dass uns das ärgert -, dass, während alle Vertreter der Stadt Köln mit ihren verschiedenen Möglichkeiten daran arbeiten, genau dieser Position zum Durchbruch zu verhelfen, öffentlich schon wieder Kompromissvorschläge gehandelt werden. Das heißt, während der Stadtkämmerer, dem ich ausdrücklich dafür Dank sagen will, dass er an den unzähligen Gesprächen mitgewirkt hat, noch mit allem Nachdruck auf Grundlage der Beschlusslage dieses Rates für diese Stadt Kölnische Position wirbt und nachdem das Land die kommunale Familie im Allgemeinen und die Stadt Köln im Besonderen durch seine neue Position düpiert, zitiert der *Kölner Stadt-Anzeiger* in seiner Ausgabe vom vergangenen Samstag den Oberbürgermeister mit einem Kompromissvorschlag. Im *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 21. Juni ist zu lesen:

Als „Kompromiss“ sei auch denkbar, diese Mehrheit zusammen mit der Stadt Bonn (aktueller Anteil: 6,06 Prozent), dem Rhein-Sieg-Kreis (0,59 Prozent) und dem Rheinisch-Bergischen Kreis (0,35 Prozent) zu erreichen, die ebenfalls zum Gesellschafterkreis gehörten.

Das sagen Sie, obwohl Sie die klare Beschlusslage hier im Rat der Stadt Köln kennen und wissen, dass die Stadt Köln die Mehrheit haben will, was auch sachgerecht und richtig ist. Ihr Vorstoß jetzt, wo alle für die Stadt Köln verhandeln, einen Kompromiss anzubieten, ist unnötig,

(Josef Müller [CDU]: Nein!)

schädlich, entspricht nicht den Kölner Interessen, wird nicht von Beschlüssen gedeckt und - das kann ich Ihnen versichern - wird auch nicht von einer Ratsmehrheit getragen werden.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das stimmt nicht. Das ist aber falsch.

Martin Börschel (SPD): Das muss ich Ihnen ganz klar sagen.

(Beifall bei der SPD)

Insofern ist das vom Tisch. Das wird nicht von einer Ratsmehrheit getragen, es sei denn - darüber würde ich mich freuen und bitte Sie auch darum -, Sie stellen hier richtig, was im *Kölner Stadt-Anzeiger* - den reiche ich Ihnen gleich herüber - stand.

Eines ist klar: Die Stadt Köln muss ein eigenes Interesse haben. Das liegt doch auf der Hand. Das kennen wir doch aus der politischen Gemengelage, aus dem Verhältnis zwischen Bundestag und Bundesrat und auch aus anderen politischen Konstellationen. Wenn ein kleiner Anteilseigner - nennen wir ihn den Kreis X - 0,35 Prozent der Anteile hält, die aber konstitutiv sind, um die gesellschaftsrechtliche Schwelle zur Mehrheit zu überspringen, dann ist es doch für einen privaten Investor - nennen wir ihn den Investor H - ein Leichtes, zu diesem Kreis X zu gehen und zu sagen: Vielleicht baue ich einen Kindergarten für euch. Wenn ich den Kindergarten für euch baue, dann können wir uns doch sicherlich auch in anderen Fragen ganz schnell einig werden.

(Josef Müller [CDU]: Nein!)

Schwuppdwupp ist die kommunale Mehrheit, die es auf dem Papier gibt, dahin, weil wir eben keine Interessengleichheit haben. Deswegen müssen wir für die Stadt Kölner Interessen eintreten.

(Beifall bei der SPD)

Meine herzliche Bitte an alle Beteiligten ist: Lassen Sie uns mit allem Nachdruck und ohne Kompromissbereitschaft an falscher Stelle dafür werben, dass wir, wenn Land und Bund schon reisen wollen - Reisende soll man ja bekanntlich nicht aufhalten - und ihre Anteile verkaufen wollen, dann die Interessen der Stadt Köln vertreten müssen. Dann müssen wir dafür sorgen, dass die Stadt Köln 50 Prozent und einen Anteil bekommt, weil nur so sicherzustellen ist, was wir als Interesse der öffentlichen Hand gemeinsam definiert haben.

Abschließend möchte ich ausdrücklich den Vertretern der Gewerkschaft Verdi und dem DGB dafür danken, dass sie die berechtigten Sorgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Flughafens und der ihm angeschlossenen Betriebe so klar artikuliert haben. Wir, die Beschäftigten, die Gewerkschaften und die Ratsmitglieder, können, und wir müssen hier in einer Front stehen. Das ist im Sinne der Stadt Köln. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Börschel. Von den Grünen spricht Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Man muss sich natürlich die Frage stellen, warum wir in die Situation kommen, dass sich private Investoren so stark für den Airport interessieren; Presseäußerungen ließen ja nicht lange auf sich warten. Zwei Interessenten haben sich direkt gemeldet, nämlich die von Herrn Börschel mit „H“ bezeichnete Gesellschaft - ich denke, er meint damit Hochtief - und Fraport.

Wenn man sich einmal anschaut, wie das in anderen Staaten gehandhabt wird, stellt man fest, dass Flughäfen als öffentliche Verkehrsinfrastruktur ganz überwiegend in öffentlicher Hand sind. Das gilt nicht nur für Frankreich, sondern auch für die Vereinigten Staaten. Der Tatbestand, Flughäfen rein privat zu betreiben, ist nicht der Haupttrend. Der Grund dafür ist, dass Flughäfen zur Verkehrsinfrastruktur gehören und die Einflussnahme auf rein privat betriebene Flughäfen natürlich sehr gering ist.

Erst kürzlich hat es ein Beispiel gegeben. Vor einem Jahr hatte sich der Konzern Vinci dafür interessiert, bei ADP einzusteigen. ADP gehören die beiden Pariser Flughäfen Charles de Gaulle und Orly, die zu 68 Prozent dem französischen Staat gehören. Das Ganze wurde auch presseöffentlich. Das Unternehmen hat aber zurückgezogen. Warum? Weil der Staat nicht bereit war, ihm die Mehrheit zu verschaffen. Daraufhin erklärte Vinci, dass man dann kein Interesse mehr daran habe. Das war im *Handelsblatt* im Januar zu lesen.

Bereits am 20. November 2007 veröffentlichte das *Handelsblatt* einen Artikel, und die *Rheinische Post* titelte am 13. Dezember „Hochtief pokert um Airport Köln“. Der Luftfahrtexperte der Unternehmensberatung Booz Allen Hamilton wird dort mit folgenden Worten zitiert:

Eine Arbeitsteilung der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn, die ein strategischer Investor wie Hochtief vorantreibt, wäre für das Land Nordrhein-Westfalen wünschenswert. Düsseldorf könnte sich aufgrund der zentralen Lage im Land auf den Linien- und Interkontinentalverkehr fokussieren und Köln/Bonn aufgrund der Nachtflugerlaubnis auf das Fracht-, Charter- und Billigfluggeschäft.

Das heißt: Da beide Flughäfen so eng beieinanderliegen, ließe sich, wenn Hochtief Eigentümer beider Flughäfen wäre, eine Arbeitsteilung einrichten, wobei Köln eindeutig die höheren Belastungen zu tragen hätte. Alles was „Hui“ ist, liefe dann in Düsseldorf, während alle Belastungen Köln tragen müsste, weil hier die Nachtflugregelung gilt, die ja ein besonderer Schwerpunkt ist. Das heißt, wenn sich Herr Wittke mit seinen 50 Prozent durchsetzte, bedeutete eine solche Eigentümerschaft zusätzliche Belastungen. Das ist ein wichtiges Argument für uns, dem nicht zuzustimmen.

Ein zweiter Interessent ist Fraport. Vor nicht allzu langer Zeit war Landtagswahlkampf in Hessen. Das Ergebnis will ich hier nicht weiter kommentieren. Aber eine Aussage halte ich für wichtig: Der damalige Kandidat der CDU, der Ministerpräsident, hatte im Wahlkampf zugesagt, dass er sich, wenn die Dinge so laufen wie sie laufen, für ein Nachtflugverbot in Frankfurt einsetzen werde. Es ist auch bekannt, dass er mit dieser Position nicht allein im Landtag steht, egal, welche Konstellation in Hessen Regierungsverantwortung tragen wird. Das heißt aber nicht, dass deshalb das Fliegen eingestellt wird. Vielmehr wird man die Belastungen, die man dort herausnimmt, zum einen auf den Standort Hahn und zum anderen auf einen weiteren Flughafen verteilen, den man noch sucht. Und hier wird Köln interessant; denn würde Fraport den Flughafen Köln/Bonn übernehmen, wäre er sozusagen der ideale Filialflughafen, um insbesondere die Flüge nach Köln zu verlagern, die man in Frankfurt wegen des Nachtflugverbots nicht mehr abwickeln könnte.

Man muss ganz deutlich sagen, dass beide Interessenten - sie stehen ja tatsächlich auf der Matte; das wurde auch in der Presse in den letzten Jahren mehrfach geäußert - sowohl die regionalwirtschaftlichen als auch die gesundheitlichen Interessen der Bevölkerung völlig außer Acht lassen. Das ist nicht das, was sich die Region, die Stadt Köln und die einzelnen Kommunen wünschen können. Insofern muss man sich natürlich fragen - frei nach Ralph Sterck -: Was erlauben Wittke? Was treibt ihn eigentlich dazu, offenbar im Zusammenspiel mit dem kleinen Koalitionspartner, eine so große Nummer zu fahren und bestehende Vereinbarungen nicht einzuhalten? Das Land vertrat noch vor einem Jahr eine andere Position. Was also treibt diese Regierungsmitglieder dazu, Köln und die Region eindeutig zu benachteiligen, während sie beispielsweise dem Ruhrgebiet Vorschläge machen und entsprechende Maßnahmen zu deren Umsetzung ergreifen?

Ich vermute, dass sich dahinter noch eine Reihe anderer ökonomischer Interessen verbergen, die noch nicht aufgedeckt sind. Wenn wir als Kölner gemeinsam mit der Region hier keine klare Position vertreten, werden wir diesen Konflikt verlieren; das ist klar. Wir haben dabei aber offensichtlich einen Verbündeten, nämlich den Flughafenchef von Düsseldorf, Christoph Blume. Er gab erst kürzlich zu verstehen, dass auch er dagegen sei, und betonte, dass eine Vereinbarung im Gesellschaftsvertrag mit Hochtief die unbedingte Zustimmung von Düsseldorf notwendig mache, wenn eine Fusion mit Köln aufgrund der Übernahme der Anteile durch Hochtief erfolgen würde. Das ist gut zu wissen. Auch sagte er, dass es keinerlei ausreichende Interessenverbindungen zwischen Köln und Düsseldorf gebe.

Insofern denke ich - damit komme ich zum Schluss -, dass es wichtig ist, die Nerven zu behalten, cool zu bleiben und letztlich auch auf unserer Position zu beharren. Unsere Position muss sein, dass Köln 50 Prozent plus einen Anteil hält, wobei nichts dagegen spricht, wenn auch die kommunalen Miteigentümer ihre Anteile erhöhen. Wenn wir so handeln, gibt es keinen Grund, jetzt Nervenflattern zu bekommen und gegenüber Wittke und der Landesregierung einzuknicken. Das wird eine härtere Auseinandersetzung. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir sie nicht verlieren werden. Es kann sein, dass letztendlich alles so bleibt, wie es jetzt ist. Herr Börschel hat das schon ausgeführt: Es wäre nicht das Schlechteste, wenn die öffentlichen Eigentümer ihre Anteile behalten würden. Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Frank. Herr Breite spricht für die FDP, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Martin Börschel, hat unsere Fraktion direkt angesprochen. Es ist vollkommen richtig, dass wir weder Antragsteller dieser Aktuellen Stunde sind noch gehören wir zu den Fraktionen, deren Resolution nachher verabschiedet werden soll.

(Josef Müller [CDU]: Aus Eurem eigenen Willen heraus! Ihr wolltet da nicht drauf!)

- Josef Müller, sehr schön, dass Du das noch einmal sagst. - Das war unser Wille; denn wir haben unsere Erfahrungen mit diesen 50,1 Prozent in Köln gemacht.

Der sozialdemokratischen Fraktion und auch Ihnen, Herr Börschel, vertraue ich. Als es damals aber um die Existenz des Flughafens Köln/Bonn und die Nachtflugregelung ging, haben wir auch andere Erfahrungen gemacht. Was wir damals mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Professor Bietmann erlebt haben, der zusammen mit den Grünen versucht hat, die Nachtflugregelung auszuhebeln,

(Martin Börschel [SPD]: Da hat er recht!)

was wir verhindern konnten, hat uns zu der Auffassung gebracht, dass wir nicht eine Mehrheit hier im Rat haben wollen, sondern eine strategische Allianz von Land und Kommune, die als Eigentümer über 50 Prozent halten soll, damit hier keine Dummheiten passieren. Ich will Ihnen das auch gerne begründen: Wenn wir Liberale vielleicht mit den Sozialdemokraten hier die Mehrheit hätten, würde ich mir darüber keine Sorgen machen, bei den jetzigen oder anderen Mehrheitsverhältnissen hingegen schon; denn der Flughafen ist zu wichtig.

Ich habe in der Öffentlichkeit deutlich gemacht, dass die FDP-Fraktion dafür plädiert, dass mehr als 50 Prozent in öffentlicher Hand bleiben müssen.

(Josef Müller [CDU]: Aber die Kollegen in Düsseldorf sagen etwas anderes, Uli!)

Ich habe ebenso deutlich gesagt, dass wir eine strategische Allianz mit über 50 Prozent der Anteile von Kommune und Land möchten.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Herr Börschel hat eine Frage. Wenn der Oberbürgermeister sie zulässt, antworte ich gerne.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Bitte schön.

Martin Börschel (SPD): Vielen Dank, Herr Kollege Breite. Ich will eine Frage bezüglich Ihrer Sorgen einer möglichen Anteilsmehrheit der Stadt Köln stellen - ich will den Versuch nicht aufgeben, möglichst breite Rückendeckung für

unser Anliegen zu bekommen -: Glauben Sie nicht, dass man den Fragen der Nachtflugregelung, des Planfeststellungsverfahrens oder Ähnlichem über konsortiale Vereinbarungen, über die Festlegung von Quoren innerhalb des Gesellschaftervertrages begegnen könnte, sodass auch bei anderen Mehrheiten des Rates zu diesen für die Fortentwicklung des Flughafens fundamental und existenziell wichtigen Dingen Ihren Bedenken Rechnung getragen werden würde. Könnte die Stadt Köln am Ende die Mehrheitseigentümerin sein? Denn das ist unser Ziel, um es einmal ganz offen zu sagen. Wenn uns das gelänge, müssten wir Sie doch ins Boot bekommen.

Ulrich Breite (FDP): Herr Kollege Börschel, Sie reden von „können“. Aber ich habe das nicht schriftlich; das können wir auch noch gar nicht haben. Wir lassen bei diesem Thema Vorsicht walten, weil wir so etwas schon einmal bei Verhandlungen erlebt haben, bei denen wir es letztlich bis zu einem Bruch kommen lassen mussten. Das war eine schmerzhaft Erfahrung. Das erklärt unser Abstimmungsverhalten.

Ich habe öffentlich - das haben Sie sicherlich auch gelesen - deutlich gemacht, dass wir für eine strategische Allianz der öffentlichen Hand, also von Land und Kommune, von über 50 Prozent sind. Da liegen wir nicht weit auseinander. Aber bitte haben Sie auch dafür Verständnis, dass wir wegen der Erfahrungen, die wir mit den Mehrheitsverhältnissen hier im Kölner Rat gemacht haben, nicht anders handeln können.

(Martin Börschel [SPD]: Nein! Wir müssen verhandeln! - Walter Grau [CDU]: Ihre Kollegen in Düsseldorf sehen das anders!)

Hören wir uns nun einmal die vier Sachverhalte an, um die es nach unserer Meinung geht.

Erster Sachverhalt: Der Flughafen Köln/Bonn befindet sich in einem schwebenden Rechtsverfahren mit dem Bund, bei dem es um die Bewertung des im Eigentum des Bundes befindlichen Grundstücks und den daraus resultierenden Pachtzahlungen geht. Das hat natürlich direkte Auswirkungen auf den Kaufpreis für das Flughafengelände - das wurde schon ausgeführt -; denn der Flughafen würde das Gelände gerne kaufen. Eine rechtliche Klärung kann für den Flughafen sehr teuer werden. Darum setzt man auf eine außergerichtliche Einigung. Erfreulicherweise ist eine Einigung des Flughafens mit dem Bund in

Sicht. Doch der Bund möchte eine Zusage haben, um seine Anteile frei verkaufen zu können.

(Josef Müller [CDU]: Habe ich gesagt!)

Der Gesellschaftervertrag lässt nämlich nur dann einen freien Verkauf zu, wenn die anderen Anteilseigner, also wir, das Land und die anderen, die Zusage geben. Aus Sicht des Unternehmens muss diese gütliche Einigung angenommen werden. Alles andere wäre für das Unternehmen eine wirtschaftliche Katastrophe. Ich darf davon ausgehen, dass bei der großen Mehrheit im Rat darüber Einvernehmen herrscht.

Zweiter Sachverhalt: Der Bundesanteil beträgt 30,94 Prozent; das wurde schon angeführt. Die Stadt Köln würde diesen Anteil sehr gerne kaufen. Auch das Land hat Interesse an der Übernahme des Bundesanteils bekundet. Ebenso würden international aufgestellte, private Flughafenbetreiber - Herr Frank hat das angesprochen - wie Hochtief Airport, der den Flughafen Hamburg mit 49 Prozent hält und am Flughafen Düsseldorf 50 Prozent der Anteile besitzt, gerne, selbst mit einer Minderbeteiligung, über den Bundesanteil am Flughafen Köln/Bonn einsteigen. Jeder Bewerber hat seine guten Gründe für den Anteilskauf. Aber der Verkäufer sucht seine Kandidaten aus und nicht umgekehrt.

Bei der Debatte zwischen Land und Stadt kann man den Eindruck gewinnen, beide könnten mitentscheiden, wer die Anteile bekommt. Zu entscheiden hat das aber weder das Land noch die Kommune, auch nicht durch politischen Aufschrei und Angstmache. Alleiniger Entscheider ist der Bund. Nur - da beißt die Maus keinen Faden ab - muss zunächst der erste Sachverhalt, nämlich eine gütliche Einigung über das verpachtete Grundstück verbunden mit dem Recht auf freien Anteilsverkauf, geklärt werden, bevor über den zweiten Sachverhalt verhandelt werden kann.

Ich bin nicht der Bund, aber die Herstellung eines Junktims zwischen dem ersten und dem zweiten Sachverhalt und dann noch zugunsten der Stadt Köln, wie es auch aus Kölner Reihen gefordert wird, ist ein Widerspruch in sich. Der Bund erkaufte sich doch nicht die gütliche Einigung mit dem Recht des freien Anteilsverkaufs, um es gleich wieder loszuwerden und dann auch noch an den, von dem er sich gerade freigekauft hat.

(Martin Börschel [SPD]: Doch, Herr Breite!)

- Das höre ich sehr gerne, aber ich habe auch schon andere Stimmen gehört. Warten wir es ab. - Der Bund hat eine gütliche und für das Unternehmen Flughafen Köln/Bonn nützliche Einigung vorgelegt. Der Bund erhält damit das Recht auf den freien Anteilsverkauf. Der Bund hat aber noch keine Aussage getroffen, wann und an wen er seine Anteile verkaufen will. Ich höre heute in dieser Debatte, dass es für die Stadt Köln gar nicht so schlecht aussieht.

Ich möchte noch auf einen weiteren Sachverhalt aufmerksam machen. Wir haben hier über den Düsseldorfer Flughafen und die 50/50-Lösung gesprochen. Nach Meinung der FDP-Fraktion wird es damit Probleme geben; denn in der Wirtschaft werden eher selten Gesellschafterverträge mit 50/50 abgeschlossen. Ich wollte das hier nur einmal sagen. Diese Tatsache hat ja nicht nur die SPD-Landtagsfraktion kritisiert, sondern für diese Regelung auch die neue Landesregierung von CDU und FDP in Düsseldorf. Allerdings muss man auch wissen, dass diese „Düsseldorfer Regelung“ von der damaligen Landesregierung von SPD und Grünen gemacht wurde.

(Martin Börschel [SPD]: Das Entscheidende ist, dass die Stadt Düsseldorf es so wollte!)

Die jetzige Landesregierung dafür zu kritisieren, ist meiner Meinung nach nicht korrekt. Wir halten diese Regelung für nicht gut, weil ein Gesellschaftervertrag von 50/50 nur bei gutem Wetter taugt.

Ich kann nur hoffen, dass die Landesregierung - deshalb führt die FDP Köln auch ihre Gespräche - noch auf den richtigen Weg kommt und weiterhin ihre Anteile hält, sodass wir gemeinsam mit dem Land weiterhin über 50 Prozent verfügen. Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Breite. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Für die Linken spricht Herr Ludwig, bitte.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In den Zeiten wilden Privatisierungsausches zum Ende der 90er-Jahre gab es auch in der Kölner CDU gewichtige Stimmen, die sich für eine Privatisierung des Flughafens ausgesprochen haben. Das scheint jetzt nicht mehr der Fall zu sein. Der Rausch ist vorüber, der Kater überstanden, man

ist wieder aufgewacht. Jetzt tritt sogar die FDP gegen eine Vollprivatisierung des Flughafens ein. Nur der selbsternannte Arbeiterführer Jürgen Rüttgers und seine Leute in der Landesregierung haben noch nicht so richtig kapiert, dass es eine umfassende Privatisierung nicht geben wird.

Es wird niemanden überraschen, dass wir als Fraktion Die Linke für den Erhalt des öffentlichen Eigentums und gegen jedwede Privatisierung eintreten. Wir sind nicht unkritisch gegenüber dem Verkehrsträger Flugzeug. Wir sind auch wenig begeistert über die Ausdehnung des Flugnetzes auf Strecken, die man gut oder besser mit der Bahn bewältigen könnte. Wir sind auch nicht einverstanden und wenig begeistert über die massive Ausdehnung des Nachtflugverkehrs. Wir meinen, dass die gesamtgesellschaftlichen Kosten, sowohl die sozialen als auch die ökologischen, die der Flugverkehr verursacht, bedacht müssen werden.

Allerdings treten wir für den Erhalt aller Arbeitsplätze und die Aufrechterhaltung von Löhnen und Arbeitsbedingungen am Flughafen ein.

(Josef Müller [CDU]: Das tun wir alle!)

Wir meinen, das lässt sich nur dann sicherstellen, wenn die öffentliche Kontrolle über das öffentliche Eigentum des Flughafens erhalten bleibt. Soziale und ökologische Standards können nur dann eingehalten werden, wenn der Verkehrsbereich Flughafen dem Profitprinzip entzogen ist. Ein Flughafen unter massiver privater Kontrolle, zum Beispiel durch den Investor Hochtief, würde weniger gesellschaftliche Einflussnahmemöglichkeit, weniger demokratische Kontrolle, mehr Druck auf die Löhne, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Abbau von Arbeitsplätzen bedeuten. Das würde aber auch eine gestiegene Erpressbarkeit der Kommune und der öffentlichen Hand insgesamt mit sich bringen, zum Beispiel wenn es um das Herunterschrauben von ökologischen Standards geht.

Dass Köln fast zu einem reinen Nachtflughafen werden könnte, wurde von einem meiner Vordredner schon angesprochen. Das gilt insbesondere in Zeiten gestiegener Konkurrenz im Verkehrssektor, in Zeiten, in denen die Profite keineswegs gesichert sind und ein privater Investor nur dann, wenn er großen Druck in diese Richtung erzeugt, seine Profite sichern kann.

Auch wir treten dafür ein, dass die Anteilsverhältnisse so bleiben, wie sie derzeit sind. Wir sprechen uns dafür aus, dass dann, wenn der

Druck auf Bund und Land nicht erfolgreich ist, die Kommune und die Umlandkommunen in dieser Frage gemeinsam handeln, damit dieser Flughafen vollständig in öffentlicher Hand bleibt. Deswegen unterstützen wir die hier vorgelegte Resolution. Es kommt nicht oft vor, dass wir all dem zustimmen können; in diesem Punkt machen wir das. Denn auch wir sind der Meinung, dass ökologische Standards, eine Verbesserung der ökologischen Bedingungen, eine klare Berechnung der Kosten des Verkehrsträgers Flugzeug und die Aufrechterhaltung aller Jobs zu möglichst guten Bedingungen und Gehältern sich nur mit öffentlicher Kontrolle erreichen lassen. Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Lassen Sie mich bitte noch einmal meine Position dazu klarstellen.

Ich werde dieser Resolution voll und ganz und gerne zustimmen. Das ist Punkt eins. Das habe ich im Vorfeld immer gesagt.

Zweitens will ich noch einmal deutlich machen, dass ich meine Position durchgehend vertreten habe. Das wurde hier etwas missverständlich wiedergegeben. Aus diesem Grund darf ich mich hier ausnahmsweise einmal selbst zitieren. Übrigens habe ich meine Position auch am Montagmorgen auf einer Regionalversammlung am Flughafen vertreten. Ich bitte zu berücksichtigen, dass die regionalen Vertreter des Umlandes nicht alle unsere Meinung teilen, übrigens auch nicht hinsichtlich des Flugbetriebs. Sie wissen, dass es da erhebliche Bedenken gibt.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist ja der Punkt!)

- Ja, aber auf der anderen Seite wollen wir auch ein möglichst starkes Bündnis, weil es eben auch ein regionaler Flughafen ist.

Meine Position, die ich dort vertreten habe, will ich nun auch Ihnen zur Kenntnis geben und damit auch zu Protokoll geben.

Ich setze mich dafür ein, dass die Anteilsmehrheit, das heißt mindestens 50,1 Prozent, künftig bei der Stadt Köln liegt. Unsere Partner in der Region sollen sich ebenfalls verstärkt an den übrigen Anteilen beteiligen können.

So lautet das gesprochene Wort.

(Beifall von Martin Börschel [SPD])

Ich sage Ihnen noch etwas: Am Freitagabend habe ich, wie Sie wissen, Herr Börschel, andert-halb Stunden mit Herrn Steinbrück, dem Ministerpräsidenten und allen zuständigen Ministern über dieses Thema gesprochen. Ich denke, dass wir auf einem guten Weg sind, wenn wir das gemeinsam durchhalten. Ich erinnere aber daran, dass damals diese Vereinbarung mit Herrn Steinbrück - damals noch in anderer Funktion - getroffen wurde: Der Ministerpräsident hatte mich angerufen, ob ich mit Volker Hauff einverstanden sei - normalerweise hatten wir das Recht, den Vorsitz im Aufsichtsrat uns zu ergreifen -, aber hinzugefügt: „Wenn Sie es machen wollen - selbstverständlich!“. Ich habe damals gesagt: „Nein, nehmen Sie Volker Hauff! Ich bin damit einverstanden.“ Daran habe ich Herrn Steinbrück jetzt erinnert und ihn gebeten, von dieser Kopplung, von dem Junktim Abstand zu nehmen, nämlich den Hebel bei uns anzusetzen. Er soll ruhig sagen, dass er die Anteile verkauft, aber darf von uns nicht verlangen, dass wir dafür das Vetorecht aufgeben.

Das war mein Appell an ihn. Vielleicht können Sie auch noch einmal mit ihm sprechen und gemeinsam daran arbeiten.

(Martin Börschel [SPD]: Habe ich ja!)

- Das ist schon passiert; wunderbar. Insofern gehen wir völlig d'accord.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer dafür ist, dass wir diese Resolution so verabschieden, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind CDU, SPD, Grüne, pro Köln, Linke, Dr. Müser und der Oberbürgermeister. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der FDP. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist das mit deutlicher Mehrheit so verabredet. Die Resolution geht postwendend morgen nach Düsseldorf und nach Berlin; denn in diesem Fall müssen wir Land und Bund ansprechen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

1. Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Ich sehe gerade, hier ist etwas durcheinander geraten. Unter Annahme von Schenkungen steht bei mir hier die Zukunft des Flughafens Köln/Bonn.

(Heiterkeit)

Das wäre ein schönes Geschenk. Wir haben leider weder etwas zu verschenken noch etwas anzunehmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Als Schenkung nehmen wir ihn an!)

- Ja, als Schenkung nehmen wir ihn gerne an.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 2 auf:

2. Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

2.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 2.1.1:

2.1.1 Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Vorbereitung der Bewerbung zur Bundesgartenschau in Köln“ AN/1310/2008

Dazu spricht Herr Dr. Paul, bitte schön.

Dr. Michael Paul (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Man muss mit dem Begriff „historisch“ natürlich etwas vorsichtig sein und darf ihn auch nicht überstrapazieren. Aber unsere heutige Sitzung und der Beschluss, den wir gleich fassen werden, verdient aus meiner Sicht schon die Bezeichnung „historisch“. Von der heutigen Ratssitzung wird das kraftvolle Signal ausgehen, dass wir die Bundesgartenschau wieder nach Köln holen wollen.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Das ist aber „historisch“!)

Bereits zweimal, 1957 und 1971, war die Bundesgartenschau in Köln zu Gast. Damals konnten wichtige städtebauliche Impulse gesetzt werden. Der Rheinpark, noch im letzten Jahr ausgezeichnet als Deutschlands schönste Parkanlage, ist bis heute ein Zeichen dafür.

Natürlich unterliegen auch Gartenschauen einem Wandel. Von der ersten großen Grünpräsentation in Deutschland, der Internationalen Gartenbauausstellung in Hamburg im Jahre 1869, bis zur Bundesgartenschau in Gera und Ronneburg im letzten Jahr hat sich der Charakter der Schauen stark gewandelt. Zunächst waren es reine Leistungsschauen und Produktpräsentatio-

nen des Gartenbaus. Später wurden die Bundesgartenschauen zu einem Instrument, Grünflächen zu schaffen und zu sanieren. Das geschah anfangs, um die vom Krieg zerstörten Städte in Deutschland wiederaufzubauen; die erste Bundesgartenschau fand 1951 statt. Später kamen Aspekte wie die Sanierung und Umgestaltung ehemaliger Industrieflächen dazu, und in den letzten Jahren stand der Aufbau einer grünen Infrastruktur in den neuen Ländern nach der deutschen Einheit im Vordergrund.

Die Bundesgartenschau in Köln wird ein neues Kapitel der Geschichte aufschlagen. Sie soll Bewährtes weiterentwickeln, aber auch Neues schaffen. Zum Bewährten: Köln hat ein in Europa einzigartiges Grünsystem mit dem inneren und dem äußeren Grüngürtel, die in den 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts vorausschauend von Oberbürgermeister Konrad Adenauer und seinem Stadtbaumeister Fritz Schumacher angelegt wurden. 100 Jahre danach soll dieses Grünsystem weiterentwickelt werden. Der Grüngürtel kann modernisiert und für das 21. Jahrhundert fit gemacht werden. Die Bundesgartenschau bietet dazu die Chance.

Zugleich kann die Bundesgartenschau eine Brücke in die Region schlagen. Aufbauend auf den Projekten, die wir im Rahmen der Regionale 2010 unter dem Oberbegriff RegioGrün auf den Weg gebracht haben, kann die Bundesgartenschau die Zusammenarbeit mit der Region vertiefen und Projekte auch über 2010 hinaus weiterführen.

(Beifall von Dr. Lothar Theodor Lemper
[CDU])

Als Stichworte nenne ich hier Grünachsen und dritter Grüngürtel.

Deshalb ist die Bewerbung um die Ausrichtung der Bundesgartenschau nicht nur eine Einladung, sondern auch eine Aufforderung an unsere Nachbarn, mitzumachen und Projektideen zu entwickeln. Mit den Ideen zur Bundesgartenschau können wir ein Zeichen für eine zukunftsfähige, nachhaltige Stadtentwicklung in Köln setzen.

Schon für die BUGA 1971 war die Weiterentwicklung des inneren Grüngürtels, also eines sehr innenstadtnahen Bereichs, vorgesehen. In Zollstock sollte im Grünzug Süd ein, wie es damals hieß, moderner Bürgerpark geschaffen werden. Ein entsprechender Wettbewerb war auch schon durchgeführt worden, die wirtschaftliche Rezession 1965/66 führte jedoch dazu,

dass das Projekt aufgegeben wurde. Die BUGA fand dann in der Riehler Aue und im Rheinpark statt.

Die nächste BUGA kann eine Vision aus den Zeiten Konrad Adenauers Wirklichkeit werden lassen, nämlich die Verlängerung des inneren Grüngürtels Richtung Rhein. Der bis dahin realisierte Umzug des Großmarktes bietet dazu eine einmalige Chance. Wir können innenstadtnah Grünflächen verbunden mit Wohn- und Gewerbebauten der Zukunft schaffen. Im Übrigen - das möchte ich an dieser Stelle noch anmerken - wäre sicherlich die Festlegung auf eine Bundesgartenschau in diesem Bereich auch ein gehöriger Schub, ein Impuls für den Umzug des Großmarktes. Die Großmarkthalle und die angrenzenden Flächen könnten die zentralen Ausstellungshallen der BUGA sein. Ich kann mir auch vorstellen, dass wir, wie damals beim Rheinauhafen, in diesem Bereich eine große Tiefgarage anlegen, die zunächst die Besucherströme der BUGA aufnehmen kann und danach für anderweitige Nutzungen zur Verfügung steht. Gleichzeitig könnte auch die Weiterentwicklung des Kölner S-Bahn-Systems mit einer möglichen neuen Haltestelle an der Bonner Straße vorankommen.

Sicher, die Bewerbung um die Ausrichtung und dann auch die Durchführung einer Bundesgartenschau ist ein Kraftakt, sowohl in finanzieller Hinsicht als auch insgesamt. Um diese sehr langfristige Maßnahme stemmen zu können, brauchen wir eine große Mehrheit des Rates - deshalb haben wir demokratischen Fraktionen einen gemeinsamen Antrag gestellt -, aber auch ein effizientes Zusammenwirken mit dem Oberbürgermeister, der Verwaltung und den übrigen Akteuren. Das Ziel lohnt diese Mühen; denn Köln kann damit in seiner Entwicklung in ökologischer, wirtschaftlicher und städtebaulicher Hinsicht einen großen Schritt voran machen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Paul. Herr Bacher, bitte.

Götz Bacher (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat eint das Motto „Grün für Köln“ erstaunlicherweise die großen Fraktionen im Kölner Rat. Sogar die FDP hat diesen Antrag mitunterzeichnet.

(Winrich Granitzka [CDU]: Bravo!)

Unter dieses Motto könnte man diesen Antrag, dieses sehr seltene Gemeinschaftswerk, stellen. Da soll noch mal einer sagen, dass es nichts gibt, worauf sich die vier großen Fraktionen einigen können. Die grünpolitische Zielsetzung dieses Antrages hat sie geeint. Mit dazu beigetragen hat sicherlich auch der Besuch der Bundesgartenschau in Gera und Ronneburg durch eine kleine Delegation des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün. Von daher, Herr Detjen, sollten solche Informationsreisen nicht von vornherein verteufelt werden.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Die Erkenntnis, dass die im Vergleich zu Köln kleine Stadt Gera in der Lage war, eine BUGA zu stemmen und mit der Ausrichtung einen für die Region ungeheuer wichtigen Infrastrukturimpuls erzeugt hat, sollte uns ermuntern, mit großem Elan an die Sache heranzugehen.

Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich den Willen, dass die Stadt Köln nach 1957 und 1971 zum dritten Mal Ausrichter einer BUGA werden soll. Wir sind nicht nur davon überzeugt, dass dies aus grünpolitischer Sicht für Köln von Vorteil und ein großer Gewinn wäre, wir wissen auch, dass Köln das Know-how besitzt, eine BUGA erfolgreich durchzuführen. Die gelungene Sanierung des Rheinparks zum 50-jährigen Jubiläum, gekrönt und belohnt mit den Auszeichnungen „Deutschlands schönster Park 2007“ und „Zweit-schönster Park Europas 2008“, beweist dies. Köln besitzt ein ausgezeichnetes Team, auf das wir stolz sein können und dem an dieser Stelle noch einmal Dank und Gratulation gesagt sei.

(Beifall bei der SPD sowie von Winrich Granitzka [CDU])

Allerdings haben wir für die erneute Ausrichtung der BUGA eine eindeutige Präferenz. Schon unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit sollten die mit einer BUGA verbundenen, notwendigen finanziellen Aufwendungen unbedingt in die Schaffung einer neuen citynahen Grünanlage investiert werden, nicht jedoch in vorhandene Freiflächen im Außenbereich der Stadt Köln.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Dies bietet sich durch die geplante Verlagerung des Großmarktes geradezu zwingend an. Es wäre ein mutiger Schritt, der bundesweit große Beachtung und Bewunderung hervorrufen würde. Köln könnte damit seinen Ruf als grüne Stadt festigen und seiner Verpflichtung, Vorsorge für

nachfolgende Generationen zu treffen, Rechnung tragen.

Ich darf Sie alle, auch die Nichtunterzeichner des Antrages, einladen, mit uns gemeinsam ein Votum zum Wohle unserer Stadt Köln abzugeben.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Bitte schön.

(Ralph Sterck [FDP]: Wen meinen Sie mit Nichtunterzeichner?)

- Ja, es gibt auch einige, die diesen Antrag nicht unterzeichnet haben.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Wir sind dabei! - Manfred Rouhs [pro Köln]: Herr Bacher, wir stehen hinter Ihnen!)

- Eben hat pro Köln ja auch eine Volksfront mit Ihnen gebildet.

(Heiterkeit - Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Das „auch“ war natürlich interessant!)

Meine Damen und Herren, mit einer BUGA kann nicht nur die ökologische Situation unserer Stadt verbessert werden. Auch eine weitere Attraktivitätssteigerung und damit die Sicherung einer positiven Zukunft sind mit der Ausrichtung einer BUGA zweifelsfrei verbunden. Wir sagen Ja zu einer weiteren BUGA in Köln; denn Grün gehört zu Köln wie der Dom, der Rhein und die SPD. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf: Und der Adenauer! - Heiterkeit)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Bacher. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Dr. Müller, bitte.

Dr. Sabine Müller (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag markiert den Startschuss zu einem Projekt, für das wir einen langen Atem brauchen werden. Mit „wir“ meine ich in diesem Fall zumindest die vier größeren Ratsfraktionen - wir haben ja schon gehört, dass auch andere zustimmen werden -, die alle an einem Strang ziehen wollen. Aber auch die Verwaltung unter der Führung des Oberbürgermeisters - vielleicht ab 2009 auch einer Oberbürgermeisterin; wer weiß das heute schon - muss alles in Waagschale werfen, damit

die avisierte Bewerbung um Austragung der Bundesgartenschau im Jahre 2021 von Erfolg gekrönt wird.

Mit diesem Antrag signalisieren wir zunächst den fraktionsübergreifenden kommunalpolitischen Willen, alle Informationen einzuholen, die wir benötigen, um formell unser Interesse an einer Bundesgartenschaubewerbung zu bekunden. Bei der darauf basierenden Bewerbung soll der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft, DBG, ein innovatives und nachhaltiges Durchführungskonzept präsentiert werden. Ziel muss es sein, sich mit dieser Bewerbung gegen konkurrierende Städte und Regionen durchzusetzen.

Meine Damen und Herren, drei wesentliche kommunalpolitisch bedeutsame, aktuelle Entwicklungen möchte ich in diesem Zusammenhang erwähnen. Da diese heute schon genannt wurden, werde ich mich kurz fassen.

Erstens will ich die Projekte, die im Rahmen der Regionale 2010 hier in Köln und in der gesamten Region Köln-Bonn verwirklicht werden, erwähnen. Exemplarisch möchte ich die RegioGrün-Projekte nennen, die im Rahmen der Regionale realisiert werden. Ausgangspunkt und Idee der Betrachtungen ist das historisch gewachsene Grünsystem der Stadt Köln mit dem inneren und äußeren Grüngürtel sowie den radialen Verbindungsachsen.

Wie Sie wissen ist der innere Grüngürtel derzeit nicht geschlossen, sondern ähnelt eher einem Kleiderbügelhaken. Der Grünzug endet bekanntlich an der Luxemburger Straße. Weiter südlich entstand vor fast 100 Jahren der Vorgebirgspark, eine radiale Grünzugshauptachse, die im Rahmen der Regionale nach Süden über die Stadtgrenze hinaus fortgeführt werden soll. Südlich des Bereichs Eifelwall, Bonner Wall und Alteburger Wall fehlt also noch ein Stück des inneren Grüngürtels.

Zweitens nenne ich den vom Büro Albert Speer entworfenen Masterplan Innenstadt, der heute auch schon erwähnt wurde und sich derzeit in der Vertiefungsphase befindet, aber bereits schon jetzt mit bemerkenswerten Vorschlägen und Empfehlungen spannende Diskussionen in Köln ausgelöst hat. Darin wird als ein wesentlicher Vertiefungsbereich die Weiterentwicklung des inneren Grüngürtels genannt. Im Mai wurde im Rahmen des 2. Innenstadtforums die Idee einer Bundesgartenschau auf dem Gelände des Großmarktes ausdrücklich begrüßt.

Drittens kommt der Umstand hinzu, dass wir kürzlich hinsichtlich der Verlagerung des Großmarktes aus der südlichen Innenstadt im Jahr 2020 einen wichtigen Ratsbeschluss gefasst haben. Dieses frei werdende Gelände steht nun im Mittelpunkt der Überlegungen zur BUGA 2021.

Immer wieder gab und gibt es Ansätze zu einer Erweiterung des inneren Grüngürtels in Richtung Rhein, der sogenannten grünen Tangente Süd. Immer wieder wird diese Grüngürtelerweiterung durch rein ökonomisch ausgerichtete Flächenverwertungsinteressen zumindest marginalisiert. Details hierzu will ich Ihnen jetzt ersparen.

Aber auch verwaltungsintern wird offensichtlich nicht immer abgestimmt gearbeitet. Informationen werden verspätet oder gar nicht weitergegeben. Das können wir uns bei einem Projekt wie der Bundesgartenschau 2021 nicht leisten. Hier müssen wir alle gemeinsam viele Jahre lang geradlinig und im Konsens voranschreiten. Wir benötigen ein langfristig verbindliches Konzept, das alle Bedürfnisse, wie innenstadtnahes Wohnen, Erweiterung der Hochschullandschaft, siedlungsnahen Grün- und Erholungsflächen, Erschließungsflächen für Verkehre jeder Art, die natürlich auch gegeneinander abgewogen werden müssen, aufeinander abstimmt und nicht immer wieder infrage stellt, sobald neue politische Mehrheiten entstanden sind und/oder ein neuer Oberbürgermeister oder neugewählte Beigeordnete andere planerische Schwerpunkte setzen.

Meine Damen und Herren, die Ausrichtung der Bundesgartenschau bietet zudem die einmalige Chance auf die zeitnahe Realisierung des sogenannten S-Bahn-Weststrings, der nur mit hohem finanziellen Aufwand und entsprechenden Fördermitteln von Bund und Land umsetzbar ist. Von einer S-Bahn-Linie vom Bonner Wall über die Bahnhöfe Köln-Süd und Köln-West würde die gesamte Kölner Innenstadt und die Region enorm profitieren. Das haben auch schon Albert Speer und seine Mitstreiter im Entwurf des Masterplans Innenstadt so artikuliert. Ohne Bundesgartenschau würde der S-Bahn-Westring wohl vorerst ein Wunschtraum bleiben. Ohne Bundesgartenschau besteht auch die Gefahr, dass wir keine südliche Grüntangente bekommen, die diesen Namen verdient und die südliche Innenstadt wirklich aufwertet.

Lassen Sie uns jetzt gemeinsam dieses Projekt Bundesgartenschau in Köln anpacken und als ersten Schritt alle notwendigen Informationen zusammentragen, die wir benötigen, um eine erfolgreiche Bewerbung bis zum Ende des Jahres

auf die Beine zu stellen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Dr. Müller. Herr Sterck spricht für die FDP-Fraktion.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist gut - das haben auch schon meine Vorredner gesagt -, dass selbst langfristige Projekte wie dieses von einer breiten Mehrheit hier im Rat unterstützt werden. Bis ein solches Projekt realisiert werden kann, können die Mehrheitsverhältnisse allerdings noch das eine oder andere Mal wechseln, wie gerade wir in Köln es schon erfahren haben. Die FDP gehört hier mit zu den Antragstellern; denn auch wir von der FDP sind für eine dritte Bundesgartenschau in Köln.

Im Ziel sind wir uns einig, doch die Wege dorthin sind natürlich verschieden. Von daher muss ich doch etwas Wasser in das Kölsch meines Kollegen Bacher schütten und will Ihnen darstellen, welche Unterschiede wir auf diesem Weg sehen.

Die FDP könnte sich eine entsprechende Bewerbung schon früher vorstellen. Ursprünglich war ja die Internationale Gartenbauausstellung im Jahr 2017 im Gespräch. An der Formulierung des Antrages sehen Sie, dass Jahreszahlen weitestgehend vermieden werden; denn diese Frage ist eben noch nicht geklärt. Kollegin Müller hat gerade die Jahreszahl 2021 genannt. Diese ist auch im Gespräch, ist aber nicht ganz kompatibel mit der Verlagerung des Großmarktes; ich werde das noch darstellen. Wir müssen aufpassen; denn wenn wir gewisse Dinge wie die Verlagerung des Großmarktes abwarten und dann - das steht auch im Antrag - möglicherweise noch eine zehnjährige bauliche Umsetzungszeit brauchen, sind wir schon bei 2030. Es ist zwar toll, wenn wir hier so langfristige Entscheidungen treffen. Aber wir müssen natürlich auch darauf achten, dass dieses Projekt nicht auf dem Sankt-Nimmerleins-Tag landet.

Deswegen hatten wir für 2017 auch als Alternativfläche den rechtsrheinischen Grüngürtel vorgeschlagen. Kollege Bacher hat das eben ein bisschen beiseite geschoben. Natürlich ist die Umnutzung eines Geländes wie dem des Großmarktes und auch die Veränderung des inneren Grüngürtels zwischen Luxemburger Straße und Rhein, wie von Frau Müller eben dargestellt, ein

sehr hohes Ziel. Aber man sollte nicht das Rechtsrheinische gegen das Linksrheinische ausspielen, wie es Kollege Bacher eben hier getan hat.

Die Ratsmehrheit hat bezüglich der endgültigen Verlagerung des Großmarktes bisher eine andere Sprache gesprochen. Die FDP hatte hierzu einen Änderungsantrag eingebracht und vorgeschlagen, für die Verlagerung des Großmarktes die Jahreszahl 2020 nicht festzuschreiben, sondern zu sagen, dass es bis spätestens 2020 geschehen soll. Das hat die Mehrheit dieses Rates abgelehnt, obwohl jetzt in der Begründung dieses Antrages klammheimlich steht, dass eine Verlagerung *bis* 2020 erfolgt sein wird. Nein, die Beschlusslage dieses Rates spricht von einer Verlagerung *im* Jahre 2020. Auf der vorletzten Sitzung des Liegenschaftsausschusses wurden Beschlüsse gefasst, die ich hier einmal vortragen will, ohne zu sehr Belange des nichtöffentlichen Teils zu erläutern. Es sind Mietverträge für das Großmarktgelände bis zum Jahr 2020 verlängert worden. Schon auf der vorvorletzten Sitzung stand das auf der Tagesordnung.

Während Frau Kollegin Moritz Angst hat, sich auf einen Mietvertrag über fünf Jahre für den Südstadion-Parkplatz festzulegen, weil auf dieser ganzen Spange zwischen Luxemburger Straße und Rhein ein gewisser Veränderungsdruck lasten könnte und ein 5-Jahres-Mietvertrag einer Veränderung im Wege stehen könnte, werden hier Verträge für den Großmarkt bis 2020 festgeschrieben, den sich diejenigen, die einen solchen Mietvertrag haben, nachher mit einem goldenen Handschlag von der Stadt Köln abkaufen lassen.

(Beifall bei der FDP sowie von
Karl Klipper [CDU])

Es ist nicht so einfach, wie sich das einige hier vorstellen. Wir können nicht mal eben den Großmarkt im Jahre 2020 verlagern, dann ein bisschen Gras aussäen, und am 2. April 2021 die BUGA eröffnen. Im Antrag steht ausdrücklich, dass wir eine zehnjährige bauliche Vorbereitungsphase brauchen. Die Zeit drängt. Wir müssen die unterschiedlichen Beschlüsse, die wir hier im Rat gefasst haben, auf dieses Projekt hin synchronisieren.

Trotzdem ist es richtig, dass wir dieses Projekt hier im Rat heute auf den Weg bringen. Auch von liberaler Seite geben wir hier das „Go!“. Ich wollte nur nach den vielen euphorischen Reden, die hier gehalten wurden, klarmachen, welchen Abstimmungs- und Klärungsbedarf es für dieses Projekt noch gibt, damit wir irgendwann wirklich

sagen können: Im Jahre 2017 oder im Jahre 2021 findet die nächste Bundesgartenschau in Köln statt. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie von
Winrich Granitzka [CDU])

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Sterck. Eine weitere Wortmeldung sehe ich von Herrn Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Bundesgartenschau wird auch den Tourismus beleben; denn zu einer Bundesgartenschau kommen durchschnittlich 3 Millionen Besucherinnen und Besucher. Wir halten das für einen wichtigen Wirtschaftsfaktor.

Uns wäre allerdings auch sehr wichtig, dass bei der Machbarkeitsstudie geprüft wird, wie nachhaltig Arbeitsplätze geschaffen werden können. Das ist nämlich möglich. Dafür gibt es Beispiele: In Düsseldorf, München und auch Gelsenkirchen ist man diesen Weg gegangen und hat nachhaltig Arbeitsplätze geschaffen.

Die vier Antragsteller verweisen in ihrer Begründung auf den nachhaltigen Beitrag zur Stadt- und Grünentwicklung, den eine Bundesgartenschau haben kann. Es muss aber von vornherein angestrebt werden, dass die Nachhaltigkeit gegeben ist. Eine Bundesgartenschau ist immer auf Nachhaltigkeit und Nachnutzung ausgelegt. Gerade darin liegt der Gewinn. Der Nutzeffekt einer BUGA muss über sieben Monate Öffnungszeit hinausgehen und zu einer Steigerung der Lebensqualität in der Stadt führen.

Die letzte Bundesgartenschau in Köln fand im Jahre 1971 statt. Damals war noch niemand von uns im Stadtrat, auch nicht Bürgermeister Müller. Beworben hatte sich die Stadt bereits 1962. Auch damals hieß es, dass ein Stück des Grüngürtels saniert werden soll. Tatsächlich fand die BUGA aber wiederum im Rheinpark, in dem sie bereits 1957 stattgefunden hatte, sowie zusätzlich in der Riehler Aue statt. Während der Rheinpark unbestritten nachhaltig davon profitierte, entstand in Riehl zwar für fünf Jahre der sogenannte Tivoli-Park. Doch nach dessen Konkurs kam lediglich der Abriss und sonst nichts. Das war keine nachhaltige Politik.

Vergessen wir nicht, dass sowohl die Intensität der Nachhaltigkeit als auch die inhaltliche Ausgestaltung der angestrebten BUGA wichtige Kri-

terien bei der Prüfung durch die Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft sind. Wenn Köln sich bewirbt - dafür sind wir -, dann darf so etwas wie 1971 nicht noch einmal passieren. Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Es ist richtig - das wurde bereits erwähnt -, dass ich anlässlich der Ehrenpreisverleihung der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft für den Rheinpark - ein großartiger Erfolg - angesprochen worden bin. Dr. Bauer und Herr Hepenich waren auch dort. Man hat uns den Tipp gegeben, dass es die Möglichkeit gibt, nachdem Karlsruhe für 2015 den Zuschlag bekommen hat, jetzt in die Ausschreibung für 2017 einzusteigen. Es sind uns auch noch weitere Daten genannt worden.

Meine Verwaltung steckt längst in der Planung. Ich begrüße, dass jetzt politische Rückendeckung dazukommt, und freue mich, dass das Projekt eine große Mehrheit findet. Wir werden Ihnen im Ausschuss Gesundheit, Umwelt und Grün nach der Sommerpause eine Verwaltungsvorlage zukommen lassen. Ich denke, wir bekommen das auf die Schiene.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für diesen gemeinsamen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, SPD, Grüne, FDP, pro Köln, die Linke, Herr Dr. Müser, Petra May und ich. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Es ist einstimmig so beschlossen.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.2 auf:

2.1.2 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln und Ratsmitglied Herrn Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) betreffend "Keine Anti-Islamveranstaltung in Köln"
AN/1305/2008

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der Fraktion pro Köln
AN/1367/2008

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/1394/2008

Von den Antragstellern spricht zunächst Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist gut, dass hier und heute alle demokratischen Parteien und Einzelmandatsträger die Anti-Islamveranstaltung von pro Köln verurteilen werden. Die Linke ist eine der antragstellenden Parteien.

(Zuruf: Aber keine Demokraten!)

Wir haben bereits auf der letzten Ratssitzung eine umfangreiche Anfrage eingebracht. Die Verwaltung hat jetzt eine sehr ausführliche, detaillierte Antwort vorgelegt. Vielen Dank dafür. Aus den Fragen und den Antworten wird deutlich, was das Besondere an dieser Hetzveranstaltung am 20. September ist. Es ist nicht etwa eine der üblichen Pro-Köln-Demonstrationen wie die im Juni letzten Jahres gegen den Bau der Moschee - das war schon schlimm genug -, pro Köln ist jetzt noch einen Schritt weitergegangen. Das möchte ich Ihnen jetzt kurz darstellen.

Erstens. Pro Köln hat zum ersten Mal einen offenen Holocaust-Leugner eingeladen. Das hat es in den letzten 20 Jahren, in denen wir uns mit diesen Gruppierungen beschäftigen - ob sie sich nun NPD, Republikaner, Deutsche Liga oder jetzt pro Braun nennen -, noch nicht gegeben. Die Verwaltung schreibt in ihrer Antwort zu einem der angekündigten Redner - ich zitiere aus der Stellungnahme der Verwaltung, Herr Oberbürgermeister -:

1998 war Nick Griffin wegen Aufstachelung zum Rassenhass zu neun Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 2 300 Pfund verurteilt worden, da er den Holocaust als Schwindel bezeichnet hatte. #[Zitat nicht verifiziert]

Ich erspare Ihnen das ganze Zitat; das können Sie in der Antwort der Verwaltung nachlesen.

Mit der Ankündigung dieser Person hat sich pro Köln meines Erachtens vollständig entlarvt. Sie sind mehr als rechtsextrem, auch wenn Sie das immer leugnen. Wer Holocaust-Leugner zu einer Konferenz einlädt, bekennt sich zumindest indirekt zu deren Tun und deren Leugnung der Massenvernichtung von Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten, Schwulen und Lesben, Gewerkschaftern und Christen. Auffällig ist, dass dieser Holocaust-Leugner inzwischen nicht mehr als Redner von pro Köln auf der Internetseite ge-

führt wird. Pro Köln versucht sich wieder einmal, herauszulügen. Die Fakten lassen das aber nicht mehr zu; denn sie haben diese Person auf jeden Fall angekündigt.

Zweitens. Pro Braun hat immer gegen den Bau der Moschee gehetzt, allerdings immer geschickt laviert und so getan, als ob Sie gar nicht grundsätzlich gegen den Bau einer Moschee seien. Es wurde dazu geäußert, dass es nur an dieser Stelle und in dieser Höhe eben nicht sein könne, man sei auch gar nicht gegen Ausländer, die sollen in ihr Land zurückkehren usw. - das waren die demagogischen Hetzparolen, die Goebbels nicht besser beherrschte. Pro Köln steigert sich jetzt aber. Jetzt geht es nicht mehr punktuell um die Moscheefrage. Die Durchführung der Anti-Islamkonferenz wird von einer Hetzkampagne gegen eine ganze Glaubensgemeinschaft, die auf der Welt einen großen Einfluss hat, begleitet. Das ist eine neue Qualität. Ich zitiere:

Dieser Antiislamisierungskongress soll in die Geschichte eingehen als der Tag, an dem europäische Patrioten aufstanden, um der islamischen Erstürmung unserer Vaterländer endlich Einhalt zu gebieten.

(Beifall bei pro Köln)

Das erklärte Henry Nitzsche auf der Internetseite von pro Köln. An der Wortwahl wird deutlich: Eine Glaubensgemeinschaft soll nicht nur diffamiert, sondern frontal attackiert werden. Nur der Aufruf, die Waffen zu ergreifen, fehlt an dieser Stelle. Das ist eine neue Qualität und nicht die übliche rechtsextremistische Provokation von pro Köln.

Das haben die Kölnerinnen und Kölner bemerkt und rufen zu breiten Protestaktionen auf. Es werden viele Menschen zu den Demonstrationen und Protestaktionen kommen. Ich möchte an dieser Stelle an die tolle Aktion der Schülerinnen und Schüler erinnern: 2 700 Gesichter auf einem Plakat „Nein zu pro Köln“.

(Hans Martin Breninek [pro Köln]: Missbrauch von Schülern! - Regina Wilden [pro Köln]: Das ist Missbrauch von Schülern!)

Es freut mich auch, dass die CDU dazu aufruft, sich querzustellen. Herr Granitzka, die Linke ist gespannt, wie Sie das machen werden. Lassen Sie uns gemeinsam

(Josef Müller [CDU]: Mit Ihnen machen wir gar nichts gemeinsam!)

mit den Menschen vor Ort an diesem Tag auf die Straße gehen und der Öffentlichkeit zeigen: Wir stellen uns quer gegen Rassisten, Neonazis und international angekündigte Holocaust-Leugner. Wenn es der Polizei und der Stadtverwaltung nicht gelingt, die Veranstaltung zu unterbinden, weil irgendwelche Oberverwaltungsgerichte in Münster meinen, Nazis schützen zu müssen, dann müssen wir mit zivilem Ungehorsam darauf reagieren. Wir treten ein für Toleranz, Achtung und einen interkulturellen und interreligiösen Dialog. Gemeinsam sind wir Köln! Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Müser, bitte.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Verehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Islam ist eine der größten Religionen der Welt. Köln darf stolz darauf sein, seit unendlich langer Zeit eine große Anzahl von Anhängern dieser friedlichen Religion als Mitbürger in Köln haben zu dürfen.

(Lachen von Bernd M. Schöppe
[pro Köln])

Das bringt uns in Köln Bereicherung, Vielfalt, Offenheit und ist damit prägend für die Kölner Kultur und Lebensart, Herr Schöppe.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis
90/Die Grünen])

Ich kenne keinen Fall aus Köln, wo ein Streit oder Konflikt wegen grundsätzlicher Differenzen zwischen Anhängern unterschiedlicher Religionen ausgebrochen wäre. Wie denn auch? Die Historien, auf der die Religionen fußen, sind die Gleichen, und die Menschen, die hier in Köln zusammenleben, haben den gleichen Hintergrund.

Natürlich gibt es Konflikte und Streitigkeiten. Dagegen ist anzugehen; diese sind auszuräumen. Integration ist zum Teil sehr schwierig. In der Vergangenheit sind viele Fehler gemacht worden. Nicht alle Migranten sind heute in Köln angekommen. Aber diese Probleme sind zu lösbar. Herr Schöppe, das ist der Unterschied: Demokraten versuchen, die Bürger mitzunehmen, während andere auf einige Bürger nur draufhauen wollen.

(Beifall bei Teilen der SPD und des
Bündnisses 90/Die Grünen)

Denn das ist genau das, was pro Köln erreichen möchte: Durch Aufstachelung und Hetze sollen Konflikte geschürt werden, damit diese offen ausbrechen und man dann mit dem Finger zeigen und sagen kann: Seht, das haben wir doch schon immer gewusst.

Es kann nicht sein, dass eine Weltreligion vorgeführt und schlechtgeredet wird. Wir verurteilen deshalb diese Aktion von pro Köln, die sich gegen den Islam und damit gegen zig Millionen, wenn nicht gar Milliarden Menschen richtet.

Den Änderungsantrag von CDU, SPD und Grünen können wir selbstverständlich übernehmen. Ich denke, Hauptgrund, warum dieser Änderungsantrag gestellt wurde, war, dass sich einige Politiker damit schwertun, dass der Antrag von den falschen Personen gestellt wurde. Aber das ist im Endeffekt sekundär. Die Hauptsache ist, dass wir uns auf ein gemeinsames Vorgehen einigen können. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei Teilen der SPD und des
Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Müser. Herr Granitzka für die CDU-Fraktion.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst einen Satz sagen, zumal die Kollegen der FDP mit auf diesem Antrag stehen. Ich jedenfalls sehe sie nicht in einer Volksfront, auch wenn sie schon einmal Beifall von einer Seite bekommen, von der sie ihn nicht gewünscht haben, Herr Bacher.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Dr. Müser, als Sie mich gefragt haben, ob sich die CDU-Fraktion diesem Antrag anschließen könnte, habe ich Ihnen mitgeteilt, dass wir inhaltlich die gleiche Meinung vertreten, Sie sich aber dafür die falschen Spielkameraden oder Weggenossen ausgesucht haben.

Die CDU-Fraktion hat sich sehr frühzeitig zu der von pro Köln geplanten Veranstaltung öffentlich geäußert, und zwar in dem Wortlaut, den die Gewerkschaften und Vertreter von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wie beispielsweise der DGB-Vorsitzende Dr. Uellenberg-van Dawen und Herr Densborn von der Gewerkschaft Verdi in ihrer Resolution zum Ausdruck gebracht haben. Das heißt: Wir sind selbstverständlich gegen ei-

ne solche Veranstaltung in Köln oder wo auch immer. Wir lehnen sie ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir stellen uns - Herr Detjen, hören Sie gut zu - mit den anderen demokratischen Parteien quer; wir wollen das nicht. Sie wollten wissen, wie wir das machen wollen. Das werden wir Ihnen zeigen. Wir haben ja beide Demonstrationserfahrung, Herr Detjen.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Aber auf unterschiedlichen Seiten! - Heiterkeit)

- Ich kann Sie jetzt nicht mehr einkesseln; aber gut.

(Heiterkeit - Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Ich bin aber immer wieder herausgekommen!)

Deshalb haben wir auch gemeinsam mit den anderen Fraktionen den Änderungsantrag gestellt. Die CDU-Fraktion spricht sich gegen jede Form von politischem Extremismus aus, egal ob von rechts oder von links.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Andreas Köhler [CDU]: Bravo!)

Abschließend zitiere ich DGB und Verdi mit den Worten: Köln ist bunt und nicht braun.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Granitzka. Herr Ott für die SPD.

Jochen Ott (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Am Eingang zum Ratssaal hängt ein Schild, auf dem steht: Sie starben für ihre Überzeugung. Kölner Stadtverordnete als Opfer der NS-Diktatur: Heinrich Arenz, KPD; Peter Baum, SPD, Georg Beyer, SPD, Ernst Hirsch, USPD, Johann Mattlener, KPD, Otto Müller, Zentrum, Robert Ransenberg, SPD, Rudolf Safarowski, KPD, Karl Sattler, KPD, Johann Thomer, KPD, Peter Trimborn, SPD.

Verehrte Damen und Herren, wir gedenken bis heute dieser mutigen Männer und der vielen anderen Männer und Frauen, die Opfer des Faschismus und der Nazidiktatur in diesem Land geworden sind. Deshalb beschämt es uns, dass 63 Jahre nach dem Krieg rechte Hetzer und Faschisten aus ganz Europa in Köln sprechen wollen.

Wir alle Demokratinnen und Demokraten dieser Stadt wollen gemeinsam Flagge zeigen. Arsch huh, Zäng ussenander! Gegen Gewalt und Nazi-dreck in unserer Stadt!

(Beifall bei der SPD, von Teilen der CDU sowie bei der Linken.Köln)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, die Zivilgesellschaft in Köln und die Politik hat in der Vergangenheit Farbe bekannt und wird das auch in Zukunft tun. Ich will an einige Aktionen erinnern: Köln kickt gegen Rassismus - Fußball für Toleranz; Schüler gegen Rechts - Kollege Detjen hat es eben angesprochen -, eine beeindruckende Aktion der Schülerinnen und Schüler dieser Stadt; Rock gegen Rechts, Bündnis für Demokratie und Toleranz; der Tag gegen Rechts am 6. September 2008; Promis, die einen Webblog gegen Rechts gegründet haben; jungeGEW gegen Rechts; das Bündnis Köln stellt sich quer; DelbrückerInnen gegen Rechts; Kölner Netzwerk gegen Rechts; Kölner Bündnis gegen Rechts. Jetzt gibt es die große Initiative gegen den sogenannten Antisiamkongress im September: „Wir stellen uns quer. Europäische Rassisten haben in Köln keinen Platz!“

Gemeinsam sind wir Köln. Wir als Rat der Stadt Köln sollten den Deutschen Gewerkschaftsbund und vielen anderen, an der Spitze Wolfgang Uellenberg-van Dawen - er ist auch heute hier -, dankbar sein, dass diese Initiative überparteilich gestartet wird. Wir alle werden uns gemeinsam bei den Aktionen im September einfinden.

(Beifall bei der SPD, von Teilen der CDU sowie bei der Linken.Köln)

Herr Oberbürgermeister, im Zusammenhang mit der Verabschiedung von Stadtsuperintendent Fey stand auch das Thema „Rat der Religionen“ und die Verantwortung, die wir als Politiker in dieser Stadt gemeinsam übernehmen. Wir sagen: Das Zusammenleben von katholischen und evangelischen Christen, von Muslimen, Hindus und vielen anderen Religionsgemeinschaften dieser Stadt ist die zentrale Zukunftsherausforderung in Köln. Wir arbeiten gemeinsam daran und lassen uns auch nicht durch die sogenannte Bürgerbewegung pro Köln von diesem Weg abbringen.

Sie schreiben in Ihrem Antrag zum heutigen Tag, das sei die zukunftsorientierte demokratische Bewegung, die sich im September trifft. Aber eines ist deutlich: Sie können sich nicht von diesen Nationalsozialisten - so will ich sie heute ganz

deutlich benennen -, von diesen Rechtsradikalen distanzieren; denn Sie sind eine rechtsradikale Partei. Das will ich an drei Punkten belegen:

Wer in diesem Rat fordert, dem NS-Dokumentationszentrum jegliche Mittel zu entziehen und damit die Gedenkstätte in Köln kaputtzumachen, der offenbart sein wahres Gesicht.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken.Köln)

Wer bei jeder Gelegenheit über Schwule und Lesben herzieht, wer immer wieder gegen interkulturelle Zentren zu Felde zieht, der offenbart, wes Geistes Kind er ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken.Köln)

Last but not least, wer sogar so perfide ist, die Verwaltung aufzufordern, das "ß" in "SS" zu ändern,

(Lachen bei pro Köln)

der offenbart in perverser Art, wie er versucht, hier in dieser Stadt Politik zu machen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken.Köln)

Ich will uns Zitate aus der Stellungnahme der Antwort der Verwaltung ebenfalls ersparen; Herr Detjen hat ja schon ein Zitat gebracht. Es ist einfach widerlich und ekelhaft, was die Redner, die sich zu diesem Kongress angekündigt haben, in ihrer Vergangenheit, in den letzten Jahren, noch vor kurzer Zeit öffentlich kundgetan haben. Die Verleugnung des Holocausts ist sicherlich der Höhepunkt dieser unsäglichen Äußerungen. Ich bitte Sie herzlich: Lesen Sie sie sich noch einmal durch.

Ich kann an dieser Stelle nur eines sagen: Wehret den Anfängen! Das rufen uns sicherlich, zumindest was meine Generation betrifft, unsere Großväter und Urgroßväter zu. Was passiert, wenn man sich ängstlich zurückhält und nicht das offene Wort wagt, dazu gibt es eine sehr erschütternde Darstellung des Mitbegründers der Bekennenden Kirche und späteren Kirchenpräsidenten Martin Niemöller. Das Zitat werden viele von Ihnen kennen; trotzdem will ich es hier zum Schluss anbringen.

Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist.

Als sie die Sozialisten einsperrten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialist.

Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter.

Und als sie die Juden einsperrten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Jude.

Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

(Regina Wilden [pro Köln]: Und jetzt wollen Sie uns holen, Herr Ott!)

Verehrte Damen und Herren, wir können heute protestieren. Wörtlich heißt das: Wir können Zeugnis ablegen. Wir können einstehen für ein Leben in Freiheit und größtmöglicher Gerechtigkeit für alle. Das gehört zu den Errungenschaften unserer Nachkriegsdemokratie. Deshalb werden wir alle gemeinsam diese Bewegung der Demokraten Kölns unterstützen und dafür eintreten, dass Köln nicht zum Tummelplatz von europäischen Rassisten und Faschisten wird.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Vielen Dank, Herr Ott. Für die Grünen Herr Helling, bitte.

Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte hier nur kurz eingehen auf solche Gruselgestalten wie Le Pen, der die Gaskammern der Nazis als - Zitat - „Detail der Geschichte“ bezeichnet hat, Gruselgestalten wie den verurteilten Holocaust-Leugner Nick Griffin oder Gruselgestalten wie den aus der CDU ausgeschlossenen Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche, der will, dass - Zitat - „Deutschland nie wieder von den multikulturellen Schwuchteln aus Berlin regiert wird“.

(Regina Wilden [pro Köln]: Nein! Multikulti-Schwuchteln hat er gesagt!)

Ich möchte auch nur kurz auf die detaillierten Forderungen eingehen: Kein Zelt, keine Halle,

kein Kirmesplatz am Deutzer Ufer, kein Neumarkt, kein Heumarkt und kein Kirmesplatz unter der Mülheimer Brücke für pK. PK mit seinem mittelalterlich anmutenden Antislamkongress gehört nicht dorthin. PK gehört nirgendwohin, weder nach Köln noch sonst irgendwohin in Deutschland.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, der SPD, der FDP und der Linken.Köln)

Meine Damen und Herren, ich möchte eher auf drei ganz aktuelle Gesichtspunkte eingehen:

Erstens. Letzten Samstag trafen sich auf Einladung der Republikaner in Rosenheim führende Vertreter rechtsgerichteter Parteien in Europa. Einer der Hauptredner war der auch von pro Köln angekündigte Vlaams-Belang-Fraktionschef Filip Dewinter. Dieser rechtsradikale Aktivist faselte in Rosenheim vom Aufbau einer europäischen Front gegen Islamismus und gegen Überfremdung. Darüber hinaus würde er es wunderbar finden, wenn sich in Deutschland die DVU, die NPD und die Republikaner zusammenschließen. Republikaner-Chef Schlierer meinte daraufhin, es sei überlegenswert, einen solchen Zusammenschluss hinzubekommen unter der Klammer: Ein Europa ohne den Islam. Meine Damen und Herren, pro Köln passt wunderbar in diese Gemengelage hinein.

Zweitens. Eine schier unerschöpfliche Quelle rechtsextremistischer Ansichten ist die Homepage *Politically Incorrect*. Diese Homepage wird leider bis zu 35 000-mal täglich angeklickt. Aus der jüngsten Auswertung in der letzten Woche ergaben sich unter anderem folgende Zitate von Usern: Für Europa, gegen Eurabien, oder: Aus Minaretten werden Plärrtürme, oder schließlich: Der Islam ist eine Todesideologie. PI-Gründer, Stefan Herre, erklärte auf Anfrage trotzig, er engagiere sich eben gegen die Islamisierung Europas. Meine Damen und Herren, Seiten wie *PI* und unzählige andere antiislamistische Seiten im Netz sind offenbar nicht grenzwertig, wie der eine oder andere noch denkt, sondern diese Seiten sind grenzüberschreitend. Sie sind gefährlich, sie sind rassistische Hetze, und sie sind tägliche Quelle für die Ideologien von pro Köln.

Drittens. Ebenfalls letzte Woche wurden Ergebnisse einer vertiefenden Befragung repräsentativer Personen ohne Migrationshintergrund von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht. Dem vorangegangen war im Jahr 2006 eine Befragung von 5 000 Personen ab 14 Jahren zu rechtsextremen Einstellungen. Neuestes Fazit

der vertieften Befragung: Fremdenfeindlichkeit in Deutschland wird trotz Bemühungen der Demokraten immer salonfähiger. In 2006 beispielsweise glaubten 37 Prozent, dass Migranten nach Deutschland kämen, um den Sozialstaat auszunutzen, 39 Prozent fanden Deutschland überfremdet, und 26 Prozent sehnten sich nach einer einzigen starken Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert. Eine wesentliche Schlussfolgerung der Friedrich-Ebert-Stiftung war: Politik- und Demokratieverdrossenheit ist in Deutschland der Nährboden für den Rechtsradikalismus.

Meine Damen und Herren, das Fazit für den Kölner Rat muss heißen: Verhinderung der Antiislamkundgebung von pK, gute Familien-, Sozial- und Beschäftigungspolitik, aber auch Rückgewinnung von Menschen für unser demokratisches System durch mehr Partizipation und mehr Bürgerbeteiligung gegen das politische Ohnmachtsgefühl. Fangen wir jetzt an mit der Bürgerbeteiligung! Arbeitgeberverbände, Hochschulen, Architektenverbände und Sportvereine sollten dem Antiislamaufruf jegliche Legitimation entziehen. Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Helling. Herr Breite spricht für die FDP.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Rat der Stadt Köln muss sich heute leider mit einem äußerst unappetitlichen Sachverhalt beschäftigen: Im September soll in unserer Stadt ein Antiislamisierungskongress stattfinden. Es gibt nicht den geringsten Zweifel, dass es sich um ein Treffen von europäischen und deutschen Rechtsextremisten handelt. Als Redner sind unter anderem vorgesehen der FN-Vorsitzende Jean-Marie Le Pen, der Vlaams-Belang-Fraktionsvorsitzende Filip Dewinter, der FPÖ-Chef H.C. Strache sowie Harald Neubauer, der auf Vorschlag der DVU auf Platz zwei der Landesliste der NPD Sachsen zur Bundestagswahl 2005 aufgestellt wurde. Letztgenannter soll anscheinend dafür sorgen, dass hier ein Schulterchluss mit den Neonazis zustande kommt. Das ist beachtlich und besorgniserregend zugleich. Beachtlich ist, gerade Jean-Marie Le Pen und Herrn Neubauer einzuladen, weil sie politisch kompromittierend sind und auf die Kölner Bevöl-

kerung abschreckend wirken werden. Besorgniserregend ist es, weil das Randalere verspricht.

Selbst ernannter Einlader in die rheinische Metropole ist pro Köln, wir aber laden sie alle nun mit unserem Ratsbeschluss wieder aus.

(Zuruf: Genau!)

Die brauchen gar nicht erst ihre Koffer zu packen. Köln verweigert das Gastrecht. Die Herren Rechtsextremisten und Neonazis sind in Köln unerwünschte Personen.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Köln lässt sich seinen guten Ruf als weltoffene und liberale Stadt nicht durch diese menschenrechtsverachtenden Sprücheklopfer besudeln, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Das wahrlich Überraschende an diesem Rechtsextremistenkongress bleibt aber, dass sich die Vereinigung pro Köln damit auf einen Schlag ihre bürgerliche Maskierung selbst vom Leibe reißen, wo sie doch sonst immer so darauf bedacht war, den bürgerlichen Schein zu wahren.

(Beifall von Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU])

Wir Liberale haben schon die ganze Zeit darauf gewartet, wann diese Maske endlich fällt. Uns beschlich schon die Sorge, dass die das Kreidefressen bis zur Kommunalwahl durchhalten. Doch ein Markus Beisicht und ein Manfred Rouhs halten die Selbstverleugnung nicht lange durch. Dafür haben sie ein zu großes Sendungsbedürfnis für ihr rechtsextremes Gedankengut.

(Martin Börschel [SPD]: Sehr richtig!)

Dafür hassen sie unser System der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu sehr. Das muss bei den beiden heraus. Die kriegen sonst vom bürgerlich-demokratischen Gestus Pickel, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken.Köln)

Das ist nun vorbei. Die hässlichen Fratzen von rechtsextremem Gedankengut wie Rassismus, Nationalismus und Fremdenhass sind bei den Fraktionsträgern und Kandidaten von pro Köln von nun an sichtbar für jede Kölnerin und jeden Kölner. Nach meiner Meinung - ich hoffe, auch der Rat hier ist mehrheitlich dieser Auffassung - sprechen keine Argumente mehr dafür, dass Sie,

wie beim Moscheebau behauptet, für die Bürgerinnen und Bürger sprechen. Das, was hier passiert ist, ist eindeutig. Mit diesem Kongress stinkt pro Köln nach braunem Exkrement, und ihre Politiker stinken mit. Pfui Teufel, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP, der CDU, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken.Köln)

Das Thema der angeblichen Islamisierung Westeuropas ist dabei nur der Aufhänger für eine Zusammenkunft der europäischen Rechtsextremisten und damit austauschbar. Es wurde nach einem verbindenden Element gesucht. Das fand man in der gemeinsamen Abneigung gegen Menschen mit islamischem Glauben. Wieder einmal wird ein Merkmal, hier die Religionszugehörigkeit, genutzt, um ganze Volksgruppen einer gesellschaftlichen Gemeinschaft von der gleichberechtigten Teilhabe auszuschließen und unter den Menschen eine Rangordnung zu etablieren.

Das Gewichten, Bewerten und Degradieren von Menschen nach bestimmten Merkmalen und kulturellen Eigenschaften hat bei Rechtsextremen Tradition. Wir Demokraten bezeichnen das als Rassismus. Zu den unveräußerlichen Grundrechten in unserem deutschen Grundgesetz gehört es, dass niemand wegen seiner Rasse, Volkszugehörigkeit, Religion und Geschlecht diskriminiert werden darf. Aus gutem Grund, wie der heutige Anlass zeigt, gehört die Religionsfreiheit mit dazu. Viel zu oft, gerade auch in der deutschen Geschichte, wurden Menschen wegen ihrer Religionszugehörigkeit ihrer Freiheitsrechte bis hin zu ihrem Lebensrecht beraubt.

Die politische Ausrichtung des Kongresses richtet sich somit nicht nur gegen die hier lebenden Menschen anderer Religionen wie dem Islam. Zielrichtung sind die in unserer und anderen europäischen Verfassungen verbrieften Grund- und Freiheitsrechte, die unterwandert werden sollen. Es geht darum, dem Einhalt zu gebieten. Diese Zielrichtung betrifft uns alle, alle Demokraten, und muss auf unseren erbitterten Widerstand stoßen. In Köln haben Rechtsextremisten und ihre menschenfeindliche Parolen keine Chance. Dafür stehen wir hoffentlich alle gemeinsam ein. Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Uli Breite. Herr Rouhs für pro Köln.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Aufführung, die Sie hier zum Besten geben, erinnert mich ein bisschen an die Art und Weise, wie die SPD in Hessen vor einigen Jahrzehnten mit den Grünen verfahren ist.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich könnte kotzen!)

Da gab es - zumindest die Gründergeneration der Grünen wird sich daran noch erinnern können - einen sozialdemokratischen hessischen Ministerpräsidenten, der über die Grünen gesagt hat, das seien Leute von der Art, derer man sich früher auf der Baustelle mit der Dachlatte entledigt habe. Eine solche Äußerung hat jetzt noch gefehlt; die würde gut ins Bild hineinpassen. Mittlerweile hat die SPD überhaupt kein Problem mehr damit, politische Bündnisse und Koalitionen mit den Grünen einzugehen. SPD und Grüne setzen sich nicht mehr - auch bei Wahlen auf verbale Weise nicht - mit Dachlatten auseinander, sondern bilden Regierungen auf Landesebene und sogar schon einmal im Bund.

In dem Moment, in dem Sie merken, dass Ihnen das ganze Schimpfen, das Diffamieren, das Verunglimpfen, das Aufregen überhaupt nichts nutzt, verflüchtigen sich diese Dinge von allein. Sie bekommen pro Köln aus der politischen Landschaft der Domstadt nicht mehr weg.

(Beifall von Bernd M. Schöppe [pro Köln])

Noch haben Sie die Hoffnung, dass das Problem wieder verschwindet; diese Hoffnung hatten Sie ja in der Gründungsphase der Grünen auch.

(Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

Wenn diese Hoffnung sich aber verflüchtigt, werden dem einen oder anderen die Dinge vielleicht leidtun, die er heute zum Besten gegeben hat. Sie wissen ja auch, dass ein Aufruf, eine politische Versammlung zu verhindern, obwohl es in diesem Land Versammlungsfreiheit gibt, alles Mögliche ist, aber demokratisch legitim ist das ganz sicher nicht.

(Beifall von Bernd M. Schöppe [pro Köln])

Wenn wir Versammlungsfreiheit haben, muss es auch möglich sein, im Rahmen eines Antiislami-

sierungskongresses bestimmte Tendenzen zu beanstanden, die der eine oder andere hier zum Akzium seines politischen Handelns gemacht hat.

Wir richten uns - das sei von hier aus betont - nicht gegen den Islam, eine Religion mit 1 Milliarde Anhängern in der Welt. Herr Dr. Müser, bemühen Sie da einmal die Enzyklopädie; denn der Islam hat nicht nur einige Millionen Anhänger. Wir wenden uns gegen die Islamisierung Mitteleuropas. Das ist schon etwas anderes.

Die Äußerung von Henry Nitzsche, die Sie hier zitiert haben, hat er in einer Zeit getätigt, als er noch für die CDU im Bundestag gesessen hat.

(Ulrich Breite [FDP]: Sie laden ihn ein!)

Seit er bei uns auftritt, weiß er ja, dass er doppelt nachdenken muss, bevor er sich äußert, und ist mit seiner Wortwahl etwas vorsichtiger geworden. Als er noch CDU-Bundestagsabgeordneter war, umgab ihn noch der Schutzmantel der Union. Da konnte er ein bisschen freier argumentieren.

Insofern ist insbesondere der Beitritt der CDU zu diesem Anti-Versammlungsfreiheit-Bündnis, das Sie jetzt hier bilden wollen, nicht so recht nachvollziehbar. Es war Ihr Herr Hollstein, der kürzlich bei einer Veranstaltung der Grauen Wölfe gesichtet wurde, einer Organisation, die man ohne weiteres als faschistisch werten kann.

(Walter Grau [CDU]: Das stimmt doch nicht! Reden Sie doch nicht so einen Blödsinn! Das ist doch unverschämt!)

Wenn Sie dort die Gemeinsamkeiten öffentlich zur Schau tragen - Herr Hollstein wurde dafür von seiner Partei nicht abgestraft; darüber besteht im Wesentlichen Konsens -, dann macht das den Beitritt zu einem Anti-Versammlungsfreiheit-Bündnis nicht gerade glaubwürdig.

Nach den Übertritten, die es zuletzt von der CDU zur Bürgerbewegung pro Köln gegeben hat,

(Walter Grau [CDU]: Die Leute haben wir auch gerne abgegeben!)

sehen wir manches von dem, was Sie hier offiziell äußern, mit einer gewissen Milde. Wir wissen ja, dass innerhalb Ihrer Partei durchaus unterschiedliche Auffassungen bestehen

(Zuruf von der CDU: Nein! Eindeutige!)

und dass die Leute, die schon zu uns gekommen sind, nicht die einzigen sind, die unseren Antislamisierungskongress im Prinzip für gut und richtig halten. Schauen wir einmal, wen wir dort als Teilnehmer auf unserer Veranstaltung begrüßen können.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Der erzählt nur Scheiße!)

Im Übrigen: Herr Schramma, Sie als Oberbürgermeister haben ein einziges Mal ein politisches Gremium im etablierten Spektrum besucht. In dem hatten Sie ein Riesenproblem aufgrund Ihrer Befürwortung der Großmoschee, also dem Projekt, das wir am 20. September kritisieren werden. Auf der Mitgliederversammlung Ihrer eigenen Partei - das war in der Stadthalle von Mülheim - gab es nämlich eine Mehrheit gegen dieses Islamisierungsprojekt. Da sind Sie mit Inhalten konfrontiert worden, die sich nicht wesentlich von dem unterscheiden, was Bestandteil des politischen Programms der Bürgerbewegung pro Köln ist. Diese Inhalte sind mehrheitsfähig in der Kölner CDU. Wenn das Rechtsextremismus ist, wenn das Rassismus und Ausländerfeindlichkeit ist, dann wäre auch die Kölner CDU eine rassistische, menschenverachtende und ausländerfeindliche Organisation.

(Beifall bei pro Köln - Winrich Granitzka [CDU]: Unverschämtheit! Das hat mit Ihren Ideen überhaupt nichts zu tun!)

Gestatten Sie mir zum Schluss, meine Damen und Herren, einige sachliche Unrichtigkeiten zu korrigieren. Es werden natürlich bei unserem Antislamisierungskongress keine Holocaust-Leugner auftreten. Es wird dort auch niemand auftreten, der einem Bündnis mit der NPD oder anderen Neonazis das Wort redet. Unser Kurs ist hier völlig eindeutig, und er wird auch nicht im Rahmen dieser Veranstaltung verändert. Wir haben mit diesen Phänomenen weder inhaltlich noch politisch etwas zu tun. Gerade das ist ja der Punkt, der Ihnen Kopfzerbrechen bereitet.

Allerdings, meine Damen und Herren, lassen Sie sich auch gesagt sein: Wir nehmen teil am wirklichen politischen Leben. Wir sind Bestandteil einer politischen Bewegung, die in weiten Teilen Europas ein Maß an Verankerung gefunden hat, welches ihr bislang in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht vergönnt ist. Das werden Sie sehen, wenn Vertreter der Front National, des Vlaams Belang und der Freiheitlichen Partei Österreichs in Köln mit einem Teil ihrer Anhängerschaft eintreffen. Sie ist Ausdruck einer demokratisch völlig legitimen politischen Strömung,

die überall in Europa verankert ist und die diese Verankerung auch in Deutschland finden wird. Sie hat zumindest ein Minimum an politischer Akzeptanz von Ihnen verdient. Sie wird diese Anerkennung, wenn Sie den Fakt anerkennen, dass Sie uns nicht mehr wegbekommen, über kurz oder lang bekommen. Da bin ich mir sicher.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau May hat sich gemeldet.

Petra May (Einzelmandatsträgerin): Herr Oberbürgermeister! Wir dürfen in einer der stabilsten Demokratien der Welt leben. Ich habe Vertrauen in diese Demokratie. Vielen Menschen in diesem Land ist aber nicht bewusst, dass Demokratie ein ständiges Ringen und Arbeiten ist. Das muss auch vermittelt werden.

Allerdings habe ich Schwierigkeiten damit, dass hier in der Diskussion immer wieder Bezüge zu den 20er-Jahren benutzt werden. Man kann die damaligen Verhältnisse nicht mit den heutigen vergleichen. Unsere Verfassung ist eine Antwort auf das, was damals passiert ist. Diese Verfassung ist auch für Veränderungen in der Gesellschaft gewappnet.

Ich habe Schwierigkeiten mit dem Antrag der Linken und des Kölner Bürger-Bündnisses. Ich sage Ihnen auch, warum. Das traue ich mich - auch in einer Diskussion, in der man seine Worte sorgfältig wählen muss. Ich habe damit Schwierigkeiten, weil durch diesen Antrag ein Forum geboten wird und eine Veranstaltung, die sonst gar nicht so sehr beachtet würde, möglicherweise aufgewertet wird.

Mich beschäftigen ganz andere Fragen: Wie verhindern wir den Zulauf zu bestimmten Parteien? Wie setzen wir uns damit auseinander? Brandmarken wir diese Menschen? Oder schaffen wir andere Formen - Formen, in denen wir uns mit den gesellschaftlichen Entwicklungen auseinandersetzen; mit gesellschaftlichen Entwicklungen, mit denen viele Menschen Schwierigkeiten haben?

Schließlich handelt es sich hier nicht nur um kleine Gruppen. Hören Sie einmal den normalen Bürgern zu. Die haben Probleme. Und wir wollen nicht, dass die normalen Bürger die Antworten auf ihre Fragen nicht mehr bei den demokratischen Parteien suchen, sondern woanders. Gerade bei diesen Antworten haben die demokrati-

schen Parteien zurzeit ein Defizit, weil vieles an ihrer Politik durch Naivität gekennzeichnet ist.

Wir brauchen kritische Auseinandersetzungen - auch mit der Frage: Was ist überhaupt Religionsfreiheit? Was heißt Religionsfreiheit im Sinne der Aufklärung, der wir ja verbunden sind? Das heißt, eine kritische Auseinandersetzung nicht nur mit dem Christentum, sondern auch mit dem Islam zu führen. Was bedeutet das eigentlich für unsere Gesellschaft? Wie verändert sie sich? Haben wir einen Wertewandel, oder haben wir ihn nicht?

Bezüglich dieser vielen Fragen brauchen wir eine gute Politik. Ansätze einer solchen guten Politik werden ja hier im Rat geschaffen, zum Beispiel mit dem heutigen Antrag zum Thema „Haus der Kulturen der Welt in Köln“. Das ist der richtige Weg.

Wir dürfen hier aber kein Forum für eine solche Diskussion bieten, obwohl die Behörden genau wissen, wie sie entscheiden müssen. Manchmal wird eine Veranstaltung auch aus gutem Grund nicht verboten. Setzen Sie sich doch einmal mit den Veröffentlichungen des Verfassungsschutzes auseinander. Dort werden Sie auch auf die Möglichkeit stoßen, zu sagen: Wir lassen eine Veranstaltung stattfinden. Dann können wir auch besser damit umgehen.

Aus diesem Grund und vor dem Hintergrund dieser kritischen Bemerkungen werde ich an der Abstimmung nicht teilnehmen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Ludwig hat sich gemeldet.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Pro Köln befindet sich in einem Dilemma. Auf der einen Seite brauchen sie die demokratische Maske, um Wählerstimmen zu bekommen, um breiter aufgestellt zu sein. Auf der anderen Seite müssen sie von Zeit zu Zeit aber auch Signale an offene Nazis senden und ihnen zeigen: Wir sind nicht die Spießler, als die wir uns hier geben. Wir sind schon richtige Rechtsradikale.

Wenn sie das nicht machen, werden sie von der Basis her nämlich so schwach bleiben, wie sie jetzt sind. Dann werden sie die jungen Faschisten, die sich in Richtung von Kameradschaften, NPD und autonomen Nationalisten orientieren, nicht erreichen. Das ist ein Problem für pro Köln.

Dieses Problem versuchen sie zu lösen, indem sie seit 2003 nicht mehr offen mit deutschen offenen Neonazis zusammenarbeiten. Sie machen keine Aufmärsche mehr mit Kameradschaftern oder Herrn Axel Reitz und solchen Gestalten, sondern suchen ihre Kontakte zu offenen Faschisten im Ausland.

Die Verwaltung hat schriftlich sehr umfangreich auf unsere Anfrage geantwortet. Dafür noch einmal vielen Dank! Einiges davon war vorher auch vor allen Dingen in der belgischen Presse zu lesen.

Pro Köln war beim Tag der europäischen Rechtsjugend Anfang Mai 2008 in Antwerpen vertreten. Dort waren auch faschistische Schlägertruppen wie die HVIM aus Ungarn oder die Democracia Nacional aus Spanien anwesend - und auch Vertreter der US National Alliance, die vorher unter dem Namen American Nazi Party firmierte; also Leute, die man gar nicht als Nazis bezeichnen muss, weil sie sich schon selbst Nazis nennen.

Nach eigenen Angaben hat pro Köln diese gesamte illustre Gesellschaft eingeladen, zum sogenannten Anti-Islamisierungskongress nach Köln zu kommen.

Manchmal hat man den Eindruck, dass pro Köln diese Gratwanderung nicht immer hinbekommt, dass sie manchmal über die Stränge schlagen und mal wieder richtig rauslassen wollen, wie sie eigentlich sind. Der neueste Pro Kölner, Herr Uckermann, hat das am 15. Mai 2008 in Ehrenfeld gezeigt, als er sich unbeobachtet fühlte.

Schamlos wurde - jetzt ja nicht mehr, aber vor einigen Wochen - mit Kontakten zu dem Holocaust-Leugner Nick Griffin geprahlt.

Seit einigen Tagen taucht auf der Homepage von pro Köln auch ein neuer Begriff auf. Da heißt es, man sei nicht nur gegen die Islamisierung, sondern auch gegen die Türkisierung dieses Landes. Es geht also nicht mehr nur um die Religion, um die es angeblich ging. Es geht gegen die Anwesenheit von Menschen aus der Türkei in unserem Land.

Das macht auch deutlich, worum es bei diesem Kongress geht. Der Islam und die Bedenken, die viele Menschen vor den reaktionären Elementen des Islam und des Islamismus haben, werden genutzt, um daran anzuknüpfen und eine gezielte Provokation zu starten, die sich letztendlich gegen alle Menschen aus der Türkei und dem Nahen Osten richtet - egal, ob sie islamisch sind, ob sie privat gläubig sind, ob sie strenggläubig

sind oder ob sie, wie viele Menschen aus der Türkei, überhaupt nicht gläubig sind. Das ist pro Köln letztendlich egal.

Pro Köln will die ethnische, die nationalistische Auseinandersetzung in unsere Veedel tragen - noch nur mit verbaler Gewalt. Das halte ich aber für Taktik. Der Zeitpunkt rückt näher, zu dem pro Köln so etwas nicht mehr arbeitsteilig erledigt - die Kameradschaften und autonomen Nationalisten für die Gewaltaktionen und sie selber nur für die breitere Propaganda -, sondern diese Dinge mehr miteinander verschmelzen.

Pro Köln kündigt auf seiner Website an, man wolle vor der Kundgebung auf dem Roncalliplatz, die am Samstag stattfinden soll, die multikulturellen Problemviertel von Köln besichtigen. Das ist nichts anderes als eine direkte Provokation, den Hass in diese Stadtteile zu tragen. Denn was haben multikulturelle Problemviertel mit dem Islam zu tun? Pro Köln geht sehr weit, indem es diese Verbindung zieht.

Das bedeutet, dass wir uns an diesem Wochenende nicht nur am Samstag, sondern auch schon am Freitag direkt den faschistischen Aktivitäten in dieser Stadt entgegensetzen müssen.

Ich bezweifle auch, dass es den von pro Köln angekündigten Kongress wirklich geben wird; denn die Rechten haben überhaupt nichts zu diskutieren. Ihre Meinung ist schon klar. Es geht einfach nur darum, hier ein Symbol zu setzen, gegen Menschen aus überwiegend islamischen Ländern vorzugehen.

Klar ist aber auch Folgendes - da hat Frau Kollegin May etwas nicht verstanden, glaube ich -: Wenn wir das Ganze ignorieren, wäre das auf jeden Fall ein Erfolg für pro Köln;

(Zuruf von Petra May [Einzelmandatsträgerin])

denn dann könnten sie weiterhin behaupten, es sei legitim, solche Sachen hier zu verbreiten.

Tausende Menschen in dieser Stadt sind bereit, gegen diesen rassistischen Kongress auf die Straße zu gehen, um ihn zu verhindern oder zumindest zu blockieren. Wir, die wir uns gegen den Rassismus stellen, werden als politische Sieger aus dieser Auseinandersetzung hervorgehen, weil wir deutlich machen, dass es nicht legitim ist, solche Ideen zu verbreiten, und zeigen, dass wir uns offensiv damit auseinandersetzen.

Es haben sich breite Bündnisse gegen pro Köln formiert. Zu diesen Bündnissen gibt es viel Zulauf. An den Schulen herrscht eine wirklich kämpferische Stimmung, gegen die Rechten vorzugehen.

Insofern bin ich sicher, dass am 19. und 20. September 2008 viele Tausend Menschen auf der Straße sein werden, um sich gegen diese Veranstaltung zu wenden.

Wenn es der Verwaltung juristisch nicht möglich ist, diesen Kongress und die entsprechenden Aktivitäten zu verhindern, werden wir das durch Zivilcourage und massenhaften Widerstand auf der Straße erreichen.

Daran werden sich viele Tausend Kölnerinnen und Kölner beteiligen, aber auch weitere Menschen. Auch aus Belgien werden Antifaschistinnen und Antifaschisten anreisen, um hier auch gegen den Vlaams Belang und die internationalen Kontakte der Rechten zu demonstrieren.

Ich komme zum Schluss. Ich glaube, dass wir auch eine Chance haben, pro Köln einen echten politischen Schlag zu versetzen. Diese Gruppe tritt hier zwar immer mit breiter Brust auf und tut so, als würde sie im nächsten Jahr der Gewinner bei der Kommunalwahl sein. Diese Gruppe hat aber Probleme.

Diese Gruppe hat keine Jugend; denn die geht zu denen, die sich härter präsentieren.

Diese Gruppe hat totale Misserfolge an den Schulen; sie wurde ausgelacht und vor den Schulhöfen verjagt.

Diese Gruppe hat interne Probleme, weil sie Gestalten wie Herrn Uckermann nicht richtig unter Kontrolle hat.

Diese Gruppe hat Probleme, weil sie Peinlichkeiten begeht, indem sie andere verleumdet und am Ende viel Geld dafür bezahlen muss.

Diese Gruppe hat Probleme, weil sie in der Bezirksvertretung Chorweiler Anträge stellt, die man noch nicht einmal lesen kann. Diese Anträge sind so seltsam formuliert, dass ganz klar ist: Pro Kölner würden, obwohl sie deutsche Staatsbürger sind, eindeutig keinen Einbürgerungstest bestehen - mit so einem verquastem Blödsinn nicht.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen werden wir verhindern können, dass pro Köln am 19. und 20. September 2008 in eine

höhere Liga der europäischen Rechtsextremisten aufsteigt. Wir werden sie wieder in die faschistische Kreisliga zurückschicken und durch massenhafte Zivilcourage deutlich machen, dass Faschismus keine Meinung ist, sondern ein Verbrechen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dass die Antifa aus Flandern hierher kommt, freut mich zu hören. Das wird sich leicht organisieren lassen; denn da passt die komplette Szene in maximal zwei Reisebusse. That don't impress me much. Die haben auch in Flandern gegen den Vlaams Belang nicht allzu viel auf die Reihe bekommen.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass der Vlaams Belang in Antwerpen die stärkste Partei im Rathaus ist.

Sie sind sich auch über die Tatsache im Klaren, dass unsere Freunde von der Freiheitlichen Partei Österreichs mehr als einmal in Österreich in Regierungen vertreten waren - übrigens im Regelfall zusammen mit der ÖVP. Sie haben aber durchaus auch schon in Teilen zusammen mit Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung gestanden. - So viel zur Validität der entsprechenden Positionen.

Auch zur FDP hat es in früheren Zeiten mal Kontakte gegeben. In der FDP gab es zeitweise auch einen nationalliberalen Flügel.

(Ulrich Breite [FDP]: Hören Sie doch auf!)

- Sie haben zur Freiheitlichen Partei Österreichs eine Zeit lang Kontakte unterhalten. Seit geraumer Zeit bestehen diese Kontakte aber nicht mehr.

Meine Damen und Herren, für mich ist es wirklich faszinierend, in welchem Umfang Sie sich nicht mehr mit den Problemen der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und den großen Schwierigkeiten, die Sie mit der Umsetzung Ihrer Programme in Köln haben, auseinandersetzen. Stattdessen schauen Sie wie das Kaninchen auf die Schlange auf die Bürgerbewegung pro Köln und befassen sich mit uns statt mit sich selber.

Wenn Herr Ludwig hier ankündigt, dass irgendwelche Menschenmassen den Versuch unternehmen wollen, die Durchführung dieser Veranstaltung zu verhindern, mag er sich dabei berufen können, auf was er will - vielleicht auf das Programm der Weltrevolution oder auf marxistische oder trotzkistische Doktrinen; da sind der Fantasie ja kaum Grenzen gesetzt. Auf eines kann er sich aber nicht berufen, nämlich auf demokratische und freiheitliche Prinzipien.

(Beifall bei pro Köln)

Sowohl Herrn Ludwig als auch jedem anderen, der beabsichtigt, unseren Anti-Islamisierungskongress in Köln zu verhindern, muss klar sein, dass das auf legale Art und Weise nicht möglich ist.

Sie werden die Auseinandersetzung dabei natürlich nicht mit uns führen. Wenn Sie versuchen, Straßen und Zufahrten in Köln zu blockieren, werden Sie die Auseinandersetzung mit der Polizei zu führen haben.

Das war auch schon bei unserer Demonstration im Zentrum von Ehrenfeld sehr umfassend der Fall. Als dort gewaltbereite linke Gruppen mit der Polizei aufeinandergetroffen sind, hat die Polizei an Ort und Stelle Recht und Ordnung durchgesetzt.

Ich bin mir ganz sicher, dass die Polizei auch am 20. September 2008 - und auch am Tag davor, wenn es sein muss - für Ordnung in der Stadt sorgen wird. Damit garantiert sie das, was gerade Sie als Ihr politisches Programm darstellen, nämlich die Realisierung der Werte des Grundgesetzes, des Rechts auf freie Meinungsäußerung und in diesem konkreten Fall des Rechts auf Versammlungsfreiheit.

Sie verdrehen hier die Fronten. Sie können sich nicht einerseits auf materiell-demokratische Prinzipien berufen und sich andererseits undemokratischer Methoden bedienen, die auf Konfrontationen Ihrer eigenen Leute auf der Straße mit der Polizei hinauslaufen.

Meine Damen und Herren, wenn durch diese Veranstaltung und alles, was damit verbunden ist, irgendetwas entlarvt wird, dann wird das vor allem die Demokratiefeindlichkeit und in Teilen auch die Gewaltbereitschaft der Gegner unserer Bürgerbewegung sein.

An der Veranstaltung im Ehrenfelder Bezirksratshaus haben Sie schwer zu knabbern gehabt. Dort wurde erst so verfahren wie immer. Es treten Leute aus der linken Szene auf. Die Leute

aus der linken Szene randalieren herum. Sie versuchen, unsere Veranstaltung unmöglich zu machen. Wir schaffen es doch, sie durchzusetzen. Dann sind wir diejenigen, die in der Öffentlichkeit mit wüsten Beschimpfungen überzogen werden.

Das werden Sie im Anschluss an den 20. September 2008 natürlich zu wiederholen versuchen.

Aber in dem Moment, in dem wir einen Videomitschnitt von weiten Teilen dieser Veranstaltung ins Internet stellen konnten, der Zigtausende Male, in einem wirklich ganz erheblichen Umfang, abgerufen worden ist, und die Menschen selbst einen Eindruck gewinnen konnten - von dem Klima, das dort herrschte; von den Vorgängen, die sie sich selbst ansehen konnten; von der Aggressivität der Leute, die gegen uns vorgegangen sind -, kippte zumindest bei dem Teil der Bürger, der einen Internetzugang hat - und das ist die Bevölkerungsmehrheit in Köln -, ganz schnell die Stimmung.

Meine Damen und Herren, wir werden dafür sorgen, dass diese Formen der Nebelkerzenwerferei, die Sie hier betreiben, im Anschluss an den 20. September 2008 nicht erfolgreich sind.

Für eines wollen wir uns auch ganz herzlich bei Ihnen bedanken. Wenn wir irgendetwas dringend brauchen, ist das natürlich, dass die Menschen in dieser Stadt sich mit unserem Programm und unseren Forderungen auseinandersetzen und dass auch der Teil, der von pro Köln bislang noch nichts gehört hat, mitbekommt, dass es mit uns eine Alternative zu den alten politischen Kräften gibt.

Da wir in den visuellen Medien nicht ganz so häufig vorkommen, hatten wir damit zeitweise ein Problem. Hier treten die etablierten Fraktionen nun wirklich einmal als Problemlöser auf und helfen uns ein Stück weit auf die Sprünge.

Wir werden das in geeigneter Form für uns zu nutzen wissen. Sie werden im Juni nächsten Jahres in dieser Auseinandersetzung das Nachsehen haben.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Meine Damen und Herren, ich bin sehr froh, dass der große Teil der demokratischen Fraktionen sich hier ganz deutlich positioniert hat. Mit vielen der Positionen stimme ich selbstverständlich über-

ein. Ich werde diesem Antrag natürlich auch zustimmen. Wie Sie wissen, habe ich auch selbst einen Satz dazu formuliert.

Die Stadt Köln und die stadtbeteiligten Unternehmen werden im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten keine Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Das darf ich ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP)

Die privaten Vermieter von Veranstaltungsräumen haben wir mit Ihnen zusammen aufgefordert, ebenso zu verfahren.

Ich bin auch deswegen besonders traurig, weil diese Veranstaltung nach den grundgesetzlichen Regelungen von uns wahrscheinlich nicht zu verhindern sein wird.

Noch trauriger bin ich aber darüber, dass sie ausgerechnet ein Wochenende trifft, an dem wir hier in Köln Weltkindertag haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich rate allen, die zu dieser Veranstaltung kommen, um dort zu reden, und denen, die diese Veranstaltung - schändlicherweise für unsere Stadt; das will ich ganz deutlich sagen - durchführen, möglichst schnell zu verschwinden, um jede Konfrontation mit unseren kölschen Pänz zu verhindern. Das möchte ich den Kindern wirklich ersparen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der Linken.Köln und dem Kölner Bürger-Bündnis)

Normalerweise freue ich mich über Kongresse und Events in dieser Stadt. Ich trete immer sehr dafür ein, Veranstaltungen hierher zu bekommen. Auf eine solche Veranstaltung können und wollen wir in dieser Stadt aber verzichten.

Meine Damen und Herren, wenn Sie mich dazu legitimieren, möchte ich die eben genannten Redner ausdrücklich zu Personae non gratae erklären, wie es eben auch schon einmal gesagt worden ist.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der Linken.Köln und dem Kölner Bürger-Bündnis)

- Ich danke dem Rat, dass er dem mehrheitlich zustimmt.

Ich lasse abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag von pro Köln. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Änderungsantrag mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Der am weitesten gehende Antrag ist dann der Änderungsantrag von CDU, SPD, Grünen und FDP. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist eine ganz große Mehrheit. Lassen Sie mich andersherum fragen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Gegenstimmen? - Von pro Köln. Bei Gegenstimmen von pro Köln hat eine deutliche Ratsmehrheit diesem Änderungsantrag zugestimmt.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der Linken.Köln und dem Kölner Bürger-Bündnis)

Damit erübrigt sich wohl auch der Antrag, den die Linke und Herr Dr. Müser gestellt haben.

Ich möchte aber ausdrücklich an alle appellieren, die aufstehen und sich querstellen. Es werden ja Menschen aus verschiedensten Ecken an dieser Veranstaltung teilnehmen. Ich werde auch selbst daran teilnehmen. Ich werde mich auch querstellen - in dem Sinne, wie es eben gesagt worden ist. Ich bitte aber alle, darauf zu achten, dass es ein friedliches Querstellen ist.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der Linken.Köln und dem Kölner Bürger-Bündnis)

Nun rufe ich auf:

2.1.3 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Befristete Nutzung des Breslauer Platzes durch den Musical Dome“ AN/1181/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion AN/1393/2008

Wer spricht zuerst? - Frau Dr. Bürgermeister.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir beschäftigen uns heute ja nicht das erste Mal mit dem Musical Dome auf dem Breslauer Platz. Für die einen ist der Musical Dome - ich überspitze es jetzt einmal bewusst - ein funkeln-

der Edelstein im bunten Reigen der touristischen Angebote unserer Stadt. Andere sehen im Musical Dome eine blaue Mülltüte, die sie mit der „Sauren Zitrone“ für hässliche Architektur auszeichnen. Dritte wiederum abstrahieren von dem, was heute zu finden ist, und sehen bereits die Vision einer Großstadtarchitektur in allerbesten Lage.

Zwischen blauen Mülltüten, Visionen und parteipolitischen Positionierungen sollte ein Konsens der Vernunft verbleiben. Um diesen Konsens geht es bei unserer heutigen Diskussion, meine Damen und Herren.

Meine Fraktion begrüßt ausdrücklich die inzwischen veränderte Position des Musical-Dome-Betreibers. In seiner Presseerklärung vom 2. Juni 2008 bekundet er nun auch ernsthaftes Interesse an der Musical-Ansiedlung auf dem MesseCity-Deutz-Areal. Wie seiner öffentlichen Stellungnahme weiterhin zu entnehmen ist, ist er neuerdings auch an einer Verlängerung des Nutzungsvertrags für den Musical-Betrieb auf dem Grundstück am Breslauer Platz für einen deutlich kürzeren Zeitraum, nämlich bis Frühjahr 2011, interessiert.

Rat und Verwaltung streben an, nach Beendigung des U-Bahn-Baus am Breslauer Platz unverzüglich die Bebauung des Grundstücks vorantreiben zu können. Aber niemand kann wollen, dass wir nach Beendigung des U-Bahn-Baus mitten in der Stadt ein brachliegendes Grundstück haben - auch meine Fraktion nicht, auch wenn Sie, meine Damen und Herren von der CDU, nicht müde werden, dies zu behaupten.

Meine Fraktion ist allerdings daran interessiert, dass es keinen weiteren Zeitverzug für die städtebauliche Umgestaltung des Breslauer Platzes gibt; denn bevor sich am Breslauer Platz die Kräne für Neubauten drehen, muss ja noch einiges passieren. Ich erinnere nur an unsere Beschlüsse im Stadtentwicklungsausschuss vom April dieses Jahres. Dort ist ja unter anderem beschlossen worden, einen Workshop unter Beteiligung der Preisträger des ehemaligen Wettbewerbs zum Breslauer Platz mit zwei oder drei Zuladungen sowie einem externen Verkehrsplaner und Vertreterinnen und Vertretern von Aurelis, Verwaltung und Politik durchzuführen.

Ziel ist es, verschiedene Bebauungsmöglichkeiten auf der Basis der Planungsvariante „Stadtrekonstruktion“ darzustellen und dabei auch Blickbeziehungen zum Rheinufer sowie ein mögliches DFB-Museum einzubeziehen. Da der Oberbürgermeister, wie zu hören war, die Frage des

DFB-Museums zur Chefsache erklärt hat, gehe ich davon aus, dass die mit dem Museum verbundenen Fragen zügig geklärt werden.

Deshalb bitten wir mit dem Antrag die Verwaltung, zu prüfen, bis zu welchem Zeitpunkt die in Kürze auslaufende Nutzung des Grundstücks am Breslauer Platz durch den Musical-Dome-Betreiber unter strikter Vermeidung eines Zeitverzugs für die städtebauliche Umgestaltung des Breslauer Platzes verlängert werden kann.

Wir brauchen einen Zeitplan, der folgende Maßnahmen, die auch in unserem Antrag aufgeführt sind, sowie den sich daraus ableitenden Zeitpunkt der Beendigung des Musical-Betriebs berücksichtigt:

- Durchführung des beschlossenen Workshopverfahrens Breslauer Platz
- verbindliche Terminierung des Abbaus der Baustelleneinrichtung durch die KVB AG
- europaweite Ausschreibung des Bauvorhabens
- Durchführung der Architekturwettbewerbe

Vor dem Hintergrund der geänderten Haltung des Musical-Betreibers sollte zugleich kurzfristig eine befristete Verlängerung der Musical-Nutzung geprüft und, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, auch unverzüglich vereinbart werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns damit die Weichen für eine vernunftgetragene und belastbare Vision am Breslauer Platz stellen. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Dr. Bürgermeister. - Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Antrag wurde bereits ausführlich inhaltlich begründet. Ich möchte das jetzt nicht alles wiederholen. Außerdem spricht der Antrag für sich.

Ziel soll also nicht sein, auf Dauer dort einen Musical-Standort zu erhalten; Ziel soll sein, die Lücke zwischen einem möglichen Musical in der MesseCity Deutz und dem Musical am Breslauer Platz so gering wie möglich zu halten.

Wir freuen uns, dass die Betreiber heute beweglicher sind als noch vor einiger Zeit. Das zeigt auch, dass man sich nicht jedem Druck sofort beugen muss.

Herr Streitberger wird uns sicherlich gleich den Zeit-Maßnahmen-Plan vortragen.

Lassen Sie mich etwas zum Änderungsantrag der CDU feststellen. Natürlich möchte hier jeder sagen, das sei sein Ding usw. Darum geht es aber nicht. Es geht darum, dass wir nicht ein weiteres Mal irgendwo eine Brache haben, vor der die Kölner ratlos stehen und sich fragen: Warum konnte das denn nicht länger stehen bleiben?

Folgendes Problem haben wir: Wir wollen auf gar keinen Fall, dass durch eine solche Verlängerung zukünftige Entwicklungen eingeschränkt werden. Daher muss die Verwaltung mit dem Betreiber dahin gehend verhandeln, dass der Termin, den Sie uns sicherlich gleich nennen werden - ich nehme an, irgendwann Anfang 2011 -, nicht überschritten wird, damit wir nicht in eine problematische Situation kommen.

Der Zeitangabe von zwei Jahren im Antrag der CDU können wir natürlich nicht zustimmen. Da müssten wir ja schon wissen, was die Verwaltung uns gleich sagen wird. Aber vielleicht wissen Sie mehr als wir. Das würde nämlich bedeuten: 30. September nächsten Jahres plus zwei Jahre. - Das ist auf jeden Fall viel zu lang.

Wenn wir die Verwaltung mit diesem Ziel um Prüfung bitten, meinen wir aber natürlich auch, dass die Verwaltung uns möglichst schnell einen Vorschlag machen soll, wie wir den Vertrag abschließen können. Wir haben überhaupt nichts gegen eine Dringlichkeitsentscheidung, falls ein Beschluss schon in den Ferien notwendig wird.

Wenn es Ihnen von der CDU also nur um die Schnelligkeit der Entscheidung geht, können wir Ihren Wunsch mit aufnehmen. Wenn Sie einen ganz bestimmten Termin vor Augen haben, müssen wir allerdings sagen: Da würden wir lieber abwarten, was die Verwaltung uns sagt. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Moritz. - Ich halte es für sinnvoll, jetzt zunächst einmal die Verwaltung und da insbesondere Herrn Streitberger zu Wort kommen zu lassen, weil wir sonst in der Tat über unter-

schiedliche Dinge sprechen, meine Damen und Herren.

Bevor gleich über die zwei Jahre gesprochen wird, möchte ich das erst einmal klären. Das kann man nämlich so oder so verstehen. Im Änderungsantrag der CDU steht ja, dass der Vertrag um zwei Jahre verlängert werden soll. Ich gehe davon aus, dass das ab jetzt gilt. Das können wir aber gleich klären, Herr Streitberger.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass in der Vergangenheit immer wieder unterschiedliche Daten genannt wurden, wann der Abbau der KVB-Baustelle denn am Ende auch tatsächlich stattfindet. Wann ist also damit zu rechnen, dass der Platz geräumt ist?

Das Thema meiner zweiten Frage hat Frau Dr. Bürgermeister eben schon angesprochen. Ich möchte an diesem Standort natürlich auch zumindest die Möglichkeit für ein DFB-Museum offenhalten. Es besteht ja größtes Interesse an diesem Platz. Diesen möglichen Standort möchte ich auch als einen Teil in diesem Paket implantiert wissen. Das ist für den Wirtschaftsstandort, für den Sportstandort und für den Tourismusstandort wichtig.

Des Weiteren bin ich der Meinung, dass wir mit Sicherheit mindestens ein Musical brauchen.

Meine Frage ist also: Wie sieht Ihr Timetable aus, um die Dinge umzusetzen, die hier von SPD und Grünen beantragt sind und die aufgrund des Änderungsantrags der CDU anstehen, also eine Verlängerung des Musicals um zwei Jahre, was ja schon immer unser Wunsch war, wenn ich noch einmal daran erinnern darf? Wie sieht das aus? Können Sie uns heute konkrete Daten nennen, sodass wir nachher auch sicher sind, worüber wir beschließen? - Bitte schön, Herr Streitberger.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es trifft uns in der Tat nicht völlig unvorbereitet, dass wir heute in dieser Ratssitzung Aussagen machen sollen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Sie sind schon von mehreren Seiten angesprochen worden, wie ich feststelle.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Ja, genau. - Ich werde mir das mit dem Kollegen Dr. Walter-

Borjans ein Stück weit teilen. Ich sage jetzt etwas zu der zeitlichen Abfolge. Herr Dr. Walter-Borjans möchte aus seiner Position heraus dann auch noch etwas zur inhaltlichen Abwicklung des Themas Musical sagen.

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Seit Anfang dieses Jahres arbeitet eine über die Dezernatsgrenzen hinweg gemeinsam gebildete Arbeitsgruppe im Dezernat für Wirtschaft und Liegenschaften und in meinem Dezernat an den Themen MesseCity Deutz und Breslauer Platz. Beide Projekte sind von großer Bedeutung für die Entwicklung der Stadt, beide Projekte stehen unter einem extremen Zeitdruck, und beide Projekte möchten wir erfolgreich voranbringen und auch abschließen.

Wir haben einen vorläufigen Zeitplan, den wir in der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses im August dieses Jahres vorlegen werden. Heute kann ich zum Zeitplan so viel sagen: Die hier bereits gestellten Fragen können dahin gehend beantwortet werden, dass uns von der KVB die schriftliche Erklärung vorliegt, dass die Baustelleneinrichtungen der KVB auf diesem Areal Ende 2009 beseitigt werden. Diese Zusage steht. - Herr Böllinger nickt. Das freut mich, Herr Böllinger. Das ist die Verabredung zwischen uns beiden. Sie stehen dazu. Wir stehen auch dazu.

Der vom Stadtentwicklungsausschuss beschlossene Workshop wird in diesem Jahr durchgeführt. Zwei der drei Termine für diesen Workshop stehen bereits. Der dritte Termin im November oder Dezember dieses Jahres wird noch gesucht.

Dann werden wir den Bebauungsplan bis zum Ende des kommenden Jahres ganz sicher rechtskräftig haben.

Ich denke, wir werden es auch schaffen, dass wir bis zum Ende des kommenden Jahres die europaweite Ausschreibung durchgeführt haben und einen Bauherrn haben.

Damit stimmt meine in der Vergangenheit immer getroffene Aussage, dass es am 1. Januar 2010 dort losgehen kann, im Prinzip - aber nur im Prinzip, meine Damen und Herren; denn tatsächlich muss der Bauherr selbst auch noch einiges leisten. Er wird von uns in den Ausschreibungsunterlagen die Auflage erhalten, für mehrere Bauteile Architektenwettbewerbe durchzuführen, und zwar für mindestens zwei, gegebenenfalls auch drei Bauteile.

Er muss aber nicht nur Architektenwettbewerbe durchführen, sondern auch die entsprechenden Bauanträge stellen. Die Genehmigung der Bauanträge bedarf dann auch einer gewissen Zeit - obwohl wir dort sehr gut sind, wie Sie wissen, Herr Oberbürgermeister.

Daher kann man sagen, dass zum Ende des Jahres 2010 - spätestens im ersten Quartal 2011 - wirklich auch die Bagger anrollen können.

Wir sind bereit und darauf eingestellt, dass wir das Ganze zum Januar 2010 an einen privaten Bauherrn übertragen. Er wird dann aber natürlich auch noch seine Zeit brauchen.

Der DFB hat uns in Bezug auf den Standort Breslauer Platz die Vorgabe gegeben, dass dort zum 1. Juli 2010 Baurecht besteht. Das werden wir sicher erreichen. Ende nächsten Jahres werden wir den Bebauungsplan so weit haben.

Mit den Interessen, die sich jetzt hier artikulieren, gibt es aber natürlich eine Überschneidung von nach meiner Einschätzung voraussichtlich neun Monaten. Da der DFB seine Entscheidung auch noch nicht getroffen hat und sie zu früheren Zeitpunkten auch schon einmal für eher angekündigt hatte, vermute ich einmal, dass es hier Ausgleichsmöglichkeiten gibt und man eine gegenseitige Rücksichtnahme praktiziert.

Ich bin schon einmal gefragt worden, ob das DFB-Museum - wenn es denn in der Form kommen sollte, wie wir es im Augenblick projiziert haben, also an diesem Standort über einem Busbahnhof - denn schon errichtet werden kann, während das Musical-Zelt noch steht. Das muss ich verneinen. Vorbereitende Arbeiten einerseits für die Errichtung des DFB-Museums und andererseits für den Abbruch des Musical-Zeltes über einen Zeitraum von einem halben Jahr plus/minus drei Monate kann man aber mit Sicherheit arrangieren und auch vernünftig untereinander absprechen.

Insofern können wir uns nach meiner Einschätzung mit einem guten Timing und einer guten Planung tatsächlich die Lage bringen, dass diese Dinge ineinandergreifen können. Das wird voraussichtlich im ersten Quartal 2011 der Fall sein.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. Das gibt mir insofern Mut, als dass an diesem Platz doch noch alles möglich ist, auch mit dieser kleinen zeitlichen Überschneidung. Das wollte ich an dieser Stelle wissen. - Herr

Dr. Walter-Borjans, haben Sie noch Ergänzungen dazu?

Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans:

Nur so viel: In der Vergangenheit habe ich sehr viele Gespräche mit dem Musical-Betreiber geführt. Dabei ist auf der einen Seite deutlich geworden - auch dem Betreiber -, dass es keine Lösung geben wird, die die Entwicklung des Breslauer Platzes und das, was wir dort künftig vorhaben, behindern wird.

Auf der anderen Seite ist immer wieder deutlich geworden - dafür habe ich mich auch gegenüber allen Entscheidungsträgern hier stark gemacht -, dass die Betreiber des Musicals Planungssicherheit haben müssen. Sie mussten die Entscheidung treffen, im Spätsommer dieses Jahres mit „We Will Rock You“ aufzuhören. Es liegt auch in unserem Interesse, dass der Musical Dome anschließend in einer Weise weitergenutzt wird, bei der auch so viel Umwegendite entsteht, wie das in der letzten Zeit der Fall war.

In einer sehr seriösen Untersuchung wird von 50 Millionen Euro Umsatz für die Stadt gesprochen. Wer rechnen kann, kommt schnell auf an die 1 000 Arbeitsplätze. Wenn wir vorsichtig kalkulieren, hängen immer noch ein paar Hundert daran. Wenn wir als Alternative dazu ein Jahr lang eine Brache liegen hätten, wäre das nicht nur optisch unschön; wir würden auch eine Menge an wirtschaftlichem Potenzial verspielen.

Wenn wir das zusammenbringen - verzögerungsfreie Planung für den Platz und Verbleib des Musicals so lange wie möglich -, dann erreichen wir eine gute Lösung. Auf der rechten Rheinseite brauchen wir länger. Beim Musical-Betreiber besteht die Bereitschaft, umzuziehen. Mit der von uns gemeinsam eingerichteten Arbeitsgruppe haben wir einen wirklich gut ausgeloteten Zeitplan erstellt, der nicht viel Luft lässt, sondern die Arbeitsschritte eng nacheinander durchdekliniert.

Herr Kollege Streitberger hat darauf hingewiesen, dass seitens der Stadt Ende 2009 eigentlich alles erledigt sein wird. Die Erfahrungswerte besagen aber, dass man mit rund 15 Monaten für die Bereiche Qualifizierung, Bauantrag usw. rechnen muss, wenn man nicht anschließend in eine Bredouille kommen will. Wir können also vom Ende des ersten Quartals 2011 ausgehen.

Ich würde auch höhere Wetten darauf eingehen, dass wir nicht an den Punkt kommen, dass vorher ein Bagger anrückt und nicht auf den Platz kann, weil dort ein blaues Zelt steht.

Damit hätten wir beides miteinander verbunden. Ich halte das für eine für alle Beteiligten gute Lösung.

Weil es hier um Planungssicherheit geht, bitte ich auch darum, bei den Feststellungen, die wir jetzt treffen können, nicht viel Zeit verstreichen zu lassen, um die entsprechende Nachricht dann auch an den Betreiber weitergeben zu können; denn wenn dazwischen eine lange Zeit liegt, ist das natürlich wieder verspielte Zeit.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: DE!)

- Ja.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Herr Börschel hat noch eine Frage. Bitte.

Martin Börschel (SPD): Pardon, Herr Oberbürgermeister; ich will hier nur meine Begriffsstutzigkeit erledigen. - Wir haben jetzt viel von Terminen, Ineinandergreifen usw. gehört. Also: Es gibt einen virtuellen Zeitplan. Dieser endet am 1. Januar 2010. Und die Aussage der Verwaltung ist, dass es keine Zeitverzögerung für die Weiterentwicklung des Breslauer Platzes gäbe, wenn der Vertrag mit dem Musical-Betreiber bis zum 31. März 2011 verlängert würde?

(Zurufe von der CDU und vom Bündnis 90/Die Grünen: Ja!)

Diese Frage könnte die Verwaltung jetzt mit Ja oder mit Nein beantworten. Das wäre mir lieb.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Es ist einfach so, dass sie von dem Zeitpunkt an gerechnet, zu dem sie jetzt aufhören, zwei Jahre länger spielen können.

(Martin Börschel [SPD]: Also ja?)

- Kann man, ja.

(Martin Börschel [SPD]: Danke!)

Das muss man ja nur sagen. Dann machen die das auch.

Vielen Dank. Es ist ja hilfreich, dass die Aussagen der Verwaltung Sie jetzt auf den aktuellsten

Stand bringen, damit Sie auch eine Entscheidung treffen können.

Dann gehen wir in der Wortmeldungsliste weiter. Jetzt spricht Herr Klipper - mit dem Verwaltungswissen angereichert. Bitte.

Karl Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Eine der unendlichen Geschichten geht jetzt anscheinend einem guten Ende entgegen. Ich freue mich - das sage ich von ganzem Herzen -, dass wir jetzt im Rat eine Entscheidung treffen, die dem Breslauer Platz guttut, auf der anderen Seite aber auch dem Musical-Standort Köln zugutekommt; denn zwei Jahre ohne Musical wären eine Katastrophe für Köln gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich aber auch ein bisschen Ironie ins Spiel bringen, was die Gedanken angeht, die wir gerade als neuesten Stand der Verwaltung gehört haben, Herr Dr. Walter-Borjans und Herr Streitberger. Ich darf Sie an Folgendes erinnern: Am 21. September 2007 haben wir gefragt, ob der Ratsbeschluss von 2005 bezüglich der Länge noch zu halten ist. Am 16. November 2007 haben wir das Thema nochmals aufgenommen und gesagt, dass wir dringend eine Musical-Verlängerung brauchen, weil wir das in diesem Zeitraum überhaupt nicht schaffen. Als Nächstes haben wir am 21. Dezember 2007, kurz vor Weihnachten, die Befürchtung der CDU deutlich gemacht, dass wir kein Musical haben werden. Am 28. Dezember 2007 haben wir Ihnen dann auch vorgerechnet, was dreieinhalb Jahre ohne Musical in Köln kosten: einen Bruttoumsatz von rund 300 Millionen Euro.

Danke, Herr Dr. Walter-Borjans, dass Sie bestätigt haben, dass das Musical ein riesenhafter Wirtschaftsfaktor ist.

Herr Streitberger und Herr Dr. Walter-Borjans, wir stimmen mit dem überein, was Sie gesagt haben. Wir brauchen eine tolle Entwicklung an diesem Standort, sowohl architektonisch als auch städtebaulich. Außerdem brauchen wir für unseren Wirtschaftsstandort das Musical.

In diesem Zusammenhang spielt auch die Tatsache eine Rolle, dass wir uns mit dem neuen Standort im Rechtsrheinischen vom Musical-Standort Breslauer Platz lösen wollen. Es zieht sich nämlich noch lange hin, bis an dem neuen Standort gebaut werden kann. Ob er überhaupt finanziert werden kann, weiß ich auch nicht.

Jedenfalls haben wir für die nächsten zwei Jahre erst einmal den Musical-Standort Breslauer Platz gerettet. Wie lange er am Ende wirklich genutzt wird - ob es ein drei viertel Jahre sind oder wie viel auch immer -, ist dabei nebensächlich.

Allerdings möchte ich gerade die Damen und Herren von der SPD und den Grünen in diesem Fall noch einmal bitten, nicht immer wieder neue Prüfaufträge zu erteilen, sondern zu entscheiden, wenn etwas notwendig ist.

(Beifall bei der CDU)

Es reicht nicht aus, hier wieder und wieder zu prüfen, anstatt zu einer Entscheidung zu kommen; denn zwei Dinge müssen wir an dieser Stelle ganz klar sagen. Den Beschluss des Jahres 2005 - -

(Martin Börschel [SPD]: Bauen Sie doch keinen Popanz auf! Das haben wir doch gerade verabredet!)

- Herr Börschel, das habe ich doch gesagt. Lassen Sie mich auch noch die zweite Hälfte sagen. Dann kriegen Sie noch einen mit.

(Heiterkeit - Martin Börschel [SPD]:
Noch einen?)

Herr Börschel, ich hätte nämlich die gleiche Freude, wenn wir an manchen anderen Punkten in dieser Stadt auch einmal entschlossenfreudig wären und nicht immer erneut prüfen lassen würden. Ich darf daran erinnern, dass wir vor vier Jahren den Wettbewerb zum Clouth-Gelände beendet haben. Diese Mehrheit hier im Rat schafft es aber nicht, in Bezug auf das Clouth-Gelände etwas auf den Weg zu bekommen.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist doch lächerlich! Wir haben das beschleunigt! Sie glauben doch selbst nicht, was Sie da sagen!)

- Ja, das sagen Sie immer, Herr Börschel. Vor kurzem haben wir hier im Rat aber doch über die Querung der Rheinuferstraße gesprochen - mit dem Ergebnis, dass wieder ein Prüfauftrag erteilt wurde. Und was hat der Verkehrsausschuss nachher gesagt? Genau das, was wir beschlossen haben, nur mit drei Zahlen belegt - und mit sehr viel Geld ausgerichtet.

(Martin Börschel [SPD]: Dann haben Sie das aber nicht verstanden!)

- Doch, Herr Börschel. Lesen Sie sich einmal im Protokoll durch, was dabei herausgekommen ist. Hier würden Sie genau das Gleiche bekommen.

Ein weiterer Punkt, bei dem wir ebenfalls ein Problem haben, ist das Kongresszentrum. Herr Dr. Walter-Borjans hat uns versprochen, bis Ende dieses Jahres eine Studie bezüglich des Kongresszentrums vorzulegen, in der dargestellt wird, ob wir ein Kongresszentrum in der Größenordnung zwischen 4 000 und 5 000 Besuchern benötigen und welchen Einfluss das auf die Stadt hat.

Ich sage Ihnen schon heute: Wenn die Schamfrist von einem Dreivierteljahr vorbei ist, werden Sie zu dem gleichen Ergebnis kommen wie wir - dass Köln ein Kongresszentrum braucht, weil ein solches Kongresszentrum in der heutigen Dienstleistungsgesellschaft für diese Stadt erforderlich ist. Nicht zuletzt die Erfahrungen von Bonn zeigen, dass Köln ein eigenes Kongresszentrum in dieser Größenordnung braucht.

Herr Börschel, meine Damen und Herren, auch diesbezüglich erwarte ich von Ihnen eine schnelle Entscheidung, damit Köln im Konzert der Großstädte nicht hinten herunterfällt.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Darf ich eine Frage stellen?)

- Immer.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Weil Sie das Thema Kongresszentrum angesprochen haben, frage ich Sie: Wollen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass in Köln, wenn es nach SPD und Grünen ginge, so viele Kongresszentren gebaut werden könnten, wie das gewünscht ist und wie es der Markt hergibt, solange das nur nicht mit öffentlichen Mitteln passiert? Würden Sie vielleicht abschließend zur Kenntnis nehmen, dass das unsere Position ist?

Karl Klipper (CDU): Das habe ich bisher schon zur Kenntnis genommen. Ich halte diese Entscheidung allerdings für völlig falsch, Herr Börschel.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist ja etwas anderes!)

Es gibt keinen einzigen Kongressveranstalter in der ganzen Welt, der dies ohne öffentliche Zuschüsse machen kann.

(Martin Börschel [SPD]: Das stimmt nicht!)

Wir können uns gerne darüber unterhalten, ob wir das Grundstück verbilligt abgeben. Wir können uns gerne darüber unterhalten, ob wir eine permanente Subventionierung zusagen. Wir können uns gerne darüber unterhalten, ob wir eine Beteiligung der Stadt Köln vorsehen. Dass wir ein Kongresszentrum in einer Größenordnung von 4 000 bis 5 000 Besuchern brauchen, sagt aber die gesamte Wirtschaft; das sagen alle Leute. Sie wissen das auch.

(Martin Börschel [SPD]: Die können das doch tun! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Leute, es geht um den Musical Dome!)

Herr Börschel, Sie werden auch diesbezüglich die Kurve kratzen. Ich frage mich nur: Wird das noch vor der Kommunalwahl sein? Oder werden Sie es erst nach der Kommunalwahl tun? - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Klipper. Mit den Themen der zweiten Redehälfte werden wir uns in den nächsten Monaten sicherlich noch einmal im Rat beschäftigen. - Herr Sterck für die FDP-Fraktion, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Eigentlich geht es ja nicht um das Kongresszentrum. Abgesehen davon habe ich heute Morgen auch schon etwas zu diesem Thema gesagt und zum Beispiel auf die entsprechenden Äußerungen von Herrn Müller-Berg von Microsoft hingewiesen.

Weil dieses Thema hier nun einmal angesprochen worden ist, kann ich noch hinzufügen, dass ich von meiner Bundespartei höre, das Bonner Kongresszentrum sei von den gesamten Rahmenbedingungen her für einen Bundesparteitag nicht geeignet.

(Karl Klipper [CDU]: Bravo! Das habe ich auch schon gesagt!)

Sie sagen, dass sie sich für den Bundesparteitag 2010 in Nordrhein-Westfalen lieber eine andere

Möglichkeit suchen. Das Bonner Kongresszentrum ist dafür nicht geeignet.

(Martin Börschel [SPD]: In der Koelnmesse waren schon viele Parteitage!)

- Sie können da ja viele Parteitage machen. Ich gucke mir das aber genau an. - Um dieses Thema geht es hier aber nicht.

Ich bin sehr dankbar für den Vortrag von Herrn Streitberger in Sachen Breslauer Platz und für die Bestätigung von Herrn Böllinger, dass die KVB das dortige Grundstück 2009 geräumt haben wird. Auf der einen Seite ist das eine sehr gute Nachricht, Herr Böllinger; denn wir sind froh, wenn die Baustellen der Nord-Süd-Stadtbahn wieder aus der Stadt verschwinden. Eigentlich war das Ziel der Stadtentwicklungspolitik aber, dass die Bagger anrollen, sobald die KVB-Baustelle weg ist.

Herr Oberbürgermeister, in diesem Zusammenhang bin ich etwas enttäuscht darüber, dass Sie Ihrem Dezernenten für Stadtentwicklung, Planen und Bauen hier ein paar Fragen stellen, statt entsprechende Vorgaben zu machen. Es geht doch um die Frage, warum die Bagger nicht schon 2009 kommen, sondern erst im ersten Quartal 2011. Das bedeutet, dass wir in diesem Prozess mindestens zwei Jahre verloren haben. Für ein so wertvolles Grundstück ist das zu viel.

(Beifall bei der FDP sowie von Martin Börschel [SPD])

Herr Klipper, deswegen muss ich feststellen, dass wir möglicherweise nicht zu einem guten Ende kommen und nicht nur zwei Jahre ohne Musical in Köln auskommen müssen; denn in ihrer Mitteilung über den Zeitstrahl für die MesseCity Deutz führt die Verwaltung aus: Wir brauchen erst einmal soundso viele Monate oder sogar Jahre für den Bebauungsplan. Anschließend brauchen wir soundso viele Monate oder sogar Jahre für die entsprechende Ausschreibung.

Und wann ist dann Baubeginn in der MesseCity Deutz?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: 2012!)

Was würden Sie schätzen, meine Damen und Herren, die sich damit nicht so intensiv beschäftigen? Am 14. Februar 2010? Nein. Am 14. Februar 2011? Nein. Frau Moritz hat Recht: In der Vorlage steht tatsächlich, am 14. Februar 2012 sei Baubeginn an der MesseCity. Dann steht noch kein neues Musical. Das steht erst an-

derhalb Jahre später. Über so lange Prozesse reden wir hier.

(Karl Klipper [CDU]: Deswegen ist der Breslauer Platz losgelöst davon zu betrachten!)

Herr Streitberger, ich danke Ihnen für Ihren Optimismus, den Sie in dem Stadium, in dem wir uns am Breslauer Platz derzeit befinden, an den Tag legen. Dort sind wir noch nicht so weit wie in der MesseCity Deutz. Wir haben noch nicht den Workshop hinter uns, den wir für die MesseCity Deutz schon durchgeführt haben. Trotzdem haben Sie den Ehrgeiz oder den Optimismus, dass wir am Breslauer Platz im ersten Quartal 2011 fertig sind. Da muss ich sagen: Alle Achtung.

Die Schuldigen dafür, dass wir jetzt dieses erfolgreiche Musical in Köln verlieren, sitzen hier im Rat. Herr Dr. Lemper, hören Sie bitte auf, zu telefonieren; denn ich spreche jetzt Sie an. Das sind nämlich zum Beispiel Sie. Sie haben in diesem Rat durchgesetzt, dass 2009 Schluss ist - natürlich in der Hoffnung, dass dann die Bagger kommen. Deswegen ist 2009 bisher als Ende für das Musical vorgesehen. Infolgedessen hat der Betreiber gesagt: Ich muss mit der Produktion im September 2008 Köln verlassen. - Ob wir eine neue Produktion bekommen, die darüber hinaus auch noch so erfolgreich ist wie „We Will Rock You“, weiß bisher kein Mensch.

Wenn wir diese Daten vorher gehabt hätten, hätten wir uns dafür aussprechen können, dass „We Will Rock You“ hier bis 2010/2011 aufgeführt wird. Dann hätten wir hier im Rat eine entsprechende Entscheidung fällen können. So verlieren wir ein erfolgreiches Musical. Wir wissen nicht, was wir bekommen. Und einen nahtlosen Übergang zu einem Musical-Theater in der MesseCity Deutz kriegen wir auf gar keinen Fall hin. Deswegen bin ich auch froh über die anderen Projekte, die hier anscheinend in der Pipeline sind.

Allerdings finde ich es bei einem so wichtigen Grundstück skandalös, dass diese Prozesse von der Verwaltung derart verzögert worden sind. Wir als Kölnerinnen und Kölner verspüren doch großen Druck, dass wir an diesem wichtigen Platz etwas für Köln machen müssen. Das Musical ist bei dieser ganzen Entwicklung im Grunde nur ein Kollateralschaden.

Wenn wir uns heute darauf einigen können - ich weiß ja nicht, auf welche Formulierung Sie sich jetzt verständigt haben -, dass wir aus der hier vorliegenden Not - keine Baureife; kein Einsatz von Baggern direkt nach dem Abbau der KVB-

Baustelle - für den Musical-Standort eine Tugend machen, ist das okay. Daran wird sich die FDP auch beteiligen.

Möglicherweise ist es ja eine Lösung, die Formulierung von SPD und Grünen nicht durch den von der CDU vorgeschlagenen Text zu ersetzen, sondern den CDU-Text nach vorne zu stellen und damit zum Ausdruck zu bringen: Wir geben dem Musical-Betreiber jetzt erst einmal zwei Jahre Planungssicherheit, damit er auch eine neue Produktion hierher holen kann. - Vielleicht ist das der beste Beschluss, den wir heute fällen können.

Wir haben hier schon immens viel Schaden für die Stadtentwicklungspolitik am Breslauer Platz und für den Musical-Standort Köln angerichtet. Ich hoffe, dass den bisherigen Fehlern nicht weitere hinzugefügt werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Walter-Borjans möchte erwidern. Bitte schön.

Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans: Weil alle das Kongresszentrum angesprochen haben, will ich auch einen Halbsatz dazu sagen. Herr Sterck, Sie haben jetzt mehrfach Herrn Müller-Berg in Bezug auf den Microsoft-Kongress zitiert. Sie haben auch mehrfach von 10 000 Teilnehmern gesprochen. Für 10 000 Teilnehmer haben wir einen wunderbaren Veranstaltungsraum. Beim Kongresszentrum reden wir aber immer über eine mittlere Größenordnung. 10 000 Personen würden dort mit Sicherheit nicht hineinpassen. Das einmal zur Klarstellung! Für 10 000 Teilnehmer gibt es in Köln schon etwas. Damit wäre die Kölnarena auch nicht unterausgelastet, wenn man sie dorthin bringen würde. Darüber hinaus gibt es noch andere Möglichkeiten.

(Ralph Sterck [FDP]: Herr Oberbürgermeister, darf ich dazu direkt etwas sagen?)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Bitte.

Ralph Sterck (FDP): Das ist ein Missverständnis, Herr Dr. Walter-Borjans. Es geht nicht um 10 000 Leute in einer Halle, also einen großen Event oder so etwas, sondern um Kongresse.

Möglicherweise waren Sie schon einmal bei einem Bundesparteitag der SPD; das könnte ich mir jedenfalls vorstellen. Dort finden Delegiertenbesprechungen von 16 Landesverbänden statt. Dafür brauchen Sie 16 Nebenräume.

(Martin Börschel [SPD]: Die gibt es zum Beispiel in der Koelnmesse!)

Die haben Sie in der Kölnarena nicht. Daher muss man feststellen, dass die entsprechenden Voraussetzungen dort nicht vorhanden sind.

(Zurufe: Aber in der Messe!)

Deswegen glaube ich Herrn Müller-Berg, dass er diesen Standort untersucht hat

(Lachen bei der SPD)

und zu dem Ergebnis gekommen ist, dass Köln nicht über die Möglichkeiten verfügt, die für einen solchen Kongress von Microsoft - oder von vielen Kongressveranstaltern in der Welt - vorhanden sein müssen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Grünen passen jedenfalls in die Messe!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Sie sprechen hier von Größenordnungen von Parteitagen! 10 000 und noch 16 Gruppen? Ich weiß gar nicht, woher die kommen sollen. Aber gut!

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist die neue FDP!)

Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans: Dazu werden wir ja etwas vorlegen. - Erstens. Mir ist wichtig, noch einmal auf Folgendes hinzuweisen: Ich habe eben erwähnt, dass ich viele Gespräche mit dem Betreiber des Musicals geführt habe. Es wäre sehr spekulativ, wenn ich sagen würde, dass für „We Will Rock You“ um dieselbe Zeit herum nicht auch dann ein anderer Standort gesucht worden wäre, wenn man eine dauerhafte Verlängerung gehabt hätte. Zwar wäre das Musical mit Sicherheit noch länger an diesem Standort geblieben. Es wäre aber nicht auf alle Zeit hier perpetuiert worden. Vielmehr gab es deutliche Anzeichen, dass man einmal über eine Neuproduktion nachdenken musste. Das weiß ich aus diesen Gesprächen.

Zweitens. Man hat mir fest zugesagt - das ist auch die Grundlage für unser Bemühen, diese Verlängerung durchzubekommen -, dass mit ei-

nem Zeithorizont, wie wir ihn jetzt besprechen, eine attraktive neue Produktion möglich ist.

Drittens. Mir ist ebenfalls wichtig, darauf hinzuweisen - diesen Punkt haben wir auch schon in persönlichen Dialogen angesprochen -, dass wir in Köln auf einer viel breiteren Basis über das Thema Musical Gespräche führen. Ich kann Ihnen sagen - damit verrate ich kein Geheimnis, glaube ich -, dass die Gespräche mit den Betreibern des Musicals im blauen Zelt sowohl bezüglich der Produktion, die jetzt vorgesehen ist, als auch in Bezug auf ein paar Zwischenschritte, die dazwischen noch erfolgen können, so gut wie abgeschlossen sind. Das gilt im Übrigen auch für die noch notwendigen Verhandlungen mit dem anderen Grundstückseigentümer am Breslauer Platz; denn dort ist ja noch jemand im Spiel.

Das heißt, dass mit einer Aussage, wie wir sie jetzt hier diskutieren, wirklich eine Planungssicherheit für ein attraktives Musical gegeben ist.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Walter-Borjans. - Im Übrigen muss man bei dem Zahlenspiel, das hier gemacht wird, natürlich ein bisschen fair miteinander umgehen. Wenn man von 2009 und 2011 spricht, hört sich das nach zwei Jahren an. Herr Streitberger hat aber sehr deutlich gemacht - das wurde von Herrn Böllinger auch bestätigt -, dass der erste Zeitpunkt der 31. Dezember 2009 ist. Nach einer Schrecksekunde sind wir dann schon im Jahr 2010.

(Karl Klipper [CDU]: Das ist eine logische Sekunde!)

Im Jahr 2010 haben wir, wie Herr Streitberger ausgeführt hat, aber schon die Möglichkeit, dass entsprechende Arbeiten beginnen können. Theoretisch ist auch eine temporäre Überschneidung möglich. Sie müssen ja erst einmal einiges entfernen, Grabungen durchführen, fundamentieren usw. Das heißt, dass es sogar gewisse Dinge gibt, die im Jahr 2010 durchaus parallel laufen können. Daher reden wir nicht von zwei Jahren Leerstand am Breslauer Platz.

(Martin Börschel [SPD]: Dann legen Sie doch in der ersten Juliwoche eine DE vor!)

- Herr Streitberger, Herr Dr. Walter-Borjans und ich werden einen Zeitplan fertigstellen. Wenn wir vom DFB eine endgültige Zusage bekommen, müssen wir ja auch ziemlich schnell zu Potte kommen. Und falls man sich dort gegen Köln

entscheiden sollte, ist dieses Thema an diesem Standort ohnehin erst einmal vom Tisch. - Ich sehe noch eine Wortmeldung. Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Die antragstellenden Fraktionen sind sich einig, dass eine möglichst kleine Lücke dazwischen sein soll.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Richtig.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Die beiden Dezernenten haben uns gerade die Hintergründe erläutert und erklärt, dass sie derzeit an diesem Thema arbeiten.

Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung jetzt den entsprechenden Vertragsabschluss mit dem Betreiber vorbereitet. Deswegen brauchen wir uns hier auch nicht auf einen Monat zu beziehen, sondern können die Verwaltung auffordern, uns schnellstens - am besten in der ersten Juliwoche; sobald sie fertig ist - eine DE vorzulegen, die der Rat dann in diesem Sinne beschließt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das werden wir gerne tun. Wie gesagt, erwarten wir bezüglich dieses Standorts nach der EM auch die Absage oder Zusage des DFB. Das hilft uns an dieser Stelle natürlich sehr. Da befinden wir uns jetzt im engsten Gespräch. Beim DFB wird man aber sicherlich noch den nächsten Sonntag abwarten. Dann schauen wir einmal weiter.

(Martin Börschel [SPD]: Sie hoffen wohl, dass der DFB dann in der Euphorie eine Zusage macht!)

Gibt es noch weitere Wortmeldungen zu diesem Komplex? - Dann lasse ich abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der CDU - der ja, wie ich sehe, von allen machbar ist.

(Karl Klipper [CDU]: Den ziehen wir zurück! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir sind uns einig!)

- Die CDU zieht ihren Änderungsantrag zurück?

(Karl Klipper [CDU]: Es lohnt sich ja nicht!)

- Das verstehe ich jetzt nicht ganz. Kann der Beigeordnete denn nicht morgen dem Musical-Betreiber zusagen: „Ihr könnt bis dahin auf dem

Breslauer Platz spielen“? Das wäre doch sinnvoll. Oder nicht?

Karl Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Wir haben derzeit einen gültigen Ratsbeschluss aus dem Jahr 2005, nach dem der Musical-Betreiber den Breslauer Platz am 30. November 2009 geräumt haben muss. Daher muss ein Ratsbeschluss erfolgen, mit dem dieser Beschluss irgendwie verändert wird. - Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass wir keine Leerzeiten in der Musical-Bespielung haben möchten und das Musical bis zum letzten möglichen Augenblick an diesem Standort behalten wollen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir sind uns einig!)

Deswegen möchten wir diesbezüglich eine Verwaltungsvorlage bekommen - die wir dann im Rahmen einer DE beschließen -, in der in Absprache mit dem Musical-Betreiber der Zeitpunkt genau definiert ist. Wir gehen davon aus, dass dieser Zeitpunkt irgendwo um den 31. März 2011 herum liegt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Wenn ihr euch einig seid, machen wir es so. Das ist ja kein Problem. Wir arbeiten dieses Thema kurzfristig aus. Dann gibt es eine entsprechende Vorlage.

Über diesen soeben formulierten Auftrag wird jetzt noch abgestimmt.

(Martin Börschel [SPD]: Über den Antrag von SPD und Grünen, so präzisiert!)

- Ja.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir erwarten eine DE!)

- Ja. Das ist jetzt also gemeinsamer Wunsch.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist Gott sei Dank niemand. Enthaltungen? - Gibt es auch nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Damit kommen wir zu:

2.1.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Vakante Schulleiterstellen in Köln“ AN/1279/2008

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1395/2008**

Für die CDU spricht Frau Manderla. Bitte.

Gisela Manderla (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wie wichtig der CDU das Thema Bildung ist, ist heute schon in unserer Haushaltsrede zum Ausdruck gekommen. Unser hier vorliegender Antrag zeigt ebenfalls, wie wichtig uns Bildung ist und auf welche Art und Weise wir in dieser Stadt Verantwortung für Bildung übernehmen wollen.

Auf der Rückseite unseres Antrags finden Sie eine dezidierte Begründung dieses Antrags. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit werde ich versuchen, mich möglichst kurz zu fassen.

Meine Damen und Herren, wir haben zurzeit an 145 Grundschulen in Köln 22 vakante Schulleiterstellen. Das liegt nicht daran, dass Frauen und Männer nicht fähig sind, diese Schulen zu leiten, sondern daran, dass die Schulleiterstellen für Lehrer und Lehrerinnen einfach nicht attraktiv genug sind.

Das kann man auch gut verstehen. Wir müssen daher versuchen, Problemlösungen zu finden, um die Attraktivität zu erhöhen.

Dazu gehört nach unserer Überzeugung unter anderem, dass in den Grundschulen mehr Sekretärinnen eingestellt werden; denn es geht nicht an, dass Lehrerinnen und Lehrer im ersten Schuljahr 29 Kinder betreuen und alle Zeugnisse selber schreiben müssen. Sie haben andere Aufgaben. Außerdem muss die technische und räumliche Ausstattung in den Schulen und in den Sekretariaten dringend erhöht werden. Wenn immer wieder stellvertretende Schulleiter und Schulleiterinnen die entsprechenden Aufgaben übernehmen, fällt nämlich auch Unterricht aus - und genau das wollen wir nicht, meine Damen und Herren.

Wir finden es auch ganz wichtig, dass interessierte Lehrerinnen und Lehrer, die gern nach Köln kommen möchten, Hilfe von uns bekommen, wenn sie eine Wohnung bzw. ein Haus suchen oder wenn ihre Kinder betreut werden sollen.

Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Wir denken, dass wir in Köln die entsprechende Verantwortung übernehmen sollten.

Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, mit dem vorliegenden Änderungsantrag, den Sie gestrickt haben, entziehen Sie sich - wie heute schon mehrere Male - der Verantwortung in dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Sie wälzen alle Probleme auf das Land Nordrhein-Westfalen ab. Das finden wir nicht richtig.

Wir können Ihren Änderungsantrag nur ablehnen und bitten im Interesse unserer Kinder in Köln um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Manderla. - Herr Philippi für die SPD.

Franz Philippi (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vakante Leitungsfunktionen an den Grundschulen in unserer Stadt sind zweifelsohne ein Problem. Es kann nicht angehen, dass derzeit roundabout 15 Prozent aller Schulleitungsstellen an Grundschulen in Köln nicht besetzt sind - im Extremfall sogar seit Sommer 2005 nicht, wie das an zwei Schulen der Fall ist.

Klagen von Eltern und Lehrern über bürokratische Hemmnisse und fehlende organisatorische Unterstützung sowie über mangelnde finanzielle Anerkennung der Aufgaben eines Schulleiters bzw. einer Schulleiterin häufen sich. Dabei sind gerade die Schulleitungen im Grundschulbereich unter anderem durch den Ausbau des offenen Ganztags ganz besonders gefordert.

Dieser beklagenswerte Zustand ist allerdings keine spezifische Kölner Angelegenheit. Vielmehr handelt es sich dabei um ein grundsätzliches strukturelles Problem, mit dem zahlreiche Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zu kämpfen haben. Der Verband Bildung und Erziehung geht davon aus, dass derzeit in ganz Nordrhein-Westfalen 350 Stellen in diesem Bereich nicht besetzt sind und nicht besetzt werden können. Die *Kölnische Rundschau* hat am 27. Mai dieses Jahres in einem Artikel unter der Überschrift „Rektoren verzweifelt gesucht“ zahlreiche Schulträger in der unmittelbaren Umgebung von Köln aufgelistet, die händeringend Schulleiterinnen und Schulleiter suchen.

Nach Ansicht der SPD-Fraktion muss der Fokus in dieser Angelegenheit in der Tat auf die derzeit unzureichende Besoldungsstruktur nach dem Landesbeamtengesetz gelegt werden. Nach den angepassten Besoldungstabellen, die am 1. Juli 2008 in Kraft treten werden, verdienen Grundschulleiter mit der Besoldungsgruppe A 13 knapp 300 Euro brutto mehr als - in Führungszeichen - „normal“ arbeitende Kollegen an einer Grundschule. Der Konrektor muss sich mit A 12 und einer Zulage von 132,29 Euro begnügen.

In diesem Zusammenhang muss man wissen, dass einem Grundschulleiter in Bezug auf sein normales Unterrichtsdeputat von 28 Stunden pro Woche im Vergleich zu Schulleitern anderer Schulformen weniger sogenannte Leitungsstunden zur Verfügung stehen. Er muss mehr unterrichten, was grundsätzlich auch Sinn macht. Ihm steht aber weniger Zeit für die Schulleitung zur Verfügung.

Hinzu kommen erhebliche Belastungen durch Verwaltungstätigkeiten wie Statistik, Informationstechnik und andere Dokumentationspflichten, die nach unserer Ansicht durchaus von Schulverwaltungsassistenten der Regierungsbezirke übernommen werden können.

Ferner sollte man berücksichtigen, dass sich diese ganze Situation vor dem Hintergrund der gewachsenen Anforderungen abspielt. In diesem Zusammenhang nenne ich vor allem die mangelnde Sprachkompetenz bei den Kindern. Außerdem denke ich an die ganz besondere Verantwortung der Schulleiterinnen und Schulleiter im Umgang mit den Kindern. Unter diesen Rahmenbedingungen überlegt sich jeder dreimal, ob er sich diesen Job antut.

Aus Sicht der SPD-Fraktion ist es allerdings nicht zielführend, nunmehr zu fordern, für junge Schulleiterinnenbewerberinnen und Schulleiterbewerber verschiedenste - vielleicht durchaus wünschenswerte - attraktive Anreize zu fordern, die letzten Endes städtisches Geld kosten, für die wir heute früh aber keine Mittel eingestellt haben.

Frau Manderla, Sie haben eben von der Übernahme der Verantwortung im Bildungsbereich gesprochen. Sie bleiben uns aber die Erklärung schuldig, mit welchem Geld Sie die Punkte 1 bis 4 Ihres Antrags finanzieren wollen.

Darüber hinaus bleibt festzustellen - darüber haben wir heute auch schon zweimal in anderem Zusammenhang gesprochen -, dass wir als Kölnerinnen und Kölner die Belange und Interessen der Kommunen in unserem Umfeld mitberück-

sichtigen sollten. Von daher halten wir es nicht für zielführend, wenn wir jetzt in ein Schaulaufen und einen Wettbewerb um geeignete Bewerberinnen und Bewerber für Grundschulleiterstellen eintreten, obwohl die umliegenden Kommunen genau dasselbe Problem haben.

Deshalb lehnen wir Ihre Punkte 1 bis 4 Ihres Antrags ab und schlagen Ihnen vor, Ihren Punkt 5, dessen Stoßrichtung wir für genau richtig halten, in der Form zu ergänzen, wie wir es in unserem Änderungsantrag formuliert haben.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf die Kleine Anfrage unserer Landtagsabgeordneten Anke Brunn und Ingrid Hack vom 3. Juni 2008 zum Schulleitermangel an Kölner Grundschulen, auf die es leider noch keine Antwort gibt.

Meine Damen und Herren, von daher bitte ich Sie herzlich, unserem Vorschlag zuzustimmen, den Punkt 5 Ihres Antrags entsprechend unserem Änderungsantrag zu ergänzen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Philippi. Frau Ulke spricht für die Grünen, bitte.

Sabine Ulke (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier mit einem Thema zu tun, mit dem ich mich seit meinen Anfängen hier im Rat beschäftige. Herr Kahlen, der als Jugend- und Schuldezernent angetreten ist, diesen Missstand zu beenden, hat auch keine Lösung herbeiführen können. Ich kann ihm keinen Vorwurf machen; denn er hat sich mehrfach eingemischt, sowohl im Städtetag als auch anderswo, und versucht, die Dinge in Bewegung zu bringen.

Sie haben gerade einiges zur Situation der Grundschullehrer und der Schulleiter erfahren. Ich finde es oft skandalös, welche Kandidaten wir im Schulausschuss mittlerweile wählen müssen. Teilweise gibt es vier oder fünf Ausschreibungen, um eine Stelle überhaupt besetzen zu können. Wir tun uns manchmal sehr schwer - ich glaube, da spreche ich auch im Namen der anderen schulpolitischen Sprecherinnen -, diesen Bewerbern dann unsere Zustimmung zu geben.

Wir haben seit Jahren unbesetzte Stellen. Ich hatte vor einigen Wochen ein Gespräch am Rande einer Podiumsdiskussion mit Frau Sommer, die mir auf dieses Problem hin eine ganz klare Antwort gegeben hat. Sie hat mir nämlich gesagt. „Sie werden doch nicht Lehrerin, um Geld zu verdienen, sondern, wenn überhaupt, nur aus Idealismus!“

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Daher erwarte ich von dieser Resolution nicht allzu viel; denn sie wird ja genau dort ankommen - man soll aber die Hoffnung nie aufgeben.

Zu den im CDU-Antrag aufgeführten Punkten will ich noch einiges sagen.

Punkt 1, Aufstockung der Stellen für Schulsekretärinnen: Ich würde sagen, dass das ein paar Stunden zu spät kommt; denn den Haushalt haben wir heute Vormittag verabschiedet. Wenn wir mehr Stellen für Schulsekretärinnen gewollt hätten, hätten wir das auch in den Haushalt einstellen müssen.

Punkt 2, Schulungs- und Coachingmaßnahmen: Solche Maßnahmen gibt es wie Sand am Meer. Es hat aber niemand Zeit, sie zu besuchen, weil alle mit ihren sonstigen Aufgaben beschäftigt sind.

Punkt 3, Verbesserte Arbeitsplatzausstattung der Schulleiterstellen: Darunter kann ich mir wenig vorstellen.

Punkt 4, Unterstützung potenzieller Bewerberinnen bei der Grundstücks- und Wohnungssuche in Schulnähe: Dazu müsste man sich zunächst überlegen und es vielleicht auch infrage stellen, ob es überhaupt sinnvoll ist, in Schulnähe zu wohnen.

(Heiterkeit)

Denn auch die Ärzte wohnen beispielsweise nicht gerne in Praxisnähe. Außerdem muss man berücksichtigen, dass die meisten Bewerberinnen und Bewerber bereits in Köln wohnen; denn es lohnt sich finanziell gar nicht, von irgendwoher nach Köln zu kommen, um hier eine Schulleiterstelle anzunehmen. Wir haben eben erfahren, welche „Belohnung“ man dafür bekommt: Sie beträgt 132 Euro - so genau war ich darüber gar nicht informiert.

Die Grünen schließen sich dem erneuten Versuch einer Resolution an. Versuchen wir es also noch einmal. Die Punkte 1 bis 4 des CDU-

Antrages lehnen wir ab. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Ulke. Frau Gebauer spricht für die FDP-Fraktion, bitte.

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie machen es uns hier nicht einfach; aber wir als FDP versuchen jetzt, das Beste daraus zu machen.

Vakante Schulleiterstellen landauf, landab sind weder ein durch die jetzige Landesregierung verursachtes Problem noch ein rein Kölsches Phänomen. An den Schulen ist seit geraumer Zeit bundesweit und somit natürlich auch in Nordrhein-Westfalen und in Köln vieles im Umbruch, und das ist gut so. Direktoren und Direktorinnen stehen vor neuen Herausforderungen. Im Vergleich zu den neuen Anforderungen fehlt nicht nur, aber auch - der finanzielle Anreiz; darauf wurde hier schon mehrfach hingewiesen. Hier muss vonseiten der Landesregierung auf alle Fälle nachgebessert werden.

Die zum Teil zähe Suche nach Bewerbern hängt aber auch mit der Altersstruktur und dem immer noch hohen Frauenanteil vieler Lehrerkollegien insbesondere an Grundschulen zusammen. Ein großer Anteil der jungen Lehrer und Lehrerinnen ist mitten in der Familienplanungsphase und setzt den Schwerpunkt anders, und viele ältere Pädagogen wollen nicht mehr als Schulleiter einsteigen. Vielmehr ist das Interesse von älteren Lehrerinnen und Lehrern am Angebot der Altersteilzeit deutlich stärker.

Meine Damen und Herren, gemäß STELLA - hier findet man im Internet die Stellenausschreibungen für Funktionsstellen - haben wir in Köln, Stand gestern, 13 freie Stellen, davon sechs Rektorenstellen und sieben Konrektorstellen, welche sofort zu besetzen sind. Im Vergleich dazu gibt es in Düsseldorf sieben freie Stellen und in Duisburg fünf. Köln nimmt also hier keine besonders hervorzuhebende Rolle ein. Trotzdem muss diesem Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage Abhilfe geschaffen werden; denn unter einer nicht besetzten Schulleiterstelle leidet am Ende das schwächste Glied in der Kette, nämlich der Schüler beziehungsweise die Schülerin. Die Konsequenzen daraus sind bekannt.

Der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen sind diese Zustände nicht entgangen. Mit der am 18. Juni aufgehobenen Beförderungssperre für Schulleitungen ist bereits ein Anfang, ein Schritt in die richtige Richtung gemacht worden. Auch die beiden Beschlüsse des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 15. und 20. Februar dieses Jahres in Sachen „Hausbewerber“ - die Schulfachleute wissen, was sich hinter diesem Begriff verbirgt - lassen vermuten und hoffen, dass § 61 Abs. 1 des Schulgesetzes und dessen Konsequenzen noch einmal überdacht werden.

In der Zwischenzeit aber dürfen wir hier vor Ort die Hände nicht in den Schoß legen, sondern müssen das, was in unserer Macht steht, konsequent verfolgen und umsetzen. Hier setzt der CDU-Antrag an und gibt Möglichkeiten der Linderung der jetzigen Situation vor.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich von einem kurzen Ausflug an die Internationale Schule in Neuss berichten, die ich am Wochenende besuchen durfte. Es gibt viel mehr Möglichkeiten, als wir ahnen, wie man Schule noch besser gestalten kann. Zum Beispiel werden an der Internationalen Schule in Neuss die Klassenarbeiten gemeinsam geschrieben. Das heißt, dass ein Lehrer nicht nur eine Klasse beaufsichtigt, sitzt und ab und zu schaut, was die Kinder so machen. Vielmehr werden mehrere Klassen zusammengefasst, und eine Person - das muss nicht einmal ein Fachlehrer sein - beaufsichtigt die Kinder, während sie ihre Arbeiten schreiben. Die anderen Lehrer können in der Zwischenzeit ihr Potenzial als Lehrer nutzen. Ein zweites Beispiel ist, dass auch die Pausenaufsicht nicht von einem Fachlehrer übernommen werden muss. Denn das kann auch jemand machen, der nicht zum Lehrerkollegium gehört.

Im Rahmen des Projektes „Selbstständige Schule“, das nun seine gewünschte Fortsetzung findet, müssen auch Veränderungen am bisherigen schulinternen Management vorgenommen werden. Der Weg hin zu einer Erhöhung der Leitungsstunden bei gleichzeitigem Abbau von Verwaltungsaufgaben, wie von SPD und Grünen gefordert, geht aber in eine andere Richtung, als die Landesregierung durch die Fortführung des Projektes „Selbstständige Schule“ vorgegeben hat beziehungsweise für die Zukunft vorgibt. Auch in den Empfehlungen, die der Abschlussbericht des Modellvorhabens „Selbstständige Schule“ im Februar 2008 für die Modellregion Köln wiedergibt, findet Ihr Vorschlag keinen Niederschlag.

Ich denke, wir alle sind uns einig, dass wir in Sachen Schulleiterbesetzung etwas verbessern müssen. Deshalb will ich Ihnen folgenden Vorschlag unterbreiten: Wir würden Punkt 5, so wie von der SPD vorgeschlagen, übernehmen, nicht jedoch den Einschub „etwa durch Erhöhung der Leitungsstunden bei gleichzeitigem Abbau von Verwaltungsaufgaben“. Dieser Einschub wäre zu streichen. Dann könnten wir den Antrag zur Abstimmung stellen. Danke schön.

(Beifall bei der FDP sowie von
Winrich Granitzka [CDU])

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Gebauer. Frau Demirel hat sich gemeldet.

Özlem Demirel (Die Linke.Köln) Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der CDU ist für uns in seiner Gänze nicht tragbar. Das Kernproblem bei den vakanten Schulleiterstellen in Köln liegt zum größten Teil an der schlechten Bezahlung.

Wie eben schon gehört, macht der Sprung vom Lehrer zum Schulleiter an einer Schule, die mehr als 180 Schülerinnen und Schüler hat, in der niedrigsten Stufe 330 Euro und in der höchsten Stufe lediglich 410 Euro brutto aus. Was nach den Abzügen übrig bleibt, rechtfertigt die Mehrarbeit nicht. Hat eine Schule weniger als 180 Schülerinnen und Schüler, erhält der Schulleiter weiterhin sein normales Lehrergehalt plus den erwähnten Zuschlag. Erst ab 360 Schülerinnen und Schüler erhöht sich die Zuzahlung. An der Bezahlung der Schulleiter muss sich definitiv etwas ändern; das haben auch meine Vorredner schon gefordert. Das Land muss hier, um eine bessere Entwicklung herbeizuführen, tiefer in die Tasche greifen.

An anderer Stelle verschlechtert die Politik die Arbeitsbedingungen an den Schulen noch. Die Auflösung der Grundschulbezirke, eingeleitet durch die Landesregierung, hat beispielsweise dazu geführt, dass Schulen verstärkt untereinander im Wettbewerb stehen. Hinzu kommen Aufgaben wie die Selbstdarstellung der Schule im Internet und Maßnahmen, um die Attraktivität zu erhöhen.

Neben den tagtäglich steigenden Aufgaben und Herausforderungen an die Institution Schule müssen Schulleiterinnen und Schulleiter auch dafür Sorge tragen, genug Anmeldungen zu bekommen. Zu ihren pädagogischen Aufgaben

kommen noch viele weitere hinzu, von denen einige meines Erachtens sehr fragwürdig sind. Alle diese Aufgaben zu koordinieren, kostet Zeit, die Schulleiter und Schulleiterinnen nicht haben, wenn sie ihre pädagogische Aufgabe erfüllen wollen. Deshalb mehr Zeit für Leitungsaufgaben und Entlastung von Verwaltungsaufgaben zu fordern, ist der richtige Weg. Aus diesem Grund werden wir dem Änderungsantrag von SPD und Grünen zustimmen.

Meine Damen und Herren, um potenziellen Schulleitern und Schulleiterinnen tatsächlich Anreize zu geben, muss die gesamte Situation an unseren Schulen umgekrempelt werden. Um die Arbeitsbedingungen und die Lernsituation an den Schulen zu verbessern und ein anderes Klima zu schaffen, müssen die Schulen sowohl personell, materiell als auch finanziell besser ausgestattet sein.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Sollen die auch noch etwas lernen?)

Dies gilt von der Ausstattung für den Unterricht bis hin zu den Lerninhalten und der Zielsetzung für die Institution Schule. Nicht nur in Worten, sondern auch an der inhaltlichen Ausgestaltung muss sich etwas ändern.

Es sollte die Schule als ein Ort angestrebt werden, an dem man sich wohlfühlen und Spaß haben kann. Nicht die Konkurrenz und der Leistungsdruck sowohl für Schülerinnen und Schüler als auch für die Institution Schule, wie wir es im Moment erleben, sollten im Vordergrund stehen. Vielmehr sollte die Schule als ein Ort der Zusammenkunft, des Lernens und der Selbstentfaltung in einer solidarischen Zusammenarbeit begriffen werden. Diese Entwicklung können wir leider bisher nicht feststellen.

Schülerinnen und Schülern, Schulleiterinnen und Schulleitern sowie Lehrerinnen und Lehrern sollte Schule Spaß machen. Es sollte Spaß machen, an der Schule zu lernen, zu arbeiten und zu unterrichten. Mit der Entwicklung der letzten Jahre wurden den Schulen immer mehr Aufgaben übertragen. Die zur Erfüllung dieser Aufgaben notwendigen Rahmenbedingungen wurden jedoch nicht geschaffen; ein Beispiel hierfür ist die Umwandlung von Grundschulen in OGTS.

All das trägt natürlich zur Frustration bei. All das sind Gründe, warum sich viele Lehrerinnen und Lehrer nicht um eine Schulleiterstelle bewerben. Die Linke glaubt nicht, dass eine bessere Arbeitsplatzausstattung, zum Beispiel ein besserer PC oder ein größeres Büro, die Stellenwahl be-

einflussen kann. Statt nur an der Oberfläche zu kratzen, sollten wir langfristig und nachhaltig zur Verbesserung dieser Situation beitragen. Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Der weitergehende Antrag ist eindeutig der Antrag der CDU. Deshalb stimmen wir über diesen zuerst ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Dafür sind die CDU, pro Köln und ich. Enthaltungen? - Gibt es bei der FDP. Dann ist der Antrag mit Mehrheit so abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag von SPD und Grünen. Die FDP hatte dazu eine Änderung vorgeschlagen.

(Franz Philippi [SPD]: Wir würden die Änderungen der FDP übernehmen!)

- Danach wollte ich gerade fragen. - Dann können wir das zusammenziehen. Wer für den Änderungsantrag von SPD und Grünen einschließlich der von der FDP vorgeschlagenen Änderung, diesen einen Einschub zu streichen, ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind SPD, Grüne, FDP, Linke und Herr Dr. Müser. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.5 auf:

2.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Resolution des Rates der Stadt Köln zur Krankenhausfinanzierung - Aufhebung der gesetzlichen Deckelung des Krankenhausbudgets“ AN/1303/2008

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/1396/2008

Dazu liegt ein Änderungsantrag von SPD und Grünen vor.

Für die antragstellende Fraktion spricht Herr Kellner.

Michael Kellner (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Demonstration der im Pflegebereich Be-

schäftigten für eine menschenwürdige Pflege am 17. Mai in Köln hat die Fraktion Die Linke.Köln zum Anlass genommen, diesen Antrag zu stellen. Auf dieser Demonstration wurde deutlich, dass sich die Arbeitsbedingungen für die im Pflegebereich Beschäftigten auch in Köln dramatisch verschlechtert haben. Darauf hat auch der LVR in einer Resolution hingewiesen, die von allen Parteien unterschrieben wurde.

Wie ist es zu dieser Situation gekommen? Seit 16 Jahren ist das Krankenhausbudget an die Entwicklung der beitragspflichtigen Einnahmen der Krankenkassenmitglieder - das ist mit dem Begriff „Grundlohnsummensteigerung“ gemeint - gebunden und damit gedeckelt. Die sogenannte Veränderungsrate der beitragspflichtigen Einnahmen gilt als Obergrenze für die Erhöhung des Krankenhausbudgets des folgenden Jahres. 1993 wurde diese Deckelung als kurzfristige Bremse gegen die steigenden Ausgaben der Krankenhäuser eingeführt. Man wollte damit Beitragsstabilität erreichen. Die Deckelung sollte allerdings nach einer ausdrücklichen Versicherung der damaligen Bundesregierung nur bis 1995 gelten. Sie wurde aber bis heute in verschiedenen Modifikationen fortgeführt und sogar verschärft.

Von 1996 bis 2005 wurden insgesamt 100 000 Vollzeitstellen im Krankenhausbereich abgebaut. Beitragsstabilität wurde allerdings nicht erreicht. Im Gegenteil: Massive Preissteigerungen und die letzte Tarifrunde führen bis zum kommenden Jahr zu einer Kostenlawine von 8 Milliarden Euro. 4,2 Milliarden Euro Personalkostensteigerung und gestiegene Sachkosten, vor allem für Energie und Lebensmittel, in Höhe von 3,8 Milliarden machen diese Summe aus. Die Einnahmen betragen dagegen nur 1 Milliarde Euro. Das Kosten-Einnahmen-Verhältnis beträgt acht zu eins zulasten der Krankenhäuser und ist über Einsparungen nicht finanzierbar.

An der Schraube der Sparmaßnahmen im Pflegebereich wird längst gedreht, auch in Köln. Immer mehr Patienten müssen versorgt werden, während die Anzahl des Pflegepersonals gleich bleibt. Die verkürzten Liegezeiten haben eine steigende Arbeitsverdichtung und -belastung des Personals zur Folge. Die Qualitätsstandards der Kliniken in Köln zum Beispiel können nach Aussage von Betroffenen nur durch enormen Mehreinsatz des Personals gehalten werden. Nach einer bundesweiten Umfrage klagt inzwischen jeder zweite Patient über mangelnde Betreuung durch Ärzte und Pflegekräfte.

Für zahlreiche Krankenhäuser stellt sich zunehmend die Existenzfrage. Bundesweit schreibt ein Drittel aller Krankenhäuser rote Zahlen. Das Outsourcen ganzer Betriebsbereiche von Krankenhäusern ist die Folge. So wurde zum Beispiel in den Kliniken in Köln die halbe Reinigung ausgegliedert, ein Bereich, der im Krankenhaus lebenswichtig ist. Auch das Labor ist inzwischen ausgegliedert worden. Im Callcenter im EDV-Bereich arbeiten inzwischen Studenten und Studentinnen für 400 Euro pro Monat. Das sind klägliche und unserer Ansicht nach unverantwortliche Versuche, die Finanzierung besser in den Griff zu bekommen. So geht es nicht.

Es gibt noch einen anderen Aspekt, der an dieser Stelle erwähnt werden muss. Die Deckelung des Krankenhausbudgets steht im Widerspruch zu zentralen Zielen der staatlichen Krankenhauspolitik. Das Grundgesetz verpflichtet den Staat zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung mit leistungsfähigen Krankenhäusern. Auch das Krankenhausfinanzierungsgesetz schreibt die wirtschaftliche Sicherstellung von Krankenhäusern ausdrücklich vor. Nicht die Beitragsstabilität darf Ziel staatlicher Krankenhauspolitik sein, sondern die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Krankenhausversorgung der Bevölkerung. Nicht die Kosten, sondern die Menschen müssen im Mittelpunkt unseres Handelns stehen. Darauf weist das Leitbild der Kliniken der Stadt Köln gGmbH ausdrücklich hin.

Die Fraktion Die Linke.Köln ist mit den zuständigen Gewerkschaften der Meinung, dass schnelles Handeln notwendig ist. Die bisherige Praxis, das jährliche Krankenhausbudget an die Grundlohnsummensteigerung zu koppeln und damit zu deckeln, muss entfallen, und die erhöhten Kosten und Entgelte müssen refinanziert werden.

SPD und Grüne haben einen Änderungsantrag gestellt, den wir im Wesentlichen teilen und unterstützen können. Uns fehlte aber die eindeutige Forderung nach der Aufhebung der Deckelung. Wir schlagen deshalb vor, dass beide Anträge zusammengeführt werden. Das ist mittlerweile auch geschehen; denn den von uns vorgeschlagene Punkt 1 finden Sie in grammatikalisch leicht abgewandelter Form im Punkt 1 des Antrags von SPD und Grünen wieder. Die Fraktion Die Linke.Köln bittet allerdings darum, dies im Protokoll zu vermerken. Dann werden wir dem Antrag von SPD und Grünen auch gerne zustimmen. Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ziehen Sie damit Ihren Antrag zurück? -

(Michael Kellner [Die Linke.Köln]: Nein!)

- Ja?

(Zuruf: Er hat Nein gesagt! - Michael Kellner [Die Linke.Köln]: Es muss ja zunächst über den Änderungsantrag abgestimmt werden!)

- Gut.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Das ist eh alles abgeschrieben! Wir haben den nur woanders abgeschrieben!)

Das haben Sie eh abgeschrieben. Ich habe diesen Antrag wortwörtlich schon zweimal im Städtetag gesehen, und zwar am 22. April und noch einmal am 5. Mai. Haben Sie den jetzt *noch einmal* abgeschrieben? Ich kann denen doch nicht noch ein drittes Mal schreiben; ich bin doch in all diesen Gremien vertreten.

(Zuruf von Jörg Detjen
[Die Linke.Köln])

- Sie wollten doch, dass ich dorthin schreibe, Herr Detjen; Sie müssten das doch wissen. Warum haben Sie das bei uns abgeschrieben? Es lohnt nicht, hier eine Resolution zu verabschieden; denn das ist längst beschlossen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Zum Änderungsantrag von SPD und Grünen spricht nun Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen! Meine Herren! Gesundheit ist ein hohes Gut, und weil das so ist, ist die Sorge um die Gesundheit ihrer Bürger eine der vornehmsten Aufgaben der öffentlichen Hand. Unabdingbar für diese Gesundheitsfürsorge ist ein Netz funktionierender und gut ausgestatteter Krankenhäuser. Wir in Köln haben ein solches Netz und wollen, dass das auch so bleibt. Das ist heutzutage leider nicht mehr selbstverständlich; denn um die Krankenhäuser in Deutschland muss man sich mittlerweile Sorgen machen.

Nach Schätzungen des RWI werden über die Hälfte aller Krankenhäuser in 2008 mit einem deutlichen Defizit abschließen. Das liegt - das lässt sich zumindest für unsere Kölner Kliniken, egal in welcher Trägerschaft, sagen - nicht dar-

an, dass etwa schlecht gewirtschaftet oder gar verschwendet würde. Nein, die Krankenhäuser in Köln und in unserer Region haben ihre Hausaufgaben gemacht. Spätestens seit Einführung des DRG in 2003 haben die meisten Kliniken ihre Kosten durch Rationalisierung und Arbeitsverdichtung gesenkt. Das war und das ist gut so, weil Gesundheit bezahlbar bleiben muss.

Jetzt aber ist vielerorts das Ende der Fahnenstange erreicht. Weitere Einsparungen sind nur noch auf Kosten der Qualität und auf dem Rücken der Mitarbeiter zu machen. In dieser Situation werden die Krankenhäuser im Regen stehen gelassen, obwohl die wirtschaftliche Sicherstellung von Krankenhäusern gesetzlicher Auftrag ist.

Die Tarifabschlüsse und die drastisch gestiegenen Kosten für Energie und Material werden allein in 2008 zu einer Mehrbelastung von circa 2,3 Milliarden Euro für alle Krankenhäuser in Deutschland führen. Diese Mehrbelastung können die Krankenhäuser aber nicht wie zum Beispiel die Deutsche Bahn AG durch erhöhte Preise gegenfinanzieren. Zur Refinanzierung steht den Krankenhäusern bundesweit lediglich - wir haben es eben gehört - eine Budgeterhöhung von 0,64 Prozent zu, wovon 0,5 Prozent gleich wieder von den Krankenkassen als Sanierungsbeitrag einkassiert werden, sodass unterm Strich gerade einmal 100 Millionen Euro für alle Krankenhäuser Deutschlands übrig bleiben. Das reicht vorne und hinten nicht. Das treibt grundlegende Kliniken in den Ruin.

Nicht viel besser sieht es im Bereich Investitionsförderung aus. Bei den dringend notwendigen Investitionen in Gebäude und Infrastruktur drückt die Krankenhäuser mittlerweile viel mehr als nur der Schuh. Auch die jetzt von der Landesregierung zugesagten jährlichen Investitionszuschüsse lassen in vielen Häusern zum einen noch immer auf sich warten, zum anderen werden sie auch nicht ausreichen, den aufgebauten Investitionsstau abzubauen.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch ein Wort zur Versorgung der gerontopsychiatrischen Patienten in Köln sagen. Die drei vorhandenen Einrichtungen reichen nicht aus, um die immer größer werdende Anzahl von gerontopsychiatrischen Patienten in Köln zu versorgen. Schon jetzt müssen Patienten aus dem Kölner Norden nach Langenfeld gebracht werden, obwohl in Chorweiler ein Bauhof für den Klinikbau bereit steht. Wir fordern deshalb alle Beteiligten auf, schnellstmöglich ei-

ne Einigung über den Bau zu erreichen und diesen endlich zu beginnen.

Ich fasse zusammen: Eine Änderung der Krankenhausfinanzierung tut dringend Not. Insoweit stimmen wir mit dem Antrag der Linken überein. Deshalb haben wir die im Antrag der Linken enthaltenen Punkte 1 und 2 inhaltlich in unseren weiterführenden Änderungsantrag übernommen. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie von Arif Ünal
[Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Paetzold. Nächste Rednerin ist Frau Gärtner.

Ursula Gärtner (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zunächst eine allgemeine Vorbemerkung zum Änderungsantrag von SPD und Grünen: Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass Sie Ihren Antrag nur deshalb gestellt haben, weil Sie sich wieder einmal nicht getraut haben, einen Antrag der Linken abzulehnen; denn etwas wirklich Neues steht in Ihrem Antrag nicht.

(Beifall bei der CDU)

Nun zu den Inhalten: Punkt 1 Ihres Antrags befasst sich mit der Kopplung des Krankenhausbudgets an die Grundlohnsummensteigerung. Wir sind inhaltlich mit Ihnen einer Meinung, nämlich dass die Kopplung aufgehoben werden muss. Nur - der Oberbürgermeister hat es schon erwähnt -, der Städtetag hat dazu bereits eine Resolution verfasst. Das heißt, ein sehr bedeutendes Gremium, dem unsere Stadt angehört, hat sich eindeutig positioniert. Deshalb halten wir es für völlig überflüssig, das heute noch einmal zu beschließen.

Wenn wir uns generell mit gesundheitspolitischen Themen, die der Bund zu verantworten hat, hier im Rat befassen wollten, dauerte jede unserer Sitzungen sicherlich drei Stunden länger; denn dazu gäbe es manches zu sagen. Was aber schon erledigt ist, sollte man nicht noch einmal beschließen. So weit zum ersten Punkt.

(Beifall bei der CDU sowie von Marco Mendorf [FDP])

Bezüglich Punkt 2 Ihres Antrages gehen wir mit Ihnen überhaupt nicht konform. Das Land Nordrhein-Westfalen hat das Verfahren der Kranken-

hausfinanzierung, das die rot-grüne Landesregierung jahrzehntelang durchgezogen hat, dankenswerterweise umgestellt. Als Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, die Verantwortung in Düsseldorf trugen, haben Sie einen unermesslichen Stau bei den notwendigen Investitionen entstehen lassen und keine Mittel dafür bereitgestellt, diesen abzubauen. Jetzt jammern Sie uns vor, wie schrecklich das alles sei, und das obwohl Sie selber jahrzehntelang nichts dagegen unternommen haben. Unsere Landesregierung hat jetzt eine Umstellung vorgenommen. Sie aber meinen, das alles müsste wieder geändert werden. Sie wollen das Rad zurückdrehen. Doch was jetzt eingeführt worden ist, ist genau richtig.

Künftig wird es eine Baupauschale geben, deren Höhe sich unter anderem nach der erbrachten Krankenhausleistung richtet. In die Bewertung fließt nun auch die Zahl und die Schwere der erbrachten Krankenhausleistungen ein. Damit entfällt die Durchführung eines aufwendigen Genehmigungsverfahrens, was manchmal dazu geführt hat, dass die Planung schon überholt war, wenn die Bauten errichtet wurden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Kinder- und Jugendpsychiatrie in Holweide. Da betrug der Vorlauf 15 Jahre, und am liebsten hätte man nun schon vom Raumprogramm her - etwas anderes dorthin gebaut. Ehe die Klinik in Betrieb genommen werden konnte, war der Bau schon nicht mehr zeitgemäß.

Das ändert die Landesregierung jetzt, indem künftig nicht nur einige wenige - vielleicht 50 pro Jahr -, sondern alle 413 nordrhein-westfälischen Krankenhäuser eine Baupauschale erhalten, die sich an der Krankenhausleistung orientiert. Damit haben sie nicht nur selbst die Möglichkeit, zu entscheiden, wofür sie das Geld ausgeben, sondern wissen vorher, wie viel Geld ihnen zur Verfügung stehen wird, sodass sie besser planen können. Unsere Landesregierung hat damit einen ganz wichtigen Schritt in die richtige Richtung hin zu Entscheidungsfreiheit und Planungssicherheit gemacht.

Aus diesem Grund können wir Ihrem zweiten Punkt nicht zustimmen; denn natürlich müssen die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Das geschieht bereits, nämlich durch ein richtungweisendes neues System. Da wir auch Ihrem zweiten Punkt nicht zustimmen können, müssen wir Ihren Antrag in Gänze ablehnen.

(Beifall bei der CDU sowie von Marco Mendorf [FDP])

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Gärtner. Herr Mendorf spricht für die FDP.

Marco Mendorf (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch wir werden beide Anträge ablehnen, und zwar aus folgenden Gründen:

Wir teilen einige Punkte der Problemanalyse bezüglich der Unterfinanzierung der Krankenhäuser, insbesondere der Häuser, die sich in kommunaler Trägerschaft befinden. Allerdings muss man dafür auch die Gründe benennen. Es kam nicht klar heraus, dass aufgrund der Gesundheitspolitik der letzten Jahre enormer Kostendruck an die Träger weitergereicht worden ist. Die Gesundheitsreform 2007 der Großen Koalition hat diesen Druck noch einmal deutlich verstärkt. Der Sanierungsbeitrag von 0,5 Prozentpunkten, der von den Trägern zu erbringen ist, soll wieder abgeschafft werden. In diesem Punkt sind wir uns einig.

Aber, meine Damen und Herren, wir haben nicht nur die vorhandene Resolution des Städte- und Gemeindebundes; die hätte ich auch abschreiben können. Die FDP-Bundestagsfraktion hat im Deutschen Bundestag einen Antrag gestellt, und dort kann auch darüber abgestimmt werden. Dieser Antrag weist eine ähnliche Stoßrichtung auf, nämlich mehr Wettbewerb und adäquate Finanzierung für die Krankenhäuser. Diesem Antrag können alle Fraktionen des Deutschen Bundestages zustimmen. Der Bundesgesetzgeber hat nämlich die Handlungsfähigkeit darüber und nicht der Rat der Stadt Köln. Der Resolution des Städte- und Gemeindebundes schließen wir uns an und verweisen auf die Debatte im Deutschen Bundestag. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Mendorf. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den gemeinsamen Änderungsantrag von SPD und Grünen, in den der Antrag der Linken involviert ist. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke und pro Köln. Enthaltungen? - Gibt es keine. Der übrige Rat ist dagegen. Dann ist der Antrag mit Mehrheit so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.6 auf:

2.1.6 Antrag von Ratsmitgliedern Dr. Müser (Kölner Bürger-Bündnis) betreffend „Leitlinien für Aufsichtsratsmitglieder“ AN/1165/2008

Wir haben Ihnen inzwischen die Unterlagen zukommen lassen. Bitte schön, Herr Dr. Müser.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Kölner Bürger-Bündnis hat Ende letzten Jahres im Finanzausschuss die Anfrage gestellt, ob und wie die Verwaltung sicherstellt, dass Aufsichtsratsmitglieder ihr Mandat sach- und fachgerecht erfüllen. Die Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage lautete, dass es Sache der Aufsichtsratsmitglieder und der Gesellschaften sei und die Verwaltung damit nichts zu tun habe.

Daraufhin haben wir nachgeforscht, ob das andere Gemeinden und Bundesländer ähnlich oder ob sie es anders sehen. Wir haben herausgefunden, dass es in anderen Gemeinden und Bundesländern sogenannte Leitfäden gibt, die den Aufsichtsratsmitgliedern die an sie gestellten Erwartungen deutlich machen. Diese Leitfäden waren der Anstoß zum hier vorliegenden Antrag.

Nachdem wir unseren Antrag eingereicht hatten, erhielt ich einen Anruf aus dem Büro des Oberbürgermeisters. Mir wurde mitgeteilt, dass es solche Leitlinien selbstverständlich auch für Köln gebe. Ich möchte dem Büro des Oberbürgermeisters danken, dass es mir diese Leitlinien zugeleitet und damit den Malus der Verwaltung bezüglich der Beantwortung der Anfrage behoben hat.

Die Analyse der Leitlinien der Verwaltung hat ergeben, dass es sich hier um einen vor allem juristisch sehr umfangreichen Ansatz handelt, der aber bezüglich der Themenstellung - das war ja der Anlass unseres Antrags - ergänzt werden muss. So heißt es in den Leitlinien der Stadt Köln: Die Rechtsprechung verlangt, dass bereits bei Amtsantritt Mindestkenntnisse allgemeiner wirtschaftlicher, organisatorischer und rechtlicher Art vorhanden sein müssen, um alle normalerweise anfallenden Geschäftsvorgänge auch ohne fremde Hilfe und sachgerecht beurteilen zu können. Diese Mindestkenntnisse umfassen Kenntnisse, um die normalerweise dem Aufsichtsrat vorliegenden Berichte des Vorstandes und der Ausschüsse verstehen, bewerten und daraus Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Das, meine Damen und Herren, ist von der Inhaltlichen Seite nicht genug und kaum konkret.

Hier bieten die Leitlinien, die wir in unserem Antrag angeführt haben, wesentlich konkretere Informationen. Zum Beispiel stellen sie darauf ab, dass die kritischen Erfolgs- und Risikofaktoren des Unternehmens erkannt werden müssen. Es müssen auch Zusammenhänge und Veränderungen in ihrer Entwicklung zutreffend beurteilt werden können. Ich will hierzu Punkte wie Einfluss des relevanten Unternehmensumfeldes, gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen sowie die Branchensituation nennen.

Andere Bundesländer und Kommunen haben ihre Leitlinien und damit auch ihre Ansprüche wesentlich konkreter gefasst, als die Stadt Köln es in ihren Leitlinien formuliert hat.

(Zuruf von Götz Bacher [SPD])

In einer der letzten Ratssitzungen kam heraus, dass die Verwaltung der irrigen Ansicht - das ist meine Schlussfolgerung daraus - unterliegt, dass an kommunale Aufsichtsratsmitglieder nicht so hohe Ansprüche wie an Vertreter privatwirtschaftlicher Unternehmen zu stellen seien, weil diese ja ehrenamtlich tätige Aufsichtsräte seien.

Dazu möchte ich Sie den Standpunkt von Christian Strenger, Mitglied der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex, wissen lassen, der klargestellt hat, dass bezogen auf öffentliche Unternehmen mindestens ein Drittel und damit eine nicht so leicht überstimmbare Zahl von Vertretern vorhanden sein müsse, die den fachlichen Ansprüchen genüge.

Zwischen den Ansprüchen, die die Verwaltung in ihren Leitlinien zum Ausdruck bringt, in denen immer nur von einem Mindestmaß die Rede ist, und dem, was von der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex als Mindestmaß formuliert wird, besteht ein eklatanter Unterschied. Diesen Unterschied gilt es zu überbrücken.

Zum zweiten Punkt unseres Antrags. Die Leitlinien dürfen nicht diesen unverbindlichen Charakter haben, den sie augenscheinlich haben. Das zeigt der Umstand, dass auf die Anfrage hin von der Verwaltung nicht die Notwendigkeit gesehen wird, auf diese Leitlinien zu verweisen. Vielmehr wird lediglich allgemein unterstellt, dass jedem hier bekannt sei, dass diese verbindlich seien. So stelle ich mir das nicht vor. Unser Antrag beinhaltet daher die Forderung, diese Leitlinien in das Stadtrecht zu übernehmen. Damit käme

ganz klar zum Ausdruck, welche verbindlichen Ansprüche die Kommune an die Aufsichtsratsmitglieder stellt. Vielen Dank.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Müser. Herr Stadtkämmerer Peter Michael Soénius hat das Wort.

Stadtkämmerer Peter Michael Soénius: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Aufgrund dieser längeren Ausführungen des Ratsmitglieds sehe ich mich veranlasst, einige Bemerkungen zu machen. Glücklicherweise hat Herr Dr. Müser klargestellt, dass sein ursprüngliches Nichtwissen inzwischen durch Überreichung des Leitfadens der Stadtverwaltung durch den Oberbürgermeister behoben wurde. Das finde ich gut.

Er hat hier aber auch rekuriert, der Leitfaden würde nicht ausreichen. Dem muss ich widersprechen; denn unser Leitfaden berücksichtigt nicht nur die Punkte der von Ihnen angeführten Quelle voll umfänglich, sondern ist, wie ich finde, noch besser.

Darüber hinaus sehe ich mich veranlasst, Herrn Dr. Müser zu berichtigen. Einen verbindlichen Leitfaden vorzugeben, ist rechtlich nicht möglich und, wie ich denke, auch nicht gewünscht. Es gibt nur die Möglichkeit, Handreichungen zu geben. Das haben wir getan; jedes Aufsichtsratsmitglied hat diese Handreichung bekommen. Wir haben Informationsveranstaltungen durchgeführt, die jedes Aufsichtsratsmitglied besuchen konnte. Darüber hinaus wird von jedem Ratsmitglied in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglied natürlich die Eigeninitiative gefordert, die auch sonst von ihm in seiner Tätigkeit erwartet wird. Das ist also nichts, was schwer zu vermitteln wäre.

Wir werden diesen Leitfaden, so uns das erforderlich erscheint, selbstverständlich fortschreiben. Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Soénius. Frau May, bitte.

Petra May (Einzelmandatsträgerin): Vielen Dank, Herr Kämmerer, für Ihre Ausführungen. - Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass allen Aufsichtsratsmitgliedern diese Leitlinien überreicht worden sind. Auch Frau Cromme vom Köl-

ner Bürger-Bündnis müsste ein Exemplar der Leitlinien bekommen haben. Darüber hinaus gab es auch bei der Informationsveranstaltung ausreichend Informationsmaterial aus dem Jahre 2006; das ist dieser dicke Reader.

(Die Rednerin hält ein Schriftstück hoch und zeigt es Dr. Martin Müser [Kölner Bürger-Bündnis])

Ich kann es dem Kollegen leihen, falls er das noch nicht haben sollte.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das müssen Sie hier doch nicht ankündigen, Frau May. Das können Sie ihm doch dezent übergeben.

(Heiterkeit)

Petra May (Einzelmandatsträgerin): Ich weiß schon, warum ich das mache.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: So eine öffentliche Belehrung tut Herrn Dr. Müser ja nicht gut.

Petra May (Einzelmandatsträgerin): Wenn jemand etwas für sich reklamiert, was jemand anders getan hat, dann weise ich lieber öffentlich darauf hin. Da bin ich für Klarheit.

Das eigentliche Problem, um das es hier geht, ist doch das Spannungsverhältnis zwischen den Aufgaben des Mandatsträgers und jenen des Mitgliedes eines Aufsichtsrates. Wem bin ich verpflichtet, dem Unternehmensinteresse oder dem öffentlichen Wohl? Dieses Thema wurde von den Ausführungen gar nicht berührt. Dabei wäre es wirklich interessant, diese Diskussion zu führen, um zu sehen, wie das rechtlich ausgelegt werden kann. Das wäre allerdings keine Diskussion, die der Herr Kämmerer anhand der Leitlinien klären könnte. Es ist eine interessante Frage, weil es in diesem Feld hin und wieder Konflikte geben kann, nämlich wenn sich jemand im Interesse der Stadt Köln, sprich: Allgemeinwohl, entscheidet, die Entscheidung aber nicht im Unternehmensinteresse liegt. Es gibt Ratsmitglieder, die schon in solche Konfliktsituationen geraten sind.

Man darf dabei nicht vergessen, dass ein Aufsichtsrat auch ein Kontrollorgan ist. Ich bin froh, dass der Rat damals meinem Antrag gefolgt ist, der Verwaltung den Auftrag zu geben, zu prüfen, ob man einen Unternehmenskodex für Köln erstellen sollte. Darin wird dann auch ein entsprechendes Kapitel, das die Aufsichtsratsmitglieder betrifft, enthalten sein. Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke, Petra May. Es gibt eine weitere Wortmeldung von Herrn Dr. Müser.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe noch eine Rückfrage an den Herrn Kämmerer: Ist es nicht so, dass diese Reihe zur Fortbildung der Aufsichtsratsmitglieder, die Sie angeboten haben und wo diese Unterlagen verteilt wurden, inzwischen mangels Interesse und Beteiligung eingestellt wurde? Da aber so gut wie kein Aufsichtsratsmitglied an der Reihe zur Fortbildung teilgenommen hat, haben diese die Unterlagen auch nicht erhalten. Meine Frage an die Verwaltung lautet dazu: Ist es nicht so, dass die auf mehrere Sitzungen angesetzte Reihe vorzeitig abgebrochen wurde?

Stadtkämmerer Peter Michael Soénus: Das ist mir in dieser Schärfe, die Sie hier an den Tag legen, nicht bekannt, Herr Dr. Müser. Tatsächlich haben wir Angebote gemacht, und wir werden auch weiterhin Angebote machen. Es steht eine Kommunalwahl vor der Tür. Nach der Wahl wird sich das Problem erneut, dann allerdings in Schärfe, stellen, weil wir danach hoffentlich viele neue Mandatsträger haben werden, die wahrscheinlich auch in die Aufsichtsräte gewählt werden. Wir werden dann mit dem nötigen Engagement, das die Ratsmitglieder auch mitbringen werden, handeln. Danke schön.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Sie müssen auch mal eine Schulung für die Gesellschafter machen!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Dr. Müser, zu Ihrer Ausführung habe ich noch einige Anmerkungen und daran anknüpfend eine Bitte:

Erstens wissen Sie jetzt - wir haben das schon immer gewusst -, dass wir bereits seit geraumer Zeit Leitlinien haben, von denen sich die Ratsmitglieder, sofern sie Aufsichtsratsmitglieder sind, leiten lassen sollen.

Zweitens wissen Sie jetzt, dass diese Leitlinien ausreichend sind, da sie das Spannungsverhältnis zwischen Kommunalrecht und Gesellschaftsrecht erklären.

Ich komme nun zur Bitte. Es wäre gut, wenn Sie Ihren Antrag jetzt zurückzögen; denn wir brauchen nicht erneut Leitlinien zu beschließen. Auch die Leitlinien aus Mecklenburg-Vorpommern würden uns nicht weiterbringen, weil das Thema sich erledigt hat.

Sie konnten das nicht wissen; denn als Sie noch mit Frau May in einer Fraktion waren, waren nicht Sie im Aufsichtsrat, sondern Frau May, und die hat die Leitlinien einfach mitgenommen.

(Heiterkeit)

Ich finde es auch nicht gut, dass sie Ihnen die Leitlinien nicht zurückgegeben hat. Aber das sollten wir doch nicht im Rat austragen. Diese Debatte ist wohl eher Ihrem Binnenverhältnis geschuldet, was zwar tragisch ist, aber nicht weiter Gegenstand im Rat sein sollte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Heiterkeit)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Müser spricht noch einmal.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das, was Frau May hier in den Raum gestellt hat, ist leider eine Fehlinterpretation. In unserem Antrag ging es überhaupt nicht um das besagte Spannungsverhältnis; denn dazu wird ja in den vorhandenen Leitlinien ausführlich Stellung bezogen. In unserem Antrag war nur von der Sicherstellung der sachlichen und fachlichen Ausführung der Arbeit die Rede. Von daher will ich den Sachverhalt hier noch einmal klarstellen. Dieses Spannungsverhältnis war und ist nicht Gegenstand unseres Antrages. Bei unserem Antrag geht es um die inhaltlichen Verbesserungen der Leitlinien; das habe ich Ihnen dargestellt. Danke.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich sehe, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Da Herr Dr. Müser seinen Antrag aufrecht hält, stimmen wir jetzt darüber ab. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Herr Dr. Müser. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.7 auf:

2.1.7 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Haus der Kulturen der Welt in Köln“ AN/1304/2008

Das ist ein spannendes Thema, an dem schon viele Leute arbeiten. Nun wollen wir hören, wie Sie darüber denken. Herr Professor Dr. Bögner hat sich zu Wort gemeldet.

Prof. Dr. Hans-Georg Bögner (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nach der Debatte zu Punkt 2.1.2, wie wir sie heute wieder erleben mussten, ist es umso wichtiger, einen Ort zu schaffen, an dem der kulturelle, interreligiöse und gesellschaftliche Dialog mit anderen Kulturen dieser Welt stattfinden kann. In der Debatte zu Punkt 2.1.2 kam wieder einmal die Ignoranz, die Verbohrtheit und zum Teil auch die Unkenntnis so zum Vorschein - das gilt zum Teil auch für die Debatten, die um den Bau der Zentralmoschee geführt worden sind -, dass man wirklich bedauert, dass es noch keinen Ort gibt, der durch Erkennen, durch Lernen, durch Begreifen und Verstehen die Erfahrung vermittelt, wie man andere Kulturen akzeptieren und mit ihnen gemeinsam leben kann.

(Martin Börschel [SPD]: Sehr richtig!)

Wir finden es richtig, dass wir uns hier darüber Gedanken machen, ein Haus der Kulturen der Welt auch hier in Köln zu etablieren. Herr Oberbürgermeister: Gute Ideen können durchaus mehrere Väter

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Und Mütter!)

und Mütter haben.

Die Frage ist nur, wer letztendlich die Hand über ein solches Projekt hält und es dann auch konsequent umsetzt. Es ist uns gelungen, im Doppelhaushalt 2008/2009 die ersten Finanzmittel für ein solches Haus der Kulturen der Welt bereitzustellen. Insgesamt sind dafür in den nächsten beiden Haushalten 240 000 Euro eingestellt worden.

Was soll mit diesem Geld passieren, meine Damen und Herren? Zunächst geht es darum, einen zentralen Ort dafür zu finden. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch, wenn ich hier für einen solchen Ort werbe. Das bedeutet nicht, dass es diesen Dialog bei verschiedenen Veranstaltungen dieser Stadt nicht gibt. Exemplarisch will ich hier die Bühne der Kulturen, die in den Kölner Bürgerhäusern geleistete Arbeit und die in Kooperation mit der Studiobühne stattfindenden Internationalen Theaterfestivals nennen. All das gibt es schon. Was es aber nicht gibt, ist ein Ort, der sich zentral mit den Kulturen dieser Welt auseinandersetzt und damit auch eine gewisse Internationalität in diese Stadt hineinbringt.

Wir schlagen nun vor, gemeinsam mit einer Institution, die seit vielen Jahren in der Bundeshauptstadt Berlin eine hervorragende Arbeit macht, nämlich dem Haus der Kulturen der Welt, diesen zentralen Ort zu entwickeln. „Gemeinsam entwickeln“ bedeutet aber nicht, dass hier nur eine Dependance entsteht, deren Programme von Berlin aus gestaltet werden. Wir wollen gemeinsam mit den Kräften dieser Stadt in einem Workshop-Verfahren ein Konzept entwickeln, um eine Programmatik für ein Haus der Kulturen der Welt in Köln zu präsentieren.

Wir stellen uns auch schon einen ganz konkreten Ort vor. Gemäß der Beschlussfassung über das Kulturzentrum am Neumarkt war vorgesehen, dass der Kunstverein mit in dieses Gebäude einzieht. Wie Sie wissen, sind mittlerweile andere Entscheidungen getroffen worden. Der Kunstverein ist nun im ehemaligen Gebäude des British Council untergebracht, und für die Kunsthalle gibt es andere Initiativen. Die erste temporäre Kunsthalle entsteht im Sommer am Ebertplatz. Im Kulturzentrum am Neumarkt ist dann also eine sehr große Fläche frei, auf der die Aktivitäten eines Hauses der Kulturen der Welt gebündelt werden können.

Wenn wir sagen, dass wir das gemeinsam mit allen Kräften entwickeln wollen, dann erhoffen wir uns nicht nur eine aktive Mitarbeit der im gleichen Gebäudekomplex angesiedelten Volkshochschule, sondern natürlich auch eine gute Zusammenarbeit mit den beiden Museen, die dort einziehen, nämlich mit dem Museum Schnütgen und insbesondere dem Rautenstrauch-Joest-Museum, dem Völkerkundemuseum. Das ist eine ideale Kombination. Allerdings soll das Haus der Kulturen der Welt auch keine Dependance eines dieser Museen sein, sondern eigenständig, mit eigener Programmatik versehen werden sowie in enger Abstimmung mit allen Akteuren arbeiten.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen, damit wir ein weiteres interessantes Leuchtturmprojekt mit internationaler Ausstrahlung und eine Plattform für den interkulturellen Dialog in Köln auf die Schiene setzen können. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Prof. Dr. Bögner. Frau Spizig spricht für die Grünen.

Angela Spizig (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir alle wissen, dass Köln eine Stadt mit einer 2 000-jährigen Migrationsgeschichte ist. Köln hat Einwohner aus 180 Nationen. Bei den Jugendlichen bilden Menschen mit Migrationshintergrund schon fast 50 Prozent unserer Gesellschaft ab. Köln ist die vielleicht einzige Stadt, die mit dem Lied vom Kölschen Stammbaum auch ein Karnevalslied hat, in dem gerade diese kulturelle Vielfalt besungen wird. Köln hat Toleranz und Integrationsfähigkeit, die häufig hervorgehoben und gelobt werden. Aber Köln hat auch eine Moscheedebatte hinter sich, die manchmal unerträglich war und gezeigt hat, dass wir uns diesem Thema viel stärker und intensiver zuwenden und es viel offensiver angehen müssen.

Wir Grünen sehen durch die Schaffung dieses Ortes die Möglichkeit, ein Forum zu bilden. Es soll ja auch die Forumsfläche dafür genutzt werden. Das Rautenstrauch-Joest-Museum ist bereits seit 2006 dabei, das Thema „kultureller Dialog“ zu bearbeiten. Wir haben diese Idee jetzt in unserem Antrag aufgegriffen und schlagen vor, das Thema in diesem Forum zu bearbeiten, was internationale Ausstrahlung entfalten soll und wodurch der internationale Austausch befördert werden kann.

Köln ist wunderbar aufgestellt; denn wir haben ganz viele Bereiche, Orte, Gruppierungen und Initiativen der unterschiedlichsten kulturellen Sparten, die international und interkulturell arbeiten. Diese wollen wir in die Zusammenarbeit und insbesondere auch in den gerade erwähnten großen Workshop miteinbeziehen. Wir wünschen uns, dass ein zentraler Ort geschaffen wird, der die Wichtigkeit des Themas betont. Gleichzeitig soll er in die Stadt und durch internationale Aktionen auch darüber hinaus ausstrahlen. Mit den internationalen Aktionen wird unseren Gruppierungen, Künstlern und Künstlerinnen die Mög-

lichkeit gegeben, außerhalb von Köln anders aufzutreten. Wir wünschen uns natürlich auch, dass dort intellektuelle, politische und inhaltlich anspruchsvolle Debatten stattfinden können. Wir sind der Meinung, dass sich ein solcher Ort dafür gut eignen würde.

Natürlich haben wir die Verwaltung gebeten, zu prüfen, inwieweit dort auch Bundes- und Stiftungsmittel einfließen können. Wir wollen für die Akteure, die wir in unserer Stadt haben, keinesfalls eine Konkurrenzsituation schaffen. Vielmehr soll dieser Ort eine wunderbare Ergänzung sein. Deswegen bitte ich Sie darum, unserem Antrag zuzustimmen. Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Bürgermeisterin Spizig. Herr Dr. Lemper, bitte.

Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Haus der Kulturen der Welt ist eine sehr sinnvolle und gute Idee. Der Antrag, den Sie hier eingebracht haben, ist aber völlig überflüssig.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wie kommt das denn?)

Er ist deswegen völlig überflüssig, weil all das, was Sie jetzt zum Haus der Kulturen vorgetragen haben - Sie hätten einmal Herrn Quander währenddessen sehen müssen -, bei der Verwaltung längst bekannt, in Vorbereitung und in Arbeit ist.

Lieber Herr Börschel, Sie waren ja zunächst als Redner zu diesem Thema vorgesehen, sozusagen als kulturpolitischer Gastarbeiter.

(Heiterkeit - Martin Börschel [SPD]: Sie wissen: Die können lange bleiben, Herr Lemper! Die sind hier heimisch geworden!)

Herr Professor Bögner hat das aber übernommen. Es ist schön, dass wir hier über dieses Thema diskutieren. Wir haben ja auch noch gar nicht so viel Zeit bei den heutigen Ratsversammlungen verbracht.

Das alles wird von der Verwaltung hervorragend vorbereitet. Das ist meine erste Feststellung. Ich bitte, dies hier zur Kenntnis zu nehmen.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Zweitens. Wenn Projekte viele Väter haben, ist das gar nicht gut. Mir ist es lieber, sie haben einen Vater. Der Vater dieses Projektes ist der Oberbürgermeister.

(Zurufe bei der SPD: Oh!)

- Doch. - Er hatte diese Idee. Er hat die Konzeption zum Haus der Kulturen entwickelt. Er hat viele Gespräche mit Berlin geführt; denn dort gibt es ja dieses Haus der Kulturen der Welt schon; das haben wir eben gehört. Er hat viele Gespräche mit dem Staatssekretär für Kultur vom Land Nordrhein-Westfalen geführt. Alles ist in guter Vorbereitung.

In dem Haushalt, den wir heute Vormittag verabschiedet haben, sind zunächst einmal 100 000 Euro für die Konzeption des Hauses der Kulturen eingestellt. Das können Sie nachlesen. Es steht dort auch, dass das Thema im Fachausschuss weiter vertieft werden soll. Diese Debatte jetzt ist ein Stück Proklamation.

(Martin Börschel [SPD]: Das hat Herr Bögner eingebracht!)

Aber wenn wir schon dabei sind, will ich Ihnen noch einmal einige Prinzipien deutlich machen.

Erstens. Es darf in der Tat keine Gegenveranstaltung zu den Aktivitäten sein, die wir im Hinblick auf Migration und kulturelle Vielfalt in der Stadt bereits haben. Das ist eine ganz wichtige politische Festlegung.

Zweitens. Es muss natürlich die Neukonzeption des Rautenstrauch-Joest-Museums in die Konzeption des Hauses der Kulturen einbezogen werden; das ist eine Chance. Das Haus der Kulturen soll kein isolierter Veranstaltungsort sein, sondern einer, der sich mit einem eigenen abgestimmten Profil kraftvoll präsentiert.

Drittens. Es muss in der Tat darüber nachgedacht werden, wie sich auch das Land Nordrhein-Westfalen - das ist ein Thema, das darüber hinausgeht - an diesem Veranstaltungsort viel mehr beteiligt, als es für andere Bereiche der Fall ist. Das Haus der Kulturen der Welt in Berlin ist im Geschäftsbereich der Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH. Ich kann mir vorstellen, dass das Land Nordrhein-Westfalen auch Köln als der größten Stadt Nordrhein-Westfalens und als der Stadt mit 125 Nationen

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]:
170, Herr Lemper!)

hier ein besonderes Angebot macht.

Meine Damen und Herren, insofern gibt es volle Übereinstimmung.

Lassen Sie mich noch eine letzte Anmerkung machen. Wenn wir über die Frage der Integration von sehr unterschiedlichen Nationen diskutieren, dann muss ich Ihnen, Herr Börschel, auch sagen, dass ich kein Verständnis dafür habe, dass Sie im Zusammenhang mit dem Tag der Museen diese Stadt von ihrer Region abschotten wollen. Wenn wir Offenheit zeigen, dann sollten wir das überall tun.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch Quatsch, Herr Lemper! – Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Nein, das müssen Sie sich jetzt vorhalten lassen; denn das eine hat mit dem anderen zu tun. - Die Öffnung dieser Stadt sollte für die Region ebenso gelten wie für Migranten. Wenn wir hier Integrationspolitik machen, dann gehört auch die Region zu dieser Integrationspolitik.

(Beifall bei der CDU - Zuruf: Das ist aber keine Einbahnstraße!)

Herr Oberbürgermeister, wir stimmen insofern dem Antrag zu, als wir keine Bedenken gegen diesen Antrag haben. Der Antrag wird sicherlich dazu beitragen, die sachliche Diskussion zu bereichern. Ich setze große Hoffnung darauf, dass wir im Fachausschuss, durch das Hearing und mit dem Sachverstand der Kulturverwaltung, die schon seit über zwei Jahren an diesem Projekt arbeitet, Vernünftiges entwickeln. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Pro. Dr. Hans-Georg Bögner (SPD): Verehrter Herr Kollege, müssen wir Sie zukünftig auch als Mitbürger mit Migrationshintergrund ansprechen, nur weil Sie mal im Rhein-Erft-Kreis ansässig waren und dort gearbeitet haben?

Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU): Lieber Herr Professor Bögner, den Zusammenhang verstehe ich jetzt nicht. Ich habe gesagt, dass es richtig ist, dass wir uns als Stadt für die Migranten öffnen. Das geschieht bereits in vielfältiger Weise. Gleichzeitig gibt es aber keine Berechtigung für eine Abschottung gegenüber der Region. Deswegen habe ich dafür plädiert, dass sich diese Stadt als Mittelpunkt dieser Region und als gastfreundliche Stadt begreift, die ihre kulturellen Einrichtungen auch für die Bevölkerung der Re-

gion öffnet und ihr damit dieselben Möglichkeiten einräumt, die Einrichtungen zu den gleichen Konditionen zu besuchen, wie sie die Bürger der Stadt Köln in Anspruch nehmen können. Das ist der Unterschied. Ich bitte, diesen zur Kenntnis zu nehmen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben die ja auch! - Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Das können die doch!)

Prof. Dr. Hans-Georg Bögner (SPD): Sie haben das Thema Migration mit diesem anderen Thema vermischt. Deswegen hatte ich meine Frage gestellt. Für mich sind das zwei ganz unterschiedliche Themen.

Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU): Herr Bögner, ich hatte gehofft, Sie würden feststellen, dass zwischen dem, was ich im Zusammenhang mit der Regionalpolitik gesagt habe, und dem, was ich zur Migration gesagt habe, ein Unterschied besteht.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Lemper. Für die FDP darf ich Herrn Repgen ans Rednerpult bitten.

Dietmar Repgen (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Man sieht, dass der Kollege Lemper immer zu großen Diskussionen unter den Kolleginnen und Kollegen Anlass gibt. Ich versuche, mich etwas kürzer zu fassen, ohne dabei kurzatmig zu werden.

(Der Redner bezieht sich auf den teils emotionalen Ausdruck in der Rede von Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU])

Ich beschränke mich auf das Wesentliche und möchte mich nicht lange aufhalten mit dem Thema, wer denn eigentlich hier das Erstgeburtsrecht hat. Darüber sollten wir uns nicht streiten.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch das Hauptthema!)

Wir als FDP können mit dem vorliegenden Antrag leben. Wenn Sie sich den Antrag einmal genauer durchlesen, werden Sie feststellen, dass dort weitestgehend Prüfaufträge formuliert sind

und in Auftrag gegeben werden. Das heißt, es verschlägt nichts, wenn wir diesem Antrag letztendlich zustimmen. Das darf ich Ihnen schon vorab ankündigen.

Ich bin froh, dass Herr Dr. Bögner eingangs gesagt hat, was er eigentlich will. Es wäre schön gewesen, wenn das auch im Antrag zum Ausdruck gekommen wäre. Er hat gesagt, dass man keine Dependance von Berlin sein wolle. Ich möchte da auch an die Väter dieser Idee appellieren, auf diesem Feld die Dinge noch zu synchronisieren und in Einklang zu bringen. Wenn man die Pressemitteilung liest, die auch im Namen des Oberbürgermeisters am 11. Juni herausgegeben worden ist, kann man nämlich auch einen anderen Eindruck gewinnen. Wir als FDP-Fraktion verstehen es nicht als Pendant, als ein Gegenstück zum Berliner Haus. Vielmehr soll es durchaus eine Kooperation unter Gleichen geben, ohne eine Dependance zu sein. Das ist unser Verständnis von der Zusammenarbeit. Insofern bin ich dankbar, dass diese Erläuterung noch erfolgt ist, auch wenn es besser gewesen wäre, diese in irgendeiner Form im Antrag selbst zum Ausdruck zu bringen, um Missverständnissen vorzubeugen.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt, der uns sehr wichtig ist, anmerken. Uns geht es auch darum, eine Verzahnung auf administrativer Ebene zu erreichen, indem wir das Projekt unter die Federführung der Kulturverwaltung stellen. Das sage ich mit Bedacht und entsprechendem Hintergrund; denn es ist ja durchaus vorstellbar, dass es auch woanders in die Verwaltung eingeordnet wird. Das möchten wir nicht, weil wir der Auffassung sind, dass es sich dabei hauptsächlich um ein kulturelles Projekt handelt. Wir legen Wert darauf, dass die Kulturverwaltung damit federführend betraut wird. Im Kulturstadtamt gibt es auch ein interkulturelles Referat, das sich sehr gut um diese Aufgabe kümmern kann. Von daher sehen wir es dort am richtigen Platz.

Ich fasse zusammen: Wir wollen kein billiger Abklatsch von Berlin sein, sondern wir wollen ein eigenständiges Kölner Profil. Das soll sich in einer Kooperation, wie ich eben skizziert habe, äußern. Wir halten es auch für wichtig, dass dadurch ein stärkeres Profil für das RJM am neuen Standort Neumarkt erreicht wird, und finden die Idee der Unterbringung im Rautenstrauch-Joest-Museum ganz hervorragend. Ein weiterer Aspekt der Debatte ist, dass das Konzept in den Fachausschüssen vorgelegt und diskutiert werden soll. Wir sollten das Konzept auch unter dem Gesichtspunkt sehen, dass die althergebrachte Idee eines Völkerkundemuseums - das haben

wir hier auch schon an anderer Stelle festgestellt - sicherlich nicht mehr dem entspricht, was unter Modernität in diesem Zusammenhang zu verstehen ist. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Repgen. - Herr Rouhs, bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Haus der Kulturen der Welt in Berlin ist eine wunderbare Sache. Es stellt in Auszügen gerade diejenige Vielfalt von Völkern und Kulturen dar, die wir insbesondere unter ethnopluralistischen Gesichtspunkten gegen die Nivellierungsbemühungen der alten politischen Kräfte verteidigen wollen. Dies ist uneingeschränkt befürwortenswert.

Indessen ist es mehr als naiv, anzunehmen, dass gewisse Alltagskonflikte oder auch objektive Interessenkonflikte, die zwischen der einheimischen Bevölkerung auf der einen Seite und bestimmten Zuwanderergruppen auf der anderen Seite bestehen können, durch eine öffentliche Zurschaustellung idealisierter Alltagskultur oder von Auszügen aus der Hochkultur anderer Völker aufzuheben sind. Das eine hat mit dem anderen nämlich überhaupt nichts zu tun.

Ich will versuchen, Ihnen das an einem Beispiel zu verdeutlichen, bei dem ich einmal absichtlich die Fronten umdrehe, damit ich Sie mit Ihrem politischen Horizont auch erreiche.

(Heiterkeit und Beifall bei pro Köln)

Nehmen Sie als abschreckendes Beispiel für die Probleme, die wir Deutschen gelegentlich im Ausland erzeugen können, einmal das Phänomen des deutschen Fußballfans, vielleicht sogar des deutschen Hooligans. Der deutsche Fußballfan macht sich zu einem Spiel ins Ausland auf. Dort entstehen möglicherweise Konflikte mit den Anhängern der einheimischen Mannschaft. Diese werden in unangenehmer Form ausgetragen.

Dagegen sollte man etwas unternehmen. Wir empfehlen, dagegen die Polizei einzusetzen und denjenigen, der herumrandaliert, in angemessener Form zu bestrafen - im Zweifelsfall auch seinen Reisepass einzuziehen -; denn solche Leute schaden dem Ansehen unseres Landes im Ausland.

(Beifall bei pro Köln)

Wenn man Ihre Logik auf diesen Fall anwendet, bedeutet das Folgendes: Sie würden den Hooligans eine Ausstellung des Deutschen Fußball-Bundes über Fußball hinterherschicken und glauben, sie seien keine Hooligans mehr oder es entstünden keine Probleme mehr, nachdem sie sich diese Ausstellung des DFB angesehen hätten.

Das ist in etwa dasselbe wie der Unsinn, den die Vertreter der SPD-Fraktion hier zur Begründung dieses Antrages vorgetragen haben.

(Marco Mendorf [FDP]: Von kultureller Bildung haben Sie wohl noch nie etwas gehört!)

Meine Damen und Herren, bitte fragen Sie sich auch einmal: Wie wollen wir hier die Prioritäten setzen? Was machen wir als Erstes, was als Zweites und was vielleicht ein bisschen später?

Irgendwann später, wenn der Haushalt wirklich - und nicht nur durch Schönrechnereien - ausgeglichen ist, sollte es in Köln in der Tat eine Dependence des Hauses der Kulturen der Welt oder eine eigene Fassung dieser wunderbaren Einrichtung geben. In der gegenwärtigen Haushaltslage kann diese Sache aber doch nicht mit der Priorität betrieben werden, die die Antragsteller ihr jetzt geben wollen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich um Verständnis dafür, dass meine Fraktion diesen Antrag ablehnen wird.

(Beifall bei pro Köln - Helmut Jung [CDU]: Das hätte man auch kürzer sagen können!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das ist wohl wahr. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Demirel.

Özlem Demirel (Die Linke.Köln): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Anbetracht der Zeit werde ich mich ein bisschen kürzer fassen.

(Demonstrativer Beifall bei pro Köln)

Wir finden diesen Antrag, ein Konzept für ein Haus der Kulturen der Welt nach Berliner Vorbild zu erstellen, unterstützenswert. Gleichzeitig möchten wir aber nicht, dass viel Geld für ein Prestigeprojekt ausgegeben wird, das letztendlich nur von wenigen Kölnerinnen und Kölnern

genutzt wird. Dann könnten wir dieses Geld auch anders investieren und ausgeben.

Damit dies nicht passiert, wünschen wir uns, dass die folgenden drei Aspekte besonders berücksichtigt werden.

Erstens. Das Haus der Kulturen muss gerade auch die in Köln vertretenen Kulturen in besonderer Weise widerspiegeln. Das wurde hier bereits ein paar Mal erwähnt. Deshalb ist es sinnvoll, die Migrantinnen- und Migrantenvereine, die auch auf diesem Feld arbeiten, stark in dieses Projekt einzubeziehen. - Ich weiß nicht, ob das bereits geschehen ist; ich bin ja keine kulturpolitische Sprecherin.

Zweitens. Das Angebot darf sich nicht nur auf das beschränken, was unter bürgerlicher Hochkultur verstanden wird. Es muss auch die sogenannte Massenkultur ins Auge fassen, damit es wirklich ein Haus aller Kölnerinnen und Kölner wird.

Drittens. Wir finden es gut, den Schwerpunkt auf Jugendkulturarbeit zu setzen. Das Haus sollte allerdings nicht nur offen für Schülerinnen und Schüler sowie andere Jugendliche sein, sondern auch zu ihnen hingehen. Es muss auch Angebote vor Ort machen - dort, wo Jugendliche sind, also in den Vierteln und in den Jugendzentren. Das heißt: Es muss eine gute Verzahnung zwischen dem Haus und den einzelnen Jugendeinrichtungen geben.

Erst dann, wenn dies alles umgesetzt wird, kann das Haus einen wichtigen Beitrag zu Toleranz und Weltoffenheit leisten - und damit auch konkrete antirassistische Arbeit betreiben, was in unseren Augen im Moment das Wichtigste für die Stadt Köln ist. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herzlichen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, an diesem Thema sind wir natürlich dran. Ich freue mich auch über diesen Antrag, dem ich selbstverständlich zustimmen werde. Wir arbeiten weiter an diesem Thema.

Sie sollten wissen, dass unser Rautenstrauch-Joest-Museum schon seit Jahren erfolgreich mit dem Haus der Kulturen der Welt in Berlin zusammengearbeitet. Derzeit wird hier in Köln eine

Ausstellung zum Thema Akropolis für das Jahr 2010 vorbereitet, die anschließend in Berlin gezeigt werden wird. Das sind die Synergien und die Kooperationen, die ich auch erwarte und die wir auch gemeinsam entwickeln können. Genau so wird in Berlin eine Ausstellung über arabische Kunst vorbereitet, die dann auch in Köln gezeigt werden kann. Damit spart man einfach auch Kosten.

Herr Mendorf, insofern geht es mir bei diesem Thema nicht um eine Dependence. Das stand auch nicht in der Zeitung. „Pendant“ heißt in diesem Fall Folgendes: Es soll als eigenständiges Kölner Haus gebaut werden - bzw. nicht gebaut; das ist jetzt nicht gewünscht worden. Wir wollen nicht noch ein Haus bauen. Im Moment haben wir genug Kulturbauten, die wir alle noch bezahlen müssen.

(Prof. Dr. Hans-Georg Bögner [SPD]:
Richtig! Wir haben die Räumlichkeiten!)

Im Rautenstrauch-Joest-Museum, das sich selbst eigentlich auch schon als Haus der Kulturen der Welt versteht, kann man so etwas implantieren, meine Damen und Herren. Hier wird die Verwaltung ein gutes Konzept entwerfen, denke ich. Das entspricht sicherlich auch dem, was Herr Dr. Bögner gesagt hat: Es ergänzt sich alles.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass die Gespräche, die Professor Quander und ich unter anderem mit Kulturstatssekretär Grosse-Brockhoff geführt haben, schon insoweit erfolgreich waren, als dass wir die feste Zusage bekommen haben, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen mit erheblichen finanziellen Mitteln an diesem Haus beteiligen wird. Es ist ja sehr zu begrüßen, dass wir zusätzlich zu unserem eigenen Beitrag vom Land eine Unterstützung bekommen werden.

Insgesamt würde ich aber auch den mittelfristigen, vielleicht sogar kurzfristigen Versuch unterstützen, dieses in Nordrhein-Westfalen einzigartige Haus vielleicht wirklich zu einem Haus des Landes zu machen. Das ist langfristig durchaus gewollt. Insofern glaube ich, dass das Rautenstrauch-Joest-Museum - Subline „Haus der Kulturen der Welt“, sage ich jetzt einmal vorsichtig - durchaus in die Trägerschaft des Landes kommen wird.

In diese Richtung sollten wir uns gemeinsam auf den Weg machen. Insofern danke ich für alle entsprechenden Wortbeiträge.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist eine Ergänzung! Es ist nicht dasselbe!)

- Nein, nein. Der Antrag war aber auch so zu verstehen, dass ortsnah etwas Entsprechendes geschaffen werden sollte. Das hätte auch heißen können, dass irgendwo in der Nähe etwas Neues gebaut werden sollte. Das ist durch den Wortbeitrag jetzt aber auch richtiggestellt worden.

(Prof. Dr. Hans-Georg Bögner [SPD]:
Nein, in diesem Gebäude!)

- Ja, genau; in diesem Haus.

(Martin Börschel [SPD]: Es ist nur nicht dasselbe!)

Dann können wir über diesen Antrag abstimmen. Ich glaube, jetzt gibt es nicht mehr allzu viele Gegenstimmen. Trotzdem frage ich einmal: Wer stimmt gegen diesen Antrag? - Das ist pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Damit spricht sich eine große Mehrheit dafür aus, der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, dies jetzt entsprechend umzusetzen. Ich freue mich auch darauf. Das ist für Köln sicherlich eine wichtige Bereicherung.

Der nächste Antrag steht nicht mehr auf der Tagesordnung. Dann können wir jetzt ein bisschen Gas geben.

Ich rufe auf:

3. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Hier gibt es drei Anfragen von Herrn Dr. Müser. Wir beginnen mit:

3.1 Anfrage von Ratsmitglied Herr Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) betreffend „Bäder in Köln“ AN/1285/2008

**Antwort der Verwaltung vom 24.06.2008
2838/2008**

Die Antwort liegt schriftlich vor. Herr Dr. Müser, sind Sie einverstanden? Ist das so weit klar? - Danke schön. Es gibt keine Nachfragen.

Nächste Anfrage:

3.2 Anfrage von Ratsmitglied Herr Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) betreffend „Erfolg des Intensivtäterprogramms“ AN/1363/2008

**Antwort der Verwaltung vom 23.06.2008
2827/2008**

Dazu liegt ebenfalls eine Antwort der Verwaltung vor. Sind Sie auch damit einverstanden? - Gut.

Dann kommen wir zu Ihrer letzten Anfrage:

3.3 Anfrage von Ratsmitglied Herr Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) betreffend „Heizkosten in städtischen Gebäuden“ AN/1369/2008

Antwort der Verwaltung vom 24.06.2008 2834/2008

Auch hierzu haben wir Ihnen berichtet. - Okay. Danke schön. - Dann können wir diesen Punkt verlassen.

Nun kommen wir zu:

5. Ortsrecht

5.1 Satzungen

5.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

5.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

5.3.1 6. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2008 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Deutz, Severinsviertel, Weiß, Sülz/Klettenberg, Nippes, Worringen, Porz-Eil, Poll, Brück, Dellbrück, Mülheim 2026/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei der Linken. Das bedeutet trotzdem Einstimmigkeit.

Jetzt rufe ich auf:

6. Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2008 gemäß § 82 Abs. 1 GO NRW (a. F.) i. V. m. der Haushaltssatzung 2007 in analoger Anwendung 2557/2008

Gibt es Wortmeldungen zu dieser Unterrichtung des Rates? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zu:

7. Überplanmäßige Ausgaben

7.1 Haushaltsjahr 2007 - Einzelplan 4, Soziale Sicherung, bei Hst. 4000.530.0200.4 (Mieten und Pachten) sowie 4820.693.0000.2 (Einmalige Leistungen an Arbeitssuchende nach § 22 Abs. 2 und 5 SGB II und § 23 Abs. 3 SGB II) 1670/2008

Ich möchte Frau Bredehorst bitten, zu diesem Punkt eine kurze Stellungnahme abzugeben.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Im Finanzausschuss ist noch eine Frage gestellt worden, die ich hier beantworten möchte. Es ist gefragt worden, um welche Nebenkosten es sich handele und ob diese schon verjährt seien.

Das betrifft Forderungen der Gebäudewirtschaft aus dem Jahre 2007, die auch im Jahre 2007 beglichen worden sind. Erst jetzt bei der Erstellung der Jahresrechnung ist deutlich geworden, dass dieser Ansatz überschritten ist. Deswegen jetzt diese Vorlage!

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Okay. - Da ich keine weiteren Wortmeldungen Ihrerseits sehe, lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

9. Allgemeine Vorlagen

Ich beginne mit:

9.2 Regionale 2010 - Projekt Rheinboulevard hier: Teilabschnitt zwischen Deutzer Brücke und Hohenzollernbrücke, inklusive der Anpassung der Hochwasserschutzanlagen zwischen Deutzer Brücke und Landeshaus 1509/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Bei der Linken. Seid ihr denn noch zu retten? Ihr kommt mir nicht auf diese Treppe; das sage ich euch.

(Götz Bacher [SPD]: Nur bei Hochwasser!)

- Oder bei Hochwasser, ja. - Enthaltungen? - Bei pro Köln. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zu:

9.3 Teilplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV:

**Teilinstandsetzung des südlichen Überbaus der Zoobrücke, Los E zwischen den Achsen 43 und 63 (Einbau von externen Spanngliedern und Lagerwechsel)
1596/2008**

Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

**9.4 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 7 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln 2007 analog im Teilplan 0401 Wissenschaftliche Museen und Archive für die Umgestaltung des Foyers im Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud
1834/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9.5:

**9.5 Bericht über die öffentlichen Unternehmen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2007
- Beteiligungsbericht 2007 -
1879/2008**

Hierzu Wortmeldungen? - Sehe ich nicht. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig.

Tagesordnungspunkt 9.6:

**9.6 Teilplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV:
Instandsetzung der Fuß- und Radwege der Südbrücke
hier: Baubeschluss
2084/2008**

(Ulrich Breite [FDP]: Wie Finanzausschuss!)

- Wie Finanzausschuss; okay.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9.7:

9.7 Haushaltsstrukturanalyse: Kienbaum-Gutachten

Ordnungs-Nr. 37.1 - Kooperation mit der Stadt Frechen

Ordnungs-Nr. 37.2 - Kooperation mit der Stadt Leverkusen

2126/2008

Dazu hat sich Herr Klipper zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Karl Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion wird sich bei diesem Punkt enthalten, um ein Zeichen zu setzen.

Die Anregungen aus dem Kienbaum-Gutachten dürfen nicht peu à peu von der Verwaltung eingezogen werden, sodass letztendlich nichts mehr davon übrig bleibt. Wir möchten dringend darauf hinweisen - deshalb enthalten wir uns bei diesem Punkt -, dass die Vorschläge von Kienbaum ernsthaft verfolgt werden müssen und dementsprechend mit aller Gewalt versucht werden sollte, die damit verbundenen Einsparpotenziale durchzusetzen.

Das ist für uns mehr ein Zeichen und nicht gegen die eigentliche Maßnahme gerichtet.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich darf Ihnen sagen, dass ich extra eine Personalie zum strengen Controlling dieser Maßnahmen - soweit wir das machen können - eingerichtet habe. Dennoch müssen wir dies so zur Kenntnis nehmen.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Die CDU gibt hier nur ein halbes Zeichen. Die FDP gibt ein ganzes Zeichen und wird die Vorlage in dieser Form ablehnen, und zwar aus folgendem Grund: Der Stadtvorstand hat beschlossen, Vorschläge aus dem Kienbaum-Gutachten umzusetzen. Scheibchenweise fällt jetzt immer mehr weg. Zum wiederholten Male erfolgt eine bereits beschlossene Umsetzung nun doch nicht.

Darum lehnen wir diese Vorlage ab. - Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Okay. - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Da ich das bereits aus dem Finanzausschuss kannte, möchte ich mein Wort an diejenigen mit dem halben und dem ganzen Zeichen richten. Ich kann gut nachvollziehen, dass man Zeichen setzen will - insbesondere dann, wenn es um die Umsetzung des Kienbaum-Gutachtens geht. Das haben wir im Finanzausschuss auch ausreichend deutlich gemacht. Zumindest in den stimmberechtigten Fraktionen des Finanzausschusses besteht auch Einigkeit darüber, dass man das Kienbaum-Gutachten nicht scheinchenweise zurückdrehen sollte.

Die Verwaltung hat dankenswerterweise auch ein Signal gesetzt, um das Ganze nachhaltig zu kontrollieren und zu begleiten. Vielen Dank dafür!

Ich möchte die CDU mit dem halben und die FDP mit dem ganzen Zeichen aber doch ganz herzlich darum bitten, diese halben oder ganzen Zeichen an der richtigen Stelle zu setzen; denn zumindest die CDU hat sich ja gerade bei dem Thema „Haus der Kulturen der Welt“ als die große Regionalpartei aufzuspielen versucht. Da war die Welt plötzlich ganz klein und auf die Regionen bezogen, und der „Köln Tag“ in Museen stand im Mittelpunkt.

Bei den hier in Rede stehenden Maßnahmen - ich will das nur noch einmal für alle unkundigen oder halb kundigen Auguren sagen - handelt es sich zwar um Vorschläge aus dem Kienbaum-Gutachten. Die entsprechenden Synergien sind allerdings nur dann zu heben, wenn Kooperationspartner aus Frechen und aus Leverkusen mit unserer Berufsfeuerwehr zusammenarbeiten. Wenn sie das nicht tun, kann die Stadt Köln sie nicht dazu zwingen. Das ist doch das Problem.

Wir sind mit Ihnen der Meinung, dass man mit dem Kienbaum-Gutachten und seinen Ergebnissen sorgfältig umgehen soll.

Ausgerechnet Sie wollen jetzt aber durch Ihre halben oder ganzen Zeichen dokumentieren, dass die Stadtverwaltung Leverkusen und Frechen zur Kooperation zwingen soll. Das ist schon ein sehr merkwürdiges Zeichen - ob ganz oder halb, ist egal; merkwürdig ist es voll. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Börschel.

(Karl Klipper [CDU]: Das kann so nicht stehen bleiben!)

- Herr Klipper meint, das könne so nicht stehen bleiben. Dann bleiben Sie bitte auch nicht sitzen, sondern gehen an das Mikrofon und sagen etwas dazu.

Karl Klipper (CDU): Herr Börschel, ich sehe das ja alles ein.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist schon einmal ein Anfang!)

In diesem Zusammenhang geht es allerdings um Folgendes: Das ist ja nicht die erste entsprechende Vorlage. Mittlerweile haben wir uns im Finanzausschuss schon mit mehreren Vorlagen dieser Art befasst.

(Martin Börschel [SPD]: Dann setzen Sie das Zeichen doch an einer anderen Stelle!)

- Augenblick! Darf ich es noch einmal darstellen?

(Martin Börschel [SPD]: Ja!)

Ich habe hier den Eindruck gewonnen, dass man nicht mit dem notwendigen Impetus versucht hat, mit Frechen und mit Leverkusen zu Ergebnissen zu kommen. Schließlich kann das Ganze für beide Seiten Vorteile bringen und somit eine Win-win-Situation entstehen. Bei dem einen Punkt geht es um 600 000 Euro. Würden wir zum Beispiel 300 000 Euro sparen und Leverkusen in dem ganzen Beritt mit 100 000 oder 150 000 Euro unterstützen, wäre dies in der Tat eine Win-win-Situation.

Von Köln als Oberzentrum muss auch ein besonderer Anstoß ausgehen, wenn es darum geht, Aufgaben für die Region zu erfüllen. Obwohl es zunächst einmal mehr zu kosten scheint, wird es unter dem Strich billiger werden als in dem Fall, dass jeder weiter einzeln für sich tätig ist.

Das wollten wir zum Ausdruck bringen. Direkt mit Leverkusen oder Frechen hat das nichts zu tun.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Klipper. - Mit der Kooperation ist es nun einmal so, dass man sie auf beiden Seiten wollen muss. Das ist in der Tat ein Problem. Wir haben das in anderen Bereichen ja auch schon einmal bei einer anderen Stadt abgefragt.

(Martin Börschel [SPD]: Vielleicht kann der Feuerwehrhauptmann etwas dazu sagen!)

Vielleicht kann unser Chef der Feuerwehr - also der Kämmerer, der die Aufsicht über die Feuerwehr führt - etwas zu seinen Versuchen sagen, im Umland tätig zu werden.

(Karl Klipper [CDU]: Was ist er jetzt, Kämmerer oder Feuerwehrhauptmann?)

Stadtkämmerer Peter Michael Soénius: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil. Die Vorlage, die wir hier eingebracht haben, ist schließlich mehr als deutlich. Wir haben ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, dass wir nicht deshalb nicht weiterkommen, weil wir es nicht wollten. Im Gegenteil! Die Kölner Berufsfeuerwehr und der hierfür zuständige Dezernent wollen mit aller Macht die Kooperation mit dem Umland - mindestens mit diesen beiden Gemeinden - erreichen.

Ich kann aber natürlich nicht dort - wie hieß es im Finanzausschuss so schön? - einmarschieren, ob mit oder ohne Feuerwehr, um ihre dortigen Kollegen zum Umdenken zu bewegen. Das schaffe ich leider nicht. Sonst würde ich es ja vielleicht noch tun. Diese Möglichkeit ist mir aber nicht gegeben.

Insofern bitte ich Sie, es so hinzunehmen, wie es hier steht. Wir haben alles getan, wie man so schön sagt.

Wir sind aber guter Hoffnung, dass sich auf der brandschutztechnischen Ebene - denn dort herrschen sehr viel Sachverstand und auch entsprechender Wille vor; ich will es einmal so verklausuliert formulieren, damit niemand Schwierigkeiten bekommt - noch einiges tun kann. - Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Börschel möchte noch einen Satz dazu sagen. Danach kommt Herr Detjen zu Wort.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Dann möchte ich an die Fraktionen von CDU und FDP appellieren. Sowohl die Vorlage selbst als auch die Ergänzungen, die der Feuerwehrdezernent und Stadtkämmerer gerade vorgetragen hat, sind ja sehr aussagekräftig. Ich möchte Sie ganz dringend bitten, Ihre Positionen noch einmal zu überdenken. Sonst würden Sie den Oberbürgermeister und den Kämmerer nämlich

zwingen, die Mehrheit für ihre Vorlage bei SPD und Grünen - und vielleicht noch anderen - zu suchen. Im Regelfall wollen Sie das ja nicht.

(Zurufe)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dann schauen wir einmal, was die Linke dazu sagt. Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Kämmerer, im Zusammenhang mit dem Stichwort „einmarschieren“ möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie im Rahmen der Betreuung der Feuerwehr auch für die zivilmilitärische Zusammenarbeit zuständig sind. Insofern hat das mit dem Einmarschieren eine reale Grundlage. - Dies als Gag nebenbei.

Ansonsten will ich nur Folgendes sagen: Das Problem ist doch, dass das Kienbaum-Gutachten unsolide entstanden ist. Insofern folgen wir hier der Verwaltung. Wir werden die Verwaltung dabei unterstützen, dass diese Vorlage eine Mehrheit bekommt. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Sie hätte auch so eine Mehrheit, weil schon Rot und Grün dafür sind. Das ist aber ein Rechenexempel.

(Martin Börschel [SPD]: Wir können uns ja auch enthalten! Das ist ja Ihre Vorlage!)

- Nein, Herr Börschel. Das kann doch nicht wahr sein. Dann komme ich mit den Funkentörern. Das geht ja nicht.

Lassen Sie uns jetzt einmal klar Schiff machen, damit wir heute nicht unbedingt von Herrn Detjen abhängig sind - ausnahmsweise einmal nicht. Gebt euch einen Ruck, ihr Christdemokraten!

(Karl Klipper [CDU]: Wir geben uns der Argumentation von Herrn Börschel hin! Ich setze genug Zeichen!)

Wer für die Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sieht sehr gut aus. Dann frage ich nur nach den Gegenstimmen; dann haben wir es einfacher. - Dagegen sind FDP und pro Köln. Enthaltungen? - Gibt es keine. Damit ist das mit großer Mehrheit so beschlossen. - Meine Güte!

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das war aber haarscharf!)

Da war Ihr Auftritt umsonst, Herr Detjen. Das ist schade. Aber trotzdem vielen Dank für das Vertrauen in die Verwaltungsvorlage!

(Martin Börschel [SPD]: Das vergeben wir immer von Mal zu Mal; das wissen Sie!)

Tagesordnungspunkt 9.8:

**9.8 Jahresabschluss 2007 der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
2251/2008**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9.9:

**9.9 Dienstreise zu Fortbildungszwecken des Rechnungsprüfungsausschusses nach Essen
2444/2008**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei pro Köln. Damit bei Enthaltung von pro Köln einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9.10:

**9.10 Hauptschulsituation in Pesch und Heimersdorf;
- Auflösung der GHS Schulstraße 16–18 (Pesch) zum 31.07.2011;
- Erweiterung der GHS Volkhovener Weg 140 (Heimersdorf) von drei auf vier Züge ab 01.08.2008
1209/2008**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig beschlossen.

Die Tagesordnungspunkte 9.11 und 9.12 sind zurückgezogen worden.

Wir kommen zu:

**9.13 Verteilung der Mittel zur Förderung von interkulturellen Zentren für das Haushaltsjahr 2008
2236/2008**

Auch hier möchte ich Frau Bredehorst als Vertreterin der Fachverwaltung bitten, noch einmal das Wort zu ergreifen.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Wie ich im Finanzausschuss schon angekündigt habe, haben wir für die Förderung der interkulturellen Zentren eine neue Förderrichtlinie anzuwenden. Es ist das erste Mal, dass sie angewendet wird. Offensichtlich ist es so, dass einige Zentren nicht alle Unterlagen vollständig beigebracht haben, um in die richtige Einstufung zu kommen.

Ich bitte Sie, heute der Vorlage in der vorliegenden Form zuzustimmen, damit auch Gelder ausgezahlt werden können. Ich kündige an, dass wir möglicherweise noch eine Ergänzung vorlegen werden. Im Zusammenhang mit der einen oder anderen Beschwerde von interkulturellen Zentren prüft die Verwaltung im Moment, ob die Einstufung - es gibt drei Förderstufen - eventuell zu niedrig ist. Gegebenenfalls werden wir noch einmal mit einer ergänzenden Vorlage kommen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Bredehorst. Das werden wir sicherlich nicht einstimmig hinbekommen. - Es gibt eine Wortmeldung von pro Köln. Bitte schön.

Regina Wilden (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Kellner ruft mir gerade zu: Jedes Mal dasselbe. - Das ist auch nötig; denn einige der Einrichtungen, die hier zum wiederholten Male als interkulturelle Zentren gefördert werden sollen, verfolgen radikale politische Ziele oder kooperieren mit Extremisten - zum Beispiel das Allerweltshaus, wo sich regelmäßig verschiedene linksextreme Gruppen treffen; zum Beispiel „kein mensch ist illegal“ oder die Sozialistische Alternative - SAV -, denen Innenminister Wolf verfassungsfeindliche Bestrebungen nachsagt;

(Ralph Sterck [FDP]: Ihnen auch!)

zum Beispiel der Kölner Appell gegen Rassismus. Selbst der Kölner Appell gegen Rassismus aus dem Umfeld der Baader-Meinhof-Bande wird von diesem Hause seit Jahren gefördert. Die Bundes-CDU hat unter anderem wegen des linksextremen Kölner Appells gegen Rassismus im Dezember 2004 eine Große Anfrage im Deutschen Bundestag eingereicht. Hier in Köln wird dieser Verein hingegen auch von der CDU als anerkennungswürdig betrachtet. Meine Damen und Herren, wie links muss eine CDU sein, um die Crème de la Crème der Linksextremisten als förderungswürdig anzuerkennen?

Ich habe auch noch eine Frage an Herrn Ludwig. Würden Sie Baader, Ensslin und die RAF als Baader-Meinhof-Bande bezeichnen oder nicht? - Darauf können Sie ruhig antworten.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, bitte nicht!)

Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Tun Sie es nicht, Herr Ludwig. Sonst dauert es noch länger.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Vorlage großer Mehrheit so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9.14:

9.14 Restrukturierungsprogramm und Be- trauung der KVB 2344/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Bernd M. Schöppe [pro Köln]: Ich habe eine persönliche Erklärung!)

- Eine persönliche Erklärung? Bitte.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Es hat zeitlich leider nicht hingehauen.

(Zuruf: Das geht nicht! Ihr habt schon gesprochen!)

Zum Punkt 9.11, der ja zurückgezogen worden ist, habe ich zwei - -

(Zuruf: Wir sind jetzt bei 9.14!)

- Entschuldigung. Ich habe mich gemeldet. Wenn das nicht gesehen wurde, kann ich nichts dafür. Ich habe mich gemeldet.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Entschuldigen Sie. Sie haben sich jetzt zu einer persönlichen Erklärung zu Wort gemeldet. Wir verlassen gerade den Punkt 9.13 und kommen zu 9.14.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Ich habe mich nach Tagesordnungspunkt 9.10 zu einer persönlichen Erklärung gemeldet, und zwar bezüglich - -

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Wann haben Sie sich gemeldet?

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Nach 9.10.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Bei 9.10? Das kann nicht sein.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Nach 9.10. Als der Punkt 9.10 vorbei war, habe ich mich zu einer persönlichen Erklärung gemeldet. Wenn Sie mich nicht dann nicht sehen, ist das doch nicht meine Schuld.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Normalerweise übersehe ich Sie nicht, Herr Schöppe. Ich habe Sie immer im Blick.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Das ist ja schön. Das freut mich.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das ist auch notwendig.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Gerade in diesem Moment haben Sie mich eben mal nicht gesehen.

(Jochen Ott [SPD]: Weiter!)

Ich darf einmal um Ruhe bitten. Zu dieser Geschichte habe ich nämlich noch zwei Anmerkungen zu machen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

- Aber natürlich.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Sie können nur eine persönliche Erklärung zu Angriffen gegen Ihre Person abgeben.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Ja, darum geht es auch. Ich habe zu Punkt 9.11 einen Änderungsantrag gestellt, zu dem der - -

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Zu Tagesordnungspunkt 9.11 können Sie hier nichts erklären. Darüber ist gar nicht gesprochen worden.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Doch, natürlich. Herr Ott hat - -

(Unruhe)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Sie sind in der falschen Veranstaltung. Tagesordnungspunkt 9.11 ist hier gar nicht behandelt worden, weil er zurückgezogen worden ist.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Dann lesen Sie es im Protokoll nach. Herr Ott hat zu meinem Änderungsantrag mit der Nummer AN 1398/2008 Stellung genommen - außerhalb von Punkt 9.11; das ist vollkommen richtig; da stimme ich Ihnen zu.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich darf Sie bitten, sich hinzusetzen. Dieser Punkt kommt ja irgendwann wieder. Dann können Sie dazu Stellung nehmen. Jetzt ist dieser Punkt aber nicht auf der Tagesordnung. Deshalb können Sie dazu auch keine persönliche Erklärung abgeben. Setzen Sie sich jetzt also bitte hin, und warten Sie, bis der Punkt wiederkommt.

(Beifall bei der CDU, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Bernd M. Schöppe [pro Köln] nimmt mit den Worten „Herr Schramma, es geht nicht um den Punkt; es geht um die Aussage von Herrn Ott!“ Platz)

Ich rufe noch einmal auf:

9.14 Restrukturierungsprogramm und Be- trauung der KVB 2344/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Bei der FDP. Enthaltungen? - Keine. Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9.15:

9.15 Ganztagsbetrieb (Mittagsversorgung) für die Sekundarstufe I - Zeit-/Maßnahmenplan 1820/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9.16:

9.16 Erweiterung der GGS Steinberger Straße 40, 50733 Köln 2128/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Thelen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden hat mich beauftragt, zu dieser Vorlage eine kurze Erklärung abzugeben.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Tun Sie das bitte.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Eigentlich ist es guter Brauch, dass die Verwaltung in ihren Vorlagen auch aufführt, wer am Zustandekommen der jeweiligen Vorlage beteiligt war. In dieser Vorlage tauchen in der Begründung die Bezirksvertretung Nippes und der Ausschuss für Schule und Weiterbildung auf. Die Intervention des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden auf Anregung der Schulpflegschaft der Schule findet sich dort allerdings nicht wieder. Es wäre aber doch sinnvoll, dass der Rat auch über die Aktivitäten des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden informiert wäre.

Im Übrigen habe ich den Eindruck, dass unserer Ausschuss von der Schulverwaltung nicht geliebt wird; denn in der Vorlage, die dann im Ausschuss für Schule und Weiterbildung gefertigt wurde, war auch nicht die Rede davon, dass der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden sich mit der Lage der Gemeinschaftsgrundschule Steinberger Straße befasst hatte.

Ich fände es gut, wenn in Zukunft diese Vollständigkeit herbeigeführt würde.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Thelen, lassen Sie uns einmal die Meinung der Verwaltung dazu hören. Frau Dr. Klein.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Wir schätzen die Arbeit des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden ausdrücklich. Über diesen speziellen Fall haben wir ja auch persönlich gesprochen. Es ist ein Versäumnis, dass dieser Ausschuss nicht ausdrücklich erwähnt wurde. Wir werden das in den nächsten Vorlagen entsprechend berücksichtigen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister, ich wollte meine Ausführungen noch kurz fortsetzen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Bitte schön.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Dr. Klein, vielen Dank. Ich wollte zu dieser Vorlage aber auch noch inhaltlich etwas sagen.

Die ablehnende Haltung der Verwaltung zu den Wünschen der Schule auf Erweiterung oder Verbesserung des OGTS-Bereichs wurde mit dem Prinzip „Allen das Gleiche“ begründet. Das ist zwar nachvollziehbar. Um nicht in Problemsituationen zu kommen, muss man meines Erachtens auf der anderen Seite aber immer auch bedenken, dass es auch ein anderes Gerechtigkeitsprinzip - „Jedem das Seine“ - gibt.

In diesem Fall verdienen die besonderen Bemühungen der Gemeinschaftsgrundschule Steinberger Straße im Hinblick auf die Betreuung am Nachmittag und das sehr gute Konzept, das diese Schule hat, eigentlich eine größere Unterstützung.

Die Vorlage ist ein erster Schritt. Die Probleme einer bestmöglichen Förderung der Kinder sind damit aber nicht gelöst.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Es ist natürlich eine sehr schwierige Grundsatzfrage, für welches Prinzip Sie sich grundsätzlich entscheiden - „Allen das Gleiche“ oder „Jedem das Seine“. Diese Frage wollen wir jetzt aber nicht hier diskutieren. Vielleicht können wir nach der Sitzung bei einem Gläschen Wein draußen noch

darüber philosophieren. Lassen wir es so stehen! Wir nehmen das zur Kenntnis.

Dem anderen Wunsch, dass demnächst auch der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden mit aufgeführt wird, werden wir nachgehen. Das ist auch richtig so. Ich selbst habe auch jahrelang in diesem Ausschuss gearbeitet. Man fühlt sich nachher in der Tat ein bisschen frustriert, wenn diese Arbeit nirgendwo Erwähnung findet. Da haben Sie völlig recht.

Jetzt können wir aber über die Vorlage abstimmen.

(Jochen Ott [SPD] und Michael Zimmermann [SPD] sitzen auf den Plätzen von Winrich Granitzka [CDU] und Josef Müller [CDU])

- Habt ihr gewechselt? Oder was hat das zu bedeuten?

(Martin Börschel [SPD]: Wir üben schon einmal, wie es ist, wenn die SPD alle Plätze bis hier innehat!)

- Okay. Passt aber auf, wenn wir gleich im Block abstimmen.

(Zuruf: Das ist die neue Mitte!)

- Darüber können wir gleich auch noch einmal reden.

Gibt es Gegenstimmen gegen die Vorlage unter Punkt 9.16? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist sie einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9.17:

9.17 Genehmigung von Mehraufwand zur Sicherung des Möbelverbundes 2627/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Von der FDP. Enthaltungen? - Bei pro Köln. Dann mit großer Mehrheit so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9.18:

9.18 Auswirkungen der aktuellen Tarifierhöhung auf die Zuschüsse an die Träger der Wohlfahrtspflege etc. 2748/2008

Hier wollen wir abstimmen wie Finanzausschuss, habe ich vorgeschlagen. So steht das hier auch. Besteht darüber Einvernehmen? - Ja.

Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9.19:

**9.19 Mitteilung über Kostenerhöhungen gemäß § 24 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV bei Finanzstelle 6601-1201-1-6611, Generalinstandsetzung nach Gleisrückbau
2565/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9.20:

**9.20 Sanierung und Umfeldgestaltung des VHS-Studienhauses am Neumarkt, Josef-Haubrich-Hof 2, 50676 Köln
Baubeschluss
2473/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

11. Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

Zunächst rufe ich auf:

**11.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 61520/02
Arbeitstitel: Donatusstraße in Köln-Pesch
1175/2008**

Hier ist zu entscheiden wie Stadtentwicklungsausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig.

Tagesordnungspunkt 11.2:

**11.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 73486/02
Arbeitstitel: Kaspar-Düppes-Straße in Köln-Holweide
1852/2008**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig.

Tagesordnungspunkt 11.3:

**11.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63460/02
Arbeitstitel: Grüner Weg in Köln-Ehrenfeld
2453/2008**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig.

Tagesordnungspunkt 11.5:

**11.5 Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63459/05
Arbeitstitel: 1. Änderung Melatengürtel/ Oskar-Jäger-Straße in Köln-Ehrenfeld
1585/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

15. KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

**15.1 196. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs.1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2196/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Mit Mehrheit so beschlossen.

Dann kommen wir zu:

16. Wahlen

Ich werde jedes Mal angeben, ob die entsprechende Wahl mit meiner Stimme oder ohne meine Stimme erfolgt.

Tagesordnungspunkt 16.1:

**16.1 Abberufung eines Mitglieds der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln
2080/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig so beschlossen, mit der Stimme des OB.

Tagesordnungspunkt 16.2:

16.2 Bestellung eines Mitglieds der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln 2076/2008

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig so beschlossen, mit der Stimme des OB.

Tagesordnungspunkt 16.3:

16.3 Neuwahl eines beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - 2416/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig beschlossen, ohne die Stimme des OB.

Tagesordnungspunkt 16.4:

16.4 Besetzung der Jury zur Verleihung des Umweltschutzpreises 2008 der Stadt Köln 2442/2008

Hier soll wie Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün abgestimmt werden. Ist das okay? - Gut.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Mit großer Mehrheit so beschlossen, mit der Stimme des OB.

Tagesordnungspunkt 16.5:

16.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend Wahl eines/r Vertreters/in in den Beirat der JVA Köln AN/1170/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig so beschlossen, mit der Stimme des OB.

Tagesordnungspunkt 16.6:

16.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend Wechsel in den Aufsichtsräten KölnTourismus und Stadtwerke GmbH AN/1231/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig so beschlossen, mit der Stimme des OB.

Tagesordnungspunkt 16.7:

16.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend Wahl eines Vertreters in den Zweckverband Erholungsgebiet Stöckheimer Hof AN/1256/2008

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig so beschlossen, mit der Stimme des OB.

Tagesordnungspunkt 16.8 ist zurückgezogen worden.

Tagesordnungspunkt 16.9:

16.9 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - 2575/2008

Hier soll wie Jugendhilfeausschuss abgestimmt werden.

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig so beschlossen, ohne die Stimme des OB.

Tagesordnungspunkt 16.10:

16.10 Entscheidung über eine Vertretung von Ratsmitglied Herrn Dr. Ralph Elster hinsichtlich der Teilnahme am Besuch in der Partnerstadt Liverpool vom 26. bis 29. Juni 2008 2733/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Mit großer Mehrheit so beschlossen, mit der Stimme des OB.

Tagesordnungspunkt 16.11:

16.11 Antrag der FDP-Fraktion betreffend Benennung von Sachkundigen Einwohnern bzw. Sachkundigen Bürgern für den Jugendhilfeausschuss AN/1373/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? -

Auch keine. Einstimmig so beschlossen, ohne die Stimme des OB.

Wir kommen zu:

17. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW

Ich rufe auf:

**17.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 69430/05
Arbeitstitel: Siegburger Straße/Poller Kirchweg in Köln-Deutz
2590/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Bei pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich schließe um viertel vor sieben den öffentlichen Teil der Sitzung.

Bei den Gästen sowie den Vertreterinnen und Vertretern der Presse darf ich mich ganz herzlich bedanken und ihnen einen schönen Abend wünschen.

Wir sehen uns in etwa zehn Minuten gerne vor der Türe. Dann können wir den Halbjahresausklang feiern.

(Schluss: 18.46 Uhr)